

Stenographisches Protokoll.

37. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

III. Gesetzgebungsperiode.

Dienstag, 28. Februar 1928.

Inhalt.

Regierungsvorlagen: 1. I. Pariser Unionvertrag vom 20. März 1883 zum Schutze des gewerblichen Eigentums und II. Madrider Abkommen vom 14. April 1891, betr. die internationale Registrierung von Fabriks- und Handelsmarken (B. 136) (1172);

2. Abänderung und Ergänzung von Bestimmungen auf dem Gebiete des gewerblichen Rechtsschutzes (B. 137) (1172).

Verhandlung: Bundesvoranschlag und Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1928 (B. 93) — Abstimmung über die Abschnitte III und IV (1132—1134).

Fortsetzung der Spezialdebatte über den V. Abschnitt: Kapitel 19, Land- und Forstwirtschaft, und Kapitel 28, Titel 3, Österreichische Bundesforste — Müller (1113), Gritschacher (1118), Brachmann (1121), Haueis (1124), Klawer (1126), Striebnig (1128), Wigan (1134), Paulitsch (1140), Zelenka (1142), Fahrner (1145), Spezialberichterstatter Pirchegger (1148), Geher (1148) — Spezialdebatte über den VI. Abschnitt, Kapitel 20, Bundesministerium für Handel und Verkehr, Kapitel 21, Handel, Gewerbe, Industrie, Kapitel 22, Bergwesen, Kapitel 23, Bauten, Kapitel 24, Verkehr (Hoheit), Kapitel 28, Titel 1, Post- und Telegraphenanstalt, Titel 4, Montanbetriebe, Titel 5, Kartographisches Institut, Kapitel 29, Titel 1, Bundeszuschuß an die Bundesbahnen, Titel 2, Südbahn (Lasten aus dem Abkommen), Titel 3 bis 9, übrige Bahnen — Spezialberichterstatter zu Kapitel 20 und 21 Partik (1148), Spezialberichterstatter zu Kapitel 22 Klimann (1149), Spezialberichterstatter zu Kapitel 23 Steiner (1150), Spezialberichterstatter zu Kapitel 24 Dr. Straßner (1150), Spezialberichterstatter zu Kapitel 28, Titel 1, Heitzinger (1150), Spezialberichterstatter zu Kapitel 28, Titel 4, Dr. Weidenhoffer (1151), Spezialberichterstatter zu Kapitel 28, Titel 5, Dr. Hampel (1151), Spezialberichterstatter zu Kapitel 29, Titel 1 bis 9, Dr. Obenthal (1151), Freundlich (1152), Dr. Kneußl (1158), Volkert (1161), Steiner (1164), Klimberger (1166), Burgstaller (1170).

Präsident **Miklas** eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 15 Min. vorm.

Es wird zur Tagesordnung übergegangen, das ist Fortsetzung der Spezialdebatte über den Bundesvoranschlag und das Bundesfinanzgesetz (B. 93), und zwar über den V. Abschnitt: Kapitel 19, Land- und Forstwirtschaft, und Kapitel 28, Titel 3, Österreichische Bundesforste.

Müller: Hohes Haus! Im Finanz- und Budgetausschuß hat die Beratung des Kapitels „Land- und Forstwirtschaft“ mehr als fünf Sitzungstage in Anspruch genommen, und es haben von sämtlichen Parteien des hohen Hauses bei der Beratung dieses

Kapitels 20 Redner außer dem Herrn Minister zu den land- und forstwirtschaftlichen Fragen Stellung genommen. Der Herr Berichterstatter hat sowohl in seinem schriftlichen als auch in seinem mündlichen Bericht die große Sachlichkeit der Debatte hervorgehoben, die bei diesem Kapitel auffallend war. Demgegenüber steht nun allerdings die immer wiederkehrende Behauptung — besonders in der bürgerlichen Presse und auch in den bauerlichen Zeitungen —, daß wir diese wichtige Debatte alles andere denn sachlich geführt hätten, und es kehrt immer wieder die verleumderische Darstellung, daß wir bei unseren sachlichen Bemühungen eine demagogische Verschleppungspolitik treiben. Auch die heutige „Reichspost“ weiß in dem Bericht über den christlichsozialen Landesparteitag in Salzburg, der am 26. d. M. stattgefunden hat, zu berichten, Herr Dr. Ramek als Landesparteiobmann auf diesem Parteitag habe erklärt, daß die uferlose Budgetdebatte neuerlich den Beweis erbringt, daß die Opposition wieder passive Resistenz betreibt.

Hohes Haus! Wir haben uns jederzeit, im Ausschuß und auch hier, bemüht, besonders bei der Beratung der lebenswichtigen Fragen der Landwirtschaft in sachlicher Weise vor allem anderen die Not, die in der Landwirtschaft besteht, ihre furchtbare Krise und die Ursachen dieser Krise aufzuzeigen. Wir haben uns weiterhin bemüht und bemühen uns, Vorschläge zu machen, wie man dieser Not rasch abhelfen kann. Daß wir dabei der Auffassung sind, daß die von den Mehrheitsparteien und ihrer Regierung gegangenen Wege nicht zum Ziele führen, kann uns als Opposition sicherlich nicht verübelt werden. Wir haben das Recht und die Pflicht, unserer Meinung in jenem Maße Ausdruck zu geben, wie wir es zur Durchsetzung der berechtigten Forderungen der arbeitenden Bevölkerung in der Landwirtschaft für notwendig erachten.

Es kann nicht meine Aufgabe sein, heute neuerlich die Darlegungen zu wiederholen, die wir im Finanz- und Budgetausschuß bei der Beratung dieses Kapitels in gründlicher Weise vorgebracht haben. Aber die wichtigsten Fragen, die für einen ganz großen Teil der in der Landwirtschaft arbeitenden Bevölkerung Existenzfragen sind, kann meine Partei hier nicht stillschweigend übergehen.

Vor allem sind wir gegenüber den Mehrheitsparteien und der Regierung in der Frage der

Verwendung eines Teiles der Mittel, die das Budget für die Förderung der Landwirtschaft vorsieht, gegenständlicher Auffassung. Für das Jahr 1928 ist immerhin der ansehnliche Betrag von fast 42 Millionen Schilling für die Landwirtschaft eingesetzt. Wir sind der Meinung — wir haben das bereits im Ausschusse gesagt und müssen es hier neuerlich betonen —, daß ein Teil dieser Mittel nicht so verwendet wird, wie es die Krise in der Landwirtschaft augenblicklich erfordert, und wir glauben, daß hauptsächlich aus diesem Grunde in vielen wichtigen Fragen an eine fühlbare Linderung der Krisenzustände in der Landwirtschaft gegenwärtig nicht zu denken ist. Wir wissen schon, hohes Haus, daß das auf den grundsätzlichen Verschiedenheiten der Methoden basiert, mit denen Sie der Krise in der Landwirtschaft beikommen und die Landwirtschaft fördern wollen.

Der hauptsächlichste Vorwurf, den wir den Mehrheitsparteien und der Regierung bei der Verwendung dieser staatlichen Mittel für die Förderung der Landwirtschaft zu machen haben, ist der, daß Sie bei der Festlegung der Verwendungszwecke unbeachtet lassen, daß die große Mehrheit der Landwirte praktisch fühlbare Verbesserungen aus der Gewährung dieser Mittel nicht hat und daß daher die Aufwendung dieser Mittel in ihrer Gänge nicht den Effekt erzielt, den Sie sicherlich gleich uns herbeiführen wollen: nämlich für die Mehrheit der Landwirte der Krise beizukommen. Wir müssen immer wieder den Vorwurf erheben, daß Sie für die Bedürftigsten unter den Arbeitsbauern, für die Kleinbauern, für jene Bauern, die tatsächlich um ihre Existenz ringen, nicht jene Mittel aufwenden, die geeignet wären, die furchtbare Notlage unter diesen Arbeitsbauern zu lindern. Unser Vorwurf geht dahin, daß Sie einen ganz bedeutenden Teil der Beträge auch jenen Wirtschaftsinhabern zukommen lassen, die zu den wirtschaftlich Stärkeren zählen, und daß Sie vor allem anderen dem wirtschaftlich gesicherten Großgrundbesitz und Großbauerntum verhältnismäßig größere Zuwendungen zukommen lassen, als vom Standpunkt ihrer wirtschaftlichen Bedürfnisse aus gerechtfertigt erscheint. Diese Methoden, die wir anklagen und kritisieren, entsprechen natürlich der grundsätzlichen Auffassung der Mehrheitsparteien und ihrer Regierung, die vor allem darin gipfelt, daß Sie in der Landwirtschaft nur den einen Ausdruck „Bauer“ kennen und unter diesem Begriff „Bauer“ alles subsumieren, was in der Landwirtschaft existiert. Wir sind aber der Meinung, daß öffentliche Mittel, wenn sie zur Förderung wirtschaftlicher Zwecke in Anspruch genommen werden müssen und wenn sie zweckentsprechend verwendet werden sollen, den Bedürftigsten gegeben und dort angewendet werden müssen, wo die Hilfe am dringendsten ist. Die Regierung und die Mehrheitsparteien haben auf unsere Kritik und unsere Argumente, die wir im Finanz- und

Budgetausschusse bei der Beratung des Kapitels „Landwirtschaft“ sehr gründlich und sehr belegt dargelegt haben, in vielen Belangen keine befriedigende Antwort erteilt, sie haben bei vielen Fragen auch gar nicht versucht, unsere Argumente richtig zu würdigen. Daher müssen wir nach wie vor damit rechnen, daß Sie nicht den ernststen Willen haben, Ihre Politik in den Förderungsmaßnahmen für die Landwirtschaft so zu ändern, um den größten und dringendsten Notstand unter der Arbeits- und Kleinbauernschaft unseres Landes zu mildern. Wir vertreten vor allem die Meinung, daß eines der Mittel, um die augenblickliche Not der Landwirtschaft in vielen Fällen zu lindern, die Hebung des Arbeits-, des Hektarertrages ist. Wir meinen, daß dazu vor allem eine völlige Umschulung, eine großzügige Fortbildung der Menschen notwendig wäre, die in der Landwirtschaft tätig sind, und derer, die den Nachwuchs in der Landwirtschaft bilden sollen. Wir müssen vor allem feststellen, daß Sie der Fortbildung der schulentlassenen Jugend, aber auch der Weiterbildung der in der Landwirtschaft bereits Berufstätigen, insbesondere aber der bäuerlichen Betriebsberatung, bei der Verwendung der staatlichen Mittel durchaus nicht jene Sorgfalt und jenes Verständnis entgegenbringen, das uns notwendig erscheint. Ich bitte, nur eine einzige Ziffer! Sie verwenden nach dem Voranschlage für Bildungszwecke den Betrag von 215.000 S für alle Bundesländer, für die Pferdezucht dagegen den Betrag von 1.775.638 S. Wenn man weiß, daß von den nahezu 2 Millionen Schilling, die für die Pferdezucht ausgeworfen sind, fast die Hälfte für die Zucht von Rennpferden, also von Augustieren, aufgewendet wird, und wenn man dieser Tatsache die Ziffer von 215.000 S gegenüberstellt, die Sie für die Schulbildung der bäuerlichen arbeitenden Bevölkerung für ganz Österreich zur Verfügung stellen, dann muß man doch mit Recht feststellen können, daß das ein völliges Verkennen der Aufgaben ist, die die Mehrheitsparteien und die Regierung auf dem Gebiete der Förderung der Landwirtschaft und der Linderung der landwirtschaftlichen Krise haben. Es ist eine unbestrittene Tatsache, daß dort, wo die beste Schulbildung besteht, wo die Menschen in ihrer Jugend am meisten gelernt haben, wo die bäuerliche Betriebsberatung am weitesten ausgebildet ist, wo die Bauern Buch führen und mit dem Bleistift rechnen, auch die höchsten Arbeitserträge zu verzeichnen sind. Wir sind natürlich nicht in der Lage, angesichts der bestehenden Tatsachen das Vertrauen zur Mehrheit und zur Regierung zu haben, daß sie unsere Kritik ernst nehmen und aus dieser Kritik das Bestreben ableiten, die Verhältnisse im Sinne der unbedingt erforderlichen Notwendigkeiten zu ändern.

Wir fordern vor allem anderen auch, daß man die armen Arbeitsbauern in der Bildungsfrage berücksichtigt, indem man es ihren Kindern ermöglicht, die Fortbildungs- und Mittelschulen zu besuchen, damit dort, wo die Masse der Landwirte lebt und wo wirklich eine fühlbare und merkbare Hebung der Arbeitserträge erzielbar ist, eine entsprechende Weiterbildung erfolgen kann. Der Herr Berichterstatter hat sich gestern in einer Zwischenbemerkung dagegen verwahrt, daß der Landwirtschaft der Vorwurf der Rückständigkeit in ihren Arbeitsmethoden und ihrem Verhalten gegenüber technischen Fortschritten gemacht werde. Hohes Haus, das haben wir Mitglieder der sozialdemokratischen Opposition nie behauptet und behaupten es auch heute nicht. Was wir feststellen, ist die Tatsache, daß für die Anwendung vorgeschrittener Arbeitsmethoden, für die Heranziehung der technischen Neuerungen zur Verbilligung und Vereinfachung der landwirtschaftlichen Arbeitsmethoden viel zu wenig geschieht, daß insbesondere nicht dafür gesorgt wird, daß die große Mehrzahl der kleinen Arbeitsbauern in die Lage kommt, mit den technischen Behelfen vereinfachter und verbilligter Arbeitsmethoden zu arbeiten, weil man sie erstens nicht zu jenen genossenschaftlichen Organisationen zusammenfaßt, die es den Kleinbetrieben überhaupt erst ermöglichen, mit diesen verbesserten technischen Behelfen zu arbeiten, und weil man ihnen zweitens bis jetzt nicht jene Geldmittel zur Verfügung zu stellen versucht hat, die ihnen die Anwendung der verbesserten Arbeitsmethoden erst ermöglichen würden. Daher ist auch der Kernpunkt unserer Kritik die Anklage, daß Sie in dieser Richtung nichts Ernstes vorgekehrt haben und daß Sie in Ihren bisherigen Erwiderungen auf unsere Kritik auch nicht den Willen durchscheinen ließen, in dieser Hinsicht Verbesserungen herbeizuführen.

Aber auch die grundsätzliche Einstellung der Mehrheitsparteien und der Regierung zu ganz großen Lebensfragen der arbeitenden Bevölkerung in der Landwirtschaft rechtfertigt unser Mißtrauen. Ich verweise zum Beispiel darauf, daß der Gesetzentwurf über die Änderung des Pächterschutzes, den die christlichsoziale Partei kürzlich hier im hohen Hause beantragt hat, die Bestimmung enthält, daß der Grundverkehrs-kommission die Entscheidung darüber vorbehalten sein soll, ob jemand berechtigt und fähig ist, einen Pachtacker zu pachten und zu bearbeiten. Es soll also das Schicksal von Tausenden und aber Tausenden armer Pächter jenen Grundverkehrs-kommissionen überantwortet werden, die — so wie bei uns in Niederösterreich in den letzten Jahren — viele Duzende von tschechischen, slowakischen und jüdischen Großgrundbesitzern hier auf unserem heimischen Boden angesiedelt haben, die gar nichts dagegen einzuwenden hatten, daß der Grund und Boden, der da zum Verkauf gelangt

ist, anstatt in die Hände der bodenhungrigen, der bodenbedürftigen Arbeitsbauern in die Hände der jüdischen, tschechischen und slowakischen Großgrundbesitzer gekommen ist. Solchen Grundverkehrs-kommissionen soll das Lebensschicksal der Pächter anvertraut werden. Wenn die Mehrheitsparteien, wenn die Organe der Regierung eine derartige Auffassung von dem Schutz der Pächter haben, die in so großer Zahl in der Landwirtschaft vorhanden sind, dann können Sie von uns nicht verlangen, daß wir Vertrauen dazu haben, Sie würden allmählich auch dazu kommen, die Verhältnisse, unter denen heute die große Masse dieser Kleinbauern arbeitet, zu verbessern.

Was Ihre Steuerpolitik betrifft, so sind die Arbeitsbauern in der Landwirtschaft die einzigen, die in Wirklichkeit kein steuerfreies Existenzminimum haben. Es war in der Macht der Mehrheitsparteien und der Regierung gelegen, längst diese fällige und dringende Forderung der Arbeitsbauernschaft zu erfüllen. Sie haben alles, was die Masse der Kleinbauern im Schweiße erarbeiten muß, mit der Warenumsatzsteuer belegt; unsere immerwährende Forderung, endlich diese Warenumsatzsteuer zu beseitigen, blieb bisher vollständig unberücksichtigt. Wir haben wiederholt gefordert, daß Sie auch bei der Verteilung der Produktionsbehelfe, wie zum Beispiel des Saatgutes, endlich dafür sorgen sollen, daß die Masse der Arbeitsbauern auch in die Lage kommt, dieses verbilligte Saatgut zu kaufen. Es ist in dieser Richtung nichts geschehen. Sie selbst werden, so wie bisher, als Vertreter der Mehrheitsparteien hieherkommen und werden vielleicht noch schärfer als wir die Not der Landwirtschaft aufzeigen, Sie werden vor allem anderen die Not der Landwirtschaft in der Frage des landwirtschaftlichen Kredits aufzeigen. Der Herr Präsident der n. ö. Landes-Landwirtschaftskammer, der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Reither, hat in der letzten Zeit wiederholt in Tageszeitungen die Dringlichkeit der Lösung des Kreditproblems dargetan. Sie selbst konstatieren alle Augenblicke, daß das in der Landwirtschaft investierte Kapital nicht mehr als 3 Prozent trägt, und Sie haben trotz aller ihrer schönen Reden über die Not der Landwirtschaft, über die Dringlichkeit der Lösung der Kreditfrage, bisher nichts unternommen, um die unerhörte Tatsache aus der Welt zu schaffen, daß der Mann, der da trotz Fleiß, trotz angestrengtester Tätigkeit nicht einmal 3 Prozent seines investierten Kapitals aus dem Boden herausarbeiten kann, auf der anderen Seite mindestens 7 Prozent für das Darlehen, das er braucht, bezahlen muß. Sie haben gar nichts getan, um ernsthaft die Kreditfrage zu regeln, um die Bauernschaft endlich von diesem unerträglichen Zinswucher zu befreien, Sie sind schuld daran, die Sie die Sanierung stets so loben und preisen! Ihre erste

und notwendigste Pflicht wäre, dafür zu sorgen, daß der Bauer von dem Zinsrobot befreit wird, denn erst dann wird er in die Lage kommen, sich von der ungeheuren, von der entsetzlichen Verschuldung allmählich zu befreien, die heute große Kreise der Landwirtschaft ergriffen hat. *(Zwischenrufe.)* Sie kennen unseren Standpunkt sehr genau. Wir sagen nicht leichtsinnig: einfach Kredite aufnehmen um jeden Preis und unter jeder Bedingung. Gerade wir sind diejenigen, die stets den Standpunkt vertreten haben, die Kreditfrage kann nur im engsten Einvernehmen mit der bäuerlichen Betriebsberatung gelöst werden. *(Zwischenrufe.)* Aber Sie, die Sie behaupten, Sie haben die Krone saniert, Sie dürfen nicht vergessen, daß Sie die Pflicht haben, wenn Sie es schon bisher verabsäumt, nun dafür zu sorgen, daß die sanierte Krone auch wirklich dort angewendet werden kann, wo sie am allernotwendigsten gebraucht wird, vom Landwirt, und zwar zu Bedingungen, die es ihm erträglich machen, diese sanierte Krone auch zu übernehmen. Ich muß also sagen, hier steht folgendes fest: Schöne Reden, schöne Artikel, schöne Forderungen der Mehrheitsparteien, aber ein ernsther Weg, ein ernsther Schritt zur Lösung des Kreditproblems ist bisher in keiner Weise erfolgt. *(Zwischenrufe.)*

Wir haben gerade im Finanz- und Budgetausschuß den Herren durch einen ganz konkreten Antrag, der auch im Bericht als Minderheitsantrag unter I verzeichnet ist, Gelegenheit geboten, dem Kreditproblem für die am meisten leidende Gruppe unter den Arbeitsbauern Rechnung zu tragen. Wir haben verlangt, daß man bei dem Kapitel Landeskulturförderung den Betrag von 320.000 S., der für die Förderung des Weinbaues eingesetzt ist, auf 1 Million Schilling erhöhen möge. Wir haben das nicht bloß deshalb getan, weil uns der ungeheure Notstand unter den Weinbauern bekannt ist und weil wir wissen, daß das dringendste Mittel für die Linderung dieses Notstandes eine entsprechende Kreditaktion ist, sondern auch deshalb, weil eine der Regierungsparteien, die Herren von der großdeutschen Partei, knapp vor den Budgetberatungen im Ausschuß hier einen Antrag einbrachte, womit sie die Regierung aufforderte, den Weinbautreibenden billig verzinsliche langfristige Darlehen zu geben und die hierfür notwendigen Mittel beizustellen. Wir haben diesen Antrag gestellt, weil wir uns sagten, das Budget bietet die beste Gelegenheit, um im kurzen Wege den Weinbauern Hilfe zu bringen. Die Herren haben diesen Antrag abgelehnt, mit der Begründung, daß eine Veränderung der Budgetposten nicht möglich sei, da, wenn die eine Post geändert würde, auch andere Posten geändert werden müßten. Die Begründung dieser Stellungnahme werden aber die Weinbauer nicht begreifen, sie werden es nicht begreifen, wenn Sie hundertso viele Millionen Schilling zur Ver-

fügung haben für andere Zwecke, die durchaus nicht so dringend sind wie die Rettung der notleidenden Weinbauer, daß da wegen einer Änderung der Ziffern im Budget ihre Notlage nicht geändert werden sollte. Ich kann heute nur neuerlich bitten, mit Rücksicht auf die Tatsache, daß ein großer Teil der Weinbauerschaft vor dem Zusammenbruch, vor dem völligen Ruin steht, mit Rücksicht darauf, daß diese Weinbauer, wenn ihnen nicht bald Hilfe zuteil wird, in kürzester Zeit in das Heer der Arbeitslosen gestoßen werden, wodurch viele Produktionsflächen brachgelegt werden und viel neue Not und neues Elend in weite Teile der Bevölkerung gebracht wird, das hohe Haus möge diesen Antrag, der gut und ehrlich gemeint ist, der Weinbauerschaft sofort zu helfen, annehmen.

Was wir weiter im Ausschuß immer wieder festgestellt haben und auch heute feststellen wollen, ist, daß Sie in der Frage der Regelung des Preises für die Arbeitsprodukte der Arbeitsbauernschaft wie auch in der Förderung des Absatzes durchaus nicht jene Wege gehen, die uns geeignet erscheinen, den hier herrschenden Notstand fühlbar zu mildern. Die Mehrheitsparteien und die Regierung haben sich in der letzten Zeit auf eine Zollpolitik festgelegt, von der sie in Wort und Schrift bei jeder Gelegenheit behaupten, sie sei eines jener wirksamen Mittel, um der Bauernschaft den entsprechenden Ertrag für ihre Arbeit zu sichern. Wir sind der Meinung, daß auf Grund der Erfahrungen der Vorkriegszeit, in der eine ähnliche Zollpolitik maßgebend war, und auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre, die die Landwirte der ganzen Welt auf der im Vorjahr stattgefundenen Weltwirtschaftskonferenz gemacht haben, diese Behauptung falsch ist. Wir sind der Meinung, daß die Methode, mit der Sie hier versuchen, den Massen der Arbeitsbauern draußen einzureden, daß die Zollpolitik ein wirksames Mittel sei, den Bauern zu helfen, falsch und irreführend ist.

Was uns besonders empört und immer wieder veranlaßt, Ihnen mit Mißtrauen entgegenzutreten, ist die Tatsache, daß in hundertso viel Hunderten von Fällen draußen auf dem Dorfe, wo der arme Arbeitsbauer sich erlaubt, öffentlich eine andere Meinung zu haben, als sie die Mehrheitsparteien hier vertreten, diese Arbeitsbauern mit wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Terror bedacht werden. Wir haben oft Gelegenheit gehabt, über diese Terrorfälle zu reden. Gewiß sind bei unseren Darlegungen durch unrichtige Informationen Übertreibungen oder Unrichtigkeiten vorgekommen. *(So ist es!)* Aber die Tatsache ist nicht aus der Welt geschafft, daß wir in Niederösterreich ein paar Stunden von Wien in Hunderten von Dörfern keine Versammlung abhalten können, weil uns die Mehrheitsparteien, die in Gemeinde und Dorf die Mehrheit haben, einfach

die Lokale abtreiben, daß wir, seitdem Sie, insbesondere die Herren von der großdeutschen Partei, durch Ihre Agenten draußen auf dem Lande den Bauern sagen: Jetzt können wir nicht über Kreditfragen oder über deine Notlage reden, jetzt müssen wir über die Heimwehren reden, in vielen Orten unsere Versammlungen nicht abhalten können, ohne stets von den Messern der Heimwehren oder den Bierkrügeln angeheiterter Menschen bedroht zu sein. Solche Verhältnisse bestehen angesichts der Tatsache, daß Sie der gesamten Arbeitsbauernschaft einreden wollen, mit Ihrer Zollpolitik werde die Lage des Arbeitsbauern verbessert werden, mit dieser Zollpolitik werde die Not allmählich aufhören und werden die Leute höhere Erträge für ihre Produkte bekommen. Hohes Haus! Wir wünschen, daß diese Politik der Irreführung, diese Politik der Versprechungen von Verbesserungen, die sich nie erfüllen können, auch wenn Sie sie ernstlich erfüllen wollten, die Sie mit Rücksicht auf die weltwirtschaftlichen Verhältnisse gar nicht erfüllen können, nicht zu jenen Verzweiflungsausbrüchen führen möge, die in der Geschichte der Arbeitsbauern aller Länder der Welt wiederholt dagewesen sind.

Das große Problem der Not in der Landwirtschaft ist von so großer Tragweite, daß Sie, die Herren von den Mehrheitsparteien und von der Regierung, wirklich alle Ursache hätten, sich zu sagen: Es ist die zwölfte Stunde da, daß wir endlich Einkehr halten und dafür sorgen, daß die Massen draußen, die auch von der Zollpolitik nichts haben werden, wenn Sie auch die Handelsverträge mit Jugoslawien und Ungarn kündigen und wenn Sie auch sonst alle möglichen Kunststücke machen würden, von Ihrer drängenden Not befreit werden.

Das wichtigste Problem für die Regelung der Preisfrage ist vor allem, die Arbeitsbauern, die Arbeitenden in der Landwirtschaft mit den arbeitenden Menschen in der Industrie zusammenzuführen und alle diese Dämonen, die zwischen den beiden stehen, die sich auf Kosten beider Teile bereichern, im Verkehr, beim Kauf und Verkauf der Waren auszuschalten. Da muß ich sagen, Ihre Ziffern, die Sie zur Förderung des ländlichen Genossenschaftswesens eingesetzt haben, sind so gering, daß man auch hier nicht ernsthaft mit einer Verbesserung rechnen kann; für ein Zusammenführen der großen genossenschaftlichen Organisationen zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion, zur Förderung des direkten Verkehrs zwischen dem Produzenten und Konsumenten haben Sie überhaupt nichts vorgekehrt. Diese Politik, die da mit den Zöllen versucht, ein paar Großgrundbesitzern, ein paar Großbauern einen Vorteil zu sichern, um sich damit ihre Zufriedenheit zu erwerben, muß zum Abgrund, muß zum Ruin der Massen der Arbeitsbauern führen. Die Zölle, die bereits in Wirklichkeit sind und von denen Sie den Bauern versprochen

haben, daß Sie Preiserhöhungen bringen werden, haben den Arbeitsbauern gar nichts gebracht. Nach wie vor ist die Klage beim Absatz in diesen Artikeln, daß die Massen draußen völlig ungeschützt der wildesten und rücksichtslosesten Spekulation preisgegeben sind und daß sie keinerlei Aussicht haben, daß in absehbarer Zeit eine Verbesserung eintritt. Wenn Sie es ernst meinen mit der Vinderung der Krise, die in den Preisbildungsfragen besteht, die in den Absatzverhältnissen herrscht, dann müßten Sie ernsthaft darangehen, die Produzenten und die Konsumenten zusammenzubringen, die großen Genossenschaften zusammenzuführen und dafür zu sorgen, daß sich der Absatz der Produkte der Arbeitsbauern direkt an die Genossenschaften der Konsumenten vollzieht. Ich erlaube mir, dem hohen Hause in dieser Frage folgenden Antrag zu unterbreiten (*liest*):

„Das Parlament beauftragt die Regierung, ehestens eine Kommission aus Vertretern der landwirtschaftlichen und der Konsumgenossenschaften einzusetzen und den direkten Warenverkehr zwischen den Genossenschaften vorzubereiten.“

Nun ist es wohl noch notwendig, zu sagen, daß Sie bei der Zollpolitik, die Sie da machen, endlich auch Ihre Einseitigkeit aufgeben müssen. Vor zwei Jahren, als in diesem hohen Hause der Zoll auf Superphosphat festgelegt wurde, ist von den Vertretern der Regierung und der Mehrheitsparteien immer wieder erklärt worden, eine Preiserhöhung werde nicht eintreten. Eines der wichtigsten der noch käuflichen Düngemittel, das Superphosphat, ist seit der Zeit ganz wesentlich verteuert worden. Wir bezahlen es im Gegensatz zu der Zeit vor zwei Jahren, wo es um 60 g zu haben war, heute mit 72 bis 75 g, also eine ganz wesentliche Verteuerung, die von Ihnen allen in Abrede gestellt wurde. Alle unsere Argumente wurden von Ihnen damit abgetan, eine Verteuerung sei nicht zu erwarten. Dazu ist interessant, daß Deutschland, auf das Sie sich immer in der Zollpolitik berufen, gerade beim Superphosphat Zollfreiheit hat und daß infolgedessen dort das Superphosphat bedeutend billiger zu haben ist. Wir haben überhaupt durch ihre Zollpolitik in der Frage dieses wichtigen Düngemittels die Ehre, daß Österreich zu den wenigen Ländern zählt — Polen, die Tschechoslowakei und Italien gehören noch hieher, es sind also vier Länder in der ganzen Welt —, die dieses unentbehrliche Düngemittel besteuert haben.

Und nun noch zur Frage des Weinbaues. Sie haben mit Ihrer Sanierungspolitik, die Sie seit dem Jahre 1922 in Szene gesetzt haben, auch dem Absatz der heimischen Weinprodukte schweren Schaden zugefügt. Es vergeht wohl keine Weinbauerversammlung, es vergeht keine Konferenz — gleichgültig, von wem immer sie einberufen oder abgehalten wird —, in der nicht die Weinbauer feststellen würden, daß seit

dem Beginne der Sanierung die Einfuhr ausländischer Weine ständig im Steigen begriffen ist, und gerade bei diesem Produkt, wo eine völlige Übereinstimmung in der Frage der Zollpolitik zwischen den Parteien dieses hohen Hauses herrschte, nämlich daß wir alle der Meinung waren und sind, hier kann kein Zoll hoch genug sein, um die Einfuhr fremdländischer Weine hintanzuhalten, haben Sie versagt, gerade da haben Sie — natürlich als Auswirkung Ihrer Sanierungspolitik — den verschiedenen Ländern eine ganz große Zahl weitgehender Begünstigungen eingeräumt, die schließlich dazu geführt haben, daß wir jetzt mehr Wein aus dem Auslande hereinbekommen, als wir hier im Inlande zu produzieren vermögen. Also auch da ist es notwendig, zu sagen, daß Sie darangehen müssen, eine Änderung dieser Politik herbeizuführen, wenn Sie haben wollen, daß die Landwirtschaft, besonders aber die Weinbauer in der Landwirtschaft, vorwärtskommen.

Und nun, meine Herren, noch ein Wort zu den letzten Ereignissen. Große Summen sind es, die für die Förderung der Landwirtschaft aufgewendet werden, darunter auch für die Förderung des Rübenbaues. Die Herren Großgrundbesitzer, die auch ihren Anteil an den staatlichen Mitteln für den Rübenbau haben, haben in der letzten Zeit den Beschluß gefaßt, nicht mehr so intensiv Rübenbau zu betreiben, wenn ihnen weiterhin von der Regierung oder vom Parlament in der Frage der Beseitigung dieses Kulturkandals mit den ausländischen Arbeitern Schwierigkeiten gemacht werden. Hohes Haus! Könnte das hohe Haus nicht auch einmal in dieser lebenswichtigen Frage einer großen Schichte arbeitender Menschen, gegenüber diesem furchtbaren Skandal, daß Tausende und aber Tausende unierer Kleinbauernkinder arbeitslos hungern, dahinsiechen draußen im heimatlichen Dorfe, auf Arbeit warten und zusehen müssen, wie in ganz großen Teilen unseres Landes Tausende und aber Tausende ausländischer, tschechoslowakischer, unkultivierter Menschen, die keine solche Kulturbedürfnisse haben wie deutsche Arbeiter, verwendet werden, könnte da das hohe Haus nicht auch einmal einen so erfolgreichen, weithin hörbaren, gemeinsamen Aufschrei der Empörung hinausrufen, um hier in Wirklichkeit Abhilfe zu schaffen, einen Aufschrei der Empörung über die unerhörte Tatsache, daß sich die Großgrundbesitzer den traurigen Mut herausnehmen, dem Parlament, dem Volke, dem ganzen Lande mit der Einschränkung der Produktion im Rübenbau zu drohen, wenn ihre egoistischen Bedürfnisse nach Sklavenausbeutung nicht erfüllt werden. Meine Herren! Wir setzen voraus, daß die Herren von der Regierung und von den Mehrheitsparteien auch da wissen, was ihre menschliche, ihre kulturelle Pflicht ist. Wenn Sie es nicht wissen, dann müßte unsere Gegenfähigkeit zu allen Ihren Auffassungen, unser Mißtrauen, daß es Ihnen mit der Förderung

der Landwirtschaft nicht ernst sei, noch größer werden. Meine Herren! Wir haben nicht die Macht, Sie zu zwingen, das Notwendigste für die Beseitigung der Krise und der Not in der Landwirtschaft zu tun. Diese Macht haben wir nicht. Die Macht haben die Arbeitsbauern draußen. Aber die Tatsache, daß wir von Jahr zu Jahr öfter und eindringlicher in diesem hohen Hause und überall, wo wir dazu Gelegenheit haben, die wirklichen Ursachen dieser Not aufzeigen und aufzeigen, wie Sie, die Sie heute die Macht haben, der Not abzuhelpen, so vieles verabsäumen, so vieles unterlassen und verkehrt machen, wie Sie in allererster Linie immer wieder die Interessen der Großen, der wirtschaftlich Starken vertreten und sichern und die der wirtschaftlich Schwachen beiseite lassen, wird in absehbarer Zeit dazu führen, daß Sie, die Sie als Mehrheitsparteien und als Regierung mitschuldig sind an dem großen Unglück der Arbeitsbauern in der Landwirtschaft, noch so rechtzeitig von ihrem Platz hinweggesetzt werden, daß Sie nicht weiter Schaden stiften können! *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Während vorstehender Rede hat Präsident Dr. Waber den Vorsitz übernommen.)*

Der gehörig gezeichnete Antrag Müller wird zur Verhandlung gestellt.

Gritschacher: Hohes Haus! Ich kann die heutige Gelegenheit beim Kapitel Landwirtschaft nicht vorübergehen lassen, ohne der besonderen Verhältnisse der Landwirtschaft in meinem Heimatlande Kärnten zu gedenken. Wenn wir die Ertragsfähigkeit unseres Landes mit der anderer Länder vergleichen, so müssen wir feststellen, daß sich Kärnten auf der untersten Stufe befindet. Es ist dies wohl zum größten Teil auf die gebirgige Lage unseres Landes zurückzuführen, denn ein großer Teil meines Heimatlandes ist unproduktives Gebiet: Schnee und Eis, Felsen und zum Teil vermurtes Land und auch Sumpfland. Diese Gestaltung des Landes zeigt der Landwirtschaft von Kärnten, welchen Weg sie zu gehen hat. Ihr hauptsächlichstes Betätigungsgebiet muß die Viehzucht sein. Die Viehzucht muß in jeder Weise ausgebaut werden, insbesondere in bezug auf Formvollendung der Tiere sowie auch auf intensive Steigerung der Milchproduktion. Der Teil des Landes Kärnten, der für den Getreidebau in Betracht kommt, ist verhältnismäßig klein, es sind dies nur einige Gegenden in Unterkärnten und ein Teil des Lavanttales.

Während Kärnten vor dem Kriege in Südtirol ein wichtiges Absatzgebiet hatte, ist nach dem Kriege dieses Absatzgebiet vollständig verlorengegangen. Früher wurden nach Südtirol insbesondere viel Jungvieh und Pferde exportiert. Da gerade Kärnten mit Rücksicht auf seine zahlreichen Sumpfwiesenböden gezwungen ist, Pferdezücht intensiver als andere Länder zu betreiben, so war es für die Landwirtschaft Kärntens von großer Bedeutung, daß sie in Südtirol ein großes

Abfahgebiet für ihre Pferde hatte. Dieses Abfahgebiet ist heute vollständig verlorengegangen.

Als Abfahgebiet kommt heute hauptsächlich das Deutsche Reich für uns in Betracht. Der Handelsverkehrsweg für unser Vieh geht heute über Salzburg nach Bayern. Im Jahre 1926 war es mit dem Absatz nach dem Deutschen Reiche sehr schlecht bestellt, und wir hatten mit einer ungeheuren Krise auf dem Viehmarkte zu kämpfen. Diese Krise wurde durch verschiedene Zollmaßnahmen der deutschen Regierung hervorgerufen, die auf unseren Verkehr nach Deutschland störend einwirkten. Es ist, Gott sei Dank, den Bemühungen der Regierung gelungen, durch Verhandlungen mit dem Deutschen Reiche bedeutende Erleichterungen auf zollpolitischem Gebiete zu erwirken, und es hat das gerade in unserem Lande sofort die nachhaltigste Wirkung ausgelöst, indem der Verkehr nach Bayern und dem Deutschen Reiche wieder emsig aufgenommen wurde und sehr viel Jungvieh wieder nach diesem natürlichen Absatzgebiete gehen konnte. Ich halte mich für verpflichtet, im Namen des Kärntnerlandes der Regierung für ihre vielen Bemühungen zur Behebung dieser besonderen Absatzkrise in der Landwirtschaft den besten Dank auszu-drücken. *(Zustimmung.)*

Es wäre aber ganz falsch, wenn wir dabei stehen-blieben. Wir müssen uns vor Augen halten, daß sich die landwirtschaftliche Produktion in vielen Beziehungen noch außerordentlich heben läßt. Wenn wir beispielsweise die Milchproduktion des Kärntnerlandes und anderer Länder vergleichen, so sehen wir, daß hier gewisse jahrzehnte alte Fehler daran schuld sind, daß in bezug auf seine Milchproduktion das Land Kärnten als ziemlich rückständig bezeichnet werden muß. Man kann aber nachweisen und wird es mit Befriedigung aufnehmen, daß gerade in den letzten Jahren auch auf diesem Gebiete gute Ansätze vorhanden sind, daß man trachtet, diese alten Fehler wieder wettzu-machen, und insbesondere das Augenmerk darauf lenkt, nicht nur auf die Güte und Formvollendung der Tiere zu achten, sondern insbesondere auch auf eine höhere Milchleistung der Tiere hinzuarbeiten. In diesem Belange wird seitens der verschiedenen Milchkontrollvereine und derartiger Genossenschaften, die sich zu diesem Zwecke gebildet haben, emsig gearbeitet, und wir wollen hoffen, daß die Zeit nicht mehr allzu ferne liegt, wo es auch in unserem Kärnten gelingen wird, in bezug auf die Milch-produktion an ähnliche Stelle treten zu können wie die uns umgebenden Länder.

Hand in Hand damit geht natürlich der Ausbau der genossenschaftlichen Verwertung. Es würde uns ja nichts nutzen, nur auf die Hebung der Milch-produktion hinzuarbeiten, sondern es muß auch für die Möglichkeit der Verwertung der Milch vorgesorgt sein. Wenn wir die Eigentümlichkeiten unseres Landes betrachten, so finden wir, daß große Konsumstellen

für die Milch nicht besonders zahlreich vorhanden sind. Wenn wir aber die Buttereinfuhr des Jahres 1927 betrachten, so ergibt sich folgendes Bild: Im Jahre 1927 wurden rund 18.000 Meterzentner fremdländischer Butter eingeführt — gewiß ein ungeheures Quantum —, und wenn wir eine Berechnung anstellen, wieviel Milch erforderlich ist, um dieses Butterquantum im eigenen Lande zu erzeugen, so finden wir, daß dazu eine tägliche Milchmenge von ungefähr 1½ Millionen Liter Milch erforderlich ist. Gerade aus dieser Erwägung heraus müssen wir uns die Förderung der Milchproduktion angelegen sein lassen, und es werden sich jedenfalls gerade jene Landesteile, welche von größeren Milchkonsumorten weit entfernt sind, hauptsächlich darauf verlegen müssen, durch die Verarbeitung ihrer Milch der ungeheuren Buttereinfuhr Schranken zu ziehen, damit die ungeheuren Summen, welche heute für derlei Produkte noch ins Ausland wandern, der heimischen Land-wirtschaft zugute kommen. Das ist gewiß ein Weg, der aller Beachtung wert ist.

Wenn wir von der Hebung der Milchproduktion reden, so ist die notwendige Folgeerscheinung, daß wir uns auch mit der weiteren Intensivierung der Landwirtschaft befassen, denn wollen wir mehr Milch erzielen, so ist es unbedingt notwendig, daß wir auch dem Futter- und Pflanzenbau ein größeres Augen-merk zuwenden als bisher. Eines ergibt ja das andere, und gerade bei der Wirtschaft greift ein Rädchen in das andere. Aus diesem Gesichtspunkte ergibt sich, daß der Bauer, wenn er anfängt, sich mit der Steigerung der Milchproduktion zu befassen, dadurch allein schon gezwungen ist, in seiner ganzen Wirtschaft Berechnungen darüber anzustellen, wie es sich ermöglichen ließe, diese Produktion zu fördern. Das ist eben nur möglich, wenn er sich auch mit der Förderung des Futterpflanzenbaues beschäftigt. Damit steht in innigem Zusammenhang die Arbeit unserer landwirtschaftlichen Schulen, und ich konstatiere mit Genugtuung und Freude, daß auch in diesem Belange in der letzten Zeit viel geschehen ist. Es wurde emsig an der Durchführung von Bodenunter-suchungen gearbeitet, durch die konstatiert wird, was dem Boden an Düngerstoffen abgeht. Das ist für die Landwirtschaft von großer Bedeutung, denn es ist nicht einerlei, ob der Bauer, wenn er schon teuren Kunstdünger kaufen muß, den richtigen Kunstdünger verwendet oder ob dies einfach dem Zufall über-lassen bleibt. Die Untersuchung sowohl der Pflanzen-stoffe als des Erdmaterials, welches diese Pflanzen-stoffe liefert, ist daher unbedingt notwendig und sehr zu begrüßen.

Ein weiterer Punkt, dem wir große Aufmerksamkeit schenken, ist die Ausbildung der landwirtschaftlichen Jungmannschaft. Ich kann darauf hinweisen, daß es in Kärnten gelungen ist, in einem großen Teil unserer Volksschulen für Burschen im 14. bis 16. Lebens-

jahr landwirtschaftliche Fortbildungsschulen einzurichten. Dies wird sich in verhältnismäßig kurzer Zeit jedenfalls sehr gut auswirken, denn es ist für die Landwirtschaft von größter Bedeutung, daß die Arbeitskräfte, die schließlich dem Besitz oder dem Bauern zur Verfügung gestellt werden, auch einigermaßen theoretisch gebildet sind. Die Kenntnisse, die die jungen Leute sich in diesen Fortbildungsschulen aneignen, sind gewiß hervorragend dazu geeignet, den Bauern in seinen Bestrebungen nach Intensivierung seines Betriebes zu unterstützen.

Ich möchte noch besonders auf die Pferdezuucht hinweisen, der wir in Kärnten infolge der Bodenbeschaffenheit des Landes großes Augenmerk zuwenden müssen und die ja einer der undankbarsten Zweige der Landwirtschaft ist. Ich möchte die Regierung und das Landwirtschaftsministerium ersuchen, gerade unserem Lande auf diesem Gebiete die weitestgehende Unterstützung und Hilfe angedeihen zu lassen, da ein großer Teil unserer Landwirtschaft gezwungen ist, Pferdezuucht zu betreiben. Ich will aber auch auf etwas hinweisen, was seitens der Landwirtschaft in Kärnten schon des öfteren bei der Regierung angeregt wurde, daß nämlich für die höher gelegenen Gebirgsgegenden, für die sich der schwere Schlag unseres Pinzgauer Pferdes weniger eignet, die Ansiedlung eines kleineren Pferdeschlages, der sogenannten Haslinger, wünschenswert wäre. Ich weiß, daß man sich im heurigen Jahr mit dieser Sache befaßt hat, daß es aber gerade heuer nicht möglich war, die nötige Anzahl solcher Muttertiere in unser Land zu bringen. Ich richte aber das Ersuchen an das Landwirtschaftsministerium, diese Sache nicht aus dem Auge zu verlieren und wenigstens in den kommenden Jahren auf eine Lösung dieser Frage hinzuwirken.

Ich muß noch auf ein Kapitel zu sprechen kommen, nämlich auf das Steuerwesen in unserem Lande. Wie ich bereits erwähnt habe, ist unser Land zum großen Teil Gebirgsland. Es wird vielfach heimgesucht von argen Hochwasserschäden, von Übersflutungen, von Vermurungen u. dgl. Alle diese Umstände wirken natürlich äußerst ungünstig auf die Landwirtschaft. Aber nicht nur das allein, auch die weite Entfernung unseres Landes von dem Hauptkonsumort, von Wien, wo jedenfalls eine leichtere und bessere Verwertung der landwirtschaftlichen Produkte möglich ist, kommt hier in Betracht und stellt unsere Landwirtschaft gegenüber jener in den anderen Ländern in puncto Einnahmen bedeutend zurück. Diese Momente machen es auch verständlich, daß sich bei unserer Bevölkerung der Steuerdruck ärger und stärker bemerkbar macht. Wenn wir einen Vergleich ziehen, was die verschiedenen Produkte, die sich die Landwirtschaft anschaffen muß, im Jahre 1914 gekostet haben und was sie im heurigen Jahre kosten, so sehen wir, daß die meisten dieser Artikel um ein Vielfaches im Preise gestiegen sind,

während die landwirtschaftlichen Artikel zum großen Teil nicht einmal valorisiert sind. Ich will da nur einige dieser Artikel herausgreifen. Sensen zum Beispiel kosteten im Jahre 1914 das Stück 1 K 35 h, im Jahre 1926 3 S 25 g, das bedeutet eine 140prozentige Erhöhung; Pflüge im Jahre 1914 141 K, im Jahre 1926 260 S, also eine 90prozentige Verteuerung; Futterampfer kostete im Jahre 1914 85 K, im Jahre 1926 190 S, daher eine 120prozentige Erhöhung. So könnte ich noch eine ganze Menge von landwirtschaftlichen Bedarfsartikeln als Beweis dafür anführen, wie schwer gerade diese ungeheuren Erhöhungen auf dem Bauernstand lasten. Zum Schluß muß ich noch auf das Verhältnis der Bauernschaft zu den Landarbeitern hinweisen. Ich muß sagen, daß in Kärnten dieses Verhältnis zum großen Teil noch als gut bezeichnet werden kann. Ich muß feststellen, daß die landwirtschaftliche Krankenkasse in Kärnten bis heute die Ansprüche, die an sie gestellt worden sind, voll und ganz befriedigt hat, und muß darauf verweisen, daß man einer Novellierung dieses Krankenkassengesetzes sowie der Einführung der Unfallversicherung und der Arbeiterversicherung durch den Bund das größte Interesse entgegenbringt. Ich will dazu folgendes sagen. Heute tragen bei uns die Besitzer sämtliche Kosten für die Krankenversicherung der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer vollkommen allein; es wird wenig Arbeitnehmer in Kärnten geben, welche zu dieser Post irgend etwas beitragen. Auch die Kosten für die Unfallversicherung werden selbstverständlich von den Besitzern allein bestritten, wobei ich darauf hinweisen muß, daß die heutige Form der Unfallversicherung weder die landwirtschaftlichen Arbeitgeber noch die landwirtschaftlichen Arbeitnehmer befriedigt. Die Sache ist heute so, daß von seiten der Unfallversicherung tatsächlich nur dann etwas bezahlt wird, wenn sich ein landwirtschaftlicher Arbeiter einen Finger oder eine Hand mit der Futterschneidmaschine wegchneidet. Alle anderen Fälle, sei es nun, daß jemand durch einen Stier verletzt oder durch den Hufschlag eines Pferdes verwundet wird u. dgl., alle diese Fälle sind heute in die Unfallversicherung nicht einbezogen. Überdies zahlt heute das Land eine ganz ertrockliche Pauschalsumme an die Unfallversicherung nach Steiermark, und man hat das Empfinden, daß im Verhältnis zu der Leistung, die vom Lande gezahlt wird, die Leistung der Unfallversicherung eine sehr geringe ist. Wir begrüßen es daher, wenn in absehbarer Zeit auch die Unfallversicherung der Landarbeiterschaft dem Lande anheimgestellt werden wird.

Zur Frage der Altersversicherung möchte ich in kurzen Worten noch eines erwähnen. Sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer sind daran sehr interessiert, und wenn die Lasten der Krankenversicherung und der Unfallversicherung vom Arbeitnehmer allein getragen werden, so bin ich überzeugt, daß auch die

Lasten der Altersversicherung von den Arbeitnehmern ebenso gern getragen werden, weil sie ja dann wissen, daß ihnen eine entsprechende Versorgung für ihre alten Tage gewährleistet sein wird. Ich richte daher an das ganze Haus die Aufforderung, wenn wir zur Beratung dieser wichtigen Gesetzesvorlage kommen werden, im Interesse der Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Arbeiter entsprechend mitarbeiten zu wollen. *(Lebhafter Beifall und Handklatschen.)*

Brachmann: Hohes Haus! Wenn man den Etat des Landwirtschaftsministeriums durchsieht, möchte man fast zu der Meinung kommen, daß in der Landwirtschaft alles in schönster Ordnung ist. Der Voranschlag des Landwirtschaftsministeriums hat sich in den letzten Jahren nicht wesentlich verändert. Wir wissen aber alle aus der Kenntnis der Verhältnisse draußen und auch aus den Ereignissen hier in diesem hohen Hause, daß sich ein großer Teil unserer Landwirtschaft in einer schweren Krise befindet. Man sollte meinen, daß sich diese Lage der Landwirtschaft auch einigermaßen in den Ziffern des Budgets ausdrücken würde. Nachdem schon im Vorjahre unser Antrag, den Betrag für die Förderung des landwirtschaftlichen Siedlungswesens auf 10 Millionen Schilling zu erhöhen, abgelehnt worden war, wurde ein Antrag der Christlich-sozialen, den im Voranschlag eingelegten Betrag von 500.000 S auf 1 Million Schilling zu erhöhen, einstimmig angenommen, und wir hätten nun erwartet, daß im Voranschlag für das Jahr 1928 wenigstens dieser Betrag aufscheint. Trotzdem sehen wir auch heuer im Voranschlag wieder nur den Betrag von 500.000 S, obwohl wir im Ausschusse darauf hinwiesen, daß dieser Betrag ganz unzureichend ist, um der Wohnungsnot auf dem flachen Lande abzu- helfen, und daher beantragten, ihn auf 10 Millionen Schilling zu erhöhen.

Die Herren vom Lande klagen bei jeder Gelegenheit über die Landflucht, und es ist doch allgemein bekannt, daß eine der Hauptursachen dieser Landflucht darin liegt, daß zu wenige und nicht entsprechende Landarbeiterwohnungen vorhanden sind. Wir hören diese Klage von Landwirten selbst. Wenn ein guter Knecht, der jahrelang auf einem Hofe beschäftigt war, sich einen Hausstand gründen, heiraten will, muß er den Hof verlassen, weil die kleinen und die mittleren Besitzer vielfach nicht in der Lage sind, ihm eine entsprechende Wohnstätte zu bieten. Und die Landwirte sagen es selbst auf ihren Tagungen und Versammlungen — denn die Frage des Wohnungsbaues für die Landarbeiter wird ja jetzt öfter draußen beraten —, sie sagen selbst, daß der Bau von Landarbeiterwohnungen ein wichtiges Mittel sein wird, die Landflucht einzudämmen. Wir hoffen daher, daß Sie unserem Antrag, der neuerdings im Ausschusse gestellt wurde und auch dem

hohen Hause vorliegt, die Zustimmung erteilen werden.

Wenn ich von der Krise der kleinen und mittleren Landwirte gesprochen habe, so möchte ich auch einiges über die Ursachen dieser Krise sagen. Sie liegen zum Teil in der allgemeinen wirtschaftlichen Verfassung unseres Staates, zum Teil in der Rückständigkeit unserer Landwirtschaft, zum Teil in einer schlechten Organisation oder in einem völligen Mangel einer Organisation des Marktes, zum Teil waren es auch Kriegsfolgen. Wenn insbesondere die Investitionstätigkeit auf dem Lande nicht in dem Maße fortschreitet, als es zur Reformierung der bäuerlichen Wirtschaften unbedingt notwendig wäre, so trägt daran die von meinem Kollegen Müller bereits erwähnte Kreditnot die Hauptschuld.

Was sind nun die Aufgaben des verantwortlichen Leiters dieses Ministeriums? Sie liegen in erster Linie in der Führung dieser Reformbewegung, die unbedingt in unserer Landwirtschaft Platz greifen muß. Zweitens in der Vermittlung zwischen den Gegensätzen. Ferner sehe ich auch eine wichtige Aufgabe des Ministeriums in der Herstellung einer gewissen Verbindung mit der Industrie, wo die Verwertung landwirtschaftlicher Produkte in der Industrie in Frage kommt.

Man hat vielfach Gelegenheit, zu beobachten, daß unsere Landwirte nicht rationell düngen, daß sie nicht genügend aufgeklärt sind, wie der Dünger rationell anzuwenden ist. Wir wissen, daß unsere Landwirte vielfach darunter leiden, daß ihnen eine vollkommene Kenntnis der Bodenbeschaffenheit abgeht. *(Födermayr: So rückständig ist unsere Bauernschaft nicht!)* Ja, verehrter Herr Kollege Födermayr, ich habe Gelegenheit, persönlich mit einem hervorragenden Landwirt zu verkehren, der jedes Jahr seinen Boden von der Versuchsstelle überprüfen und genau feststellen läßt, wie groß der Gehalt seines Bodens an den verschiedenen Chemikalien ist. Aber die anderen Landwirte tun das nicht, und da kommt es natürlich vor, daß sie ab und zu unzweckmäßig mit dem Kunstdünger vorgehen.

Wir wissen auch, daß es notwendig wäre, wenn eine bessere Kenntnis der Konservierung der Futterartikel Platz greifen würde. Auch hier sehen wir, daß die Großgrundbesitzer viel besser wirtschaften und daß vielfach auf den Bauernhöfen — nicht aus bösem Willen, sondern aus Unkenntnis der Methode — Futterartikel, die auf lange Monate konserviert werden könnten, vorzeitig verlorengehen.

Wir beklagen es auch oft, daß das landwirtschaftliche Schulwesen noch verhältnismäßig gering entwickelt ist. Wir würden sehr wünschen, daß eine Verbreiterung des landwirtschaftlichen Schulwesens stattfindet, die es auch den Söhnen der mittleren und kleinen Bauern ermöglichen würde, eine landwirtschaftliche Schule zu besuchen. Wir würden

wünschen, daß landwirtschaftliche Fortbildungskurse in den größeren Landgemeinden, vielleicht in Verbindung mit der neuen Schulorganisation, eingerichtet werden.

Wir vermessen aber auch insbesondere in der Entwicklung des Genossenschaftswesens eine gewisse Führung. Es hat sich auf dem flachen Lande gezeigt, daß sich in den letzten Jahren eine große Anzahl von Druschgenossenschaften und anderen Genossenschaften zum Ankauf landwirtschaftlicher Maschinen gebildet haben. Ich weiß schon, die Herren werden darauf verweisen, daß gerade auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens schon manches geleistet worden ist. Das gebe ich auch ohne weiteres zu.

Aber daß gerade diesem Gebiete nicht die notwendige Aufmerksamkeit zugewendet wird, die allein es erst ermöglichen würde, daß auch die kleinen und kleinsten Landwirte an der Reformbewegung in der Landwirtschaft teilnehmen können, weil nur die landwirtschaftlichen Organisationen ihnen den Ankauf und die Verwendung von Maschinen in dem notwendigen Ausmaße ermöglichen, das beklagen wir natürlich sehr.

Wenn ich davon gesprochen habe, daß dem Landwirtschaftsministerium die Aufgabe zufallen würde, wo es notwendig ist, zwischen Industrie und Landwirtschaft vermittelnd einzugreifen, so möchte ich hier auch gleich einige Beispiele anführen. Wir haben in Österreich eine Überproduktion an Kartoffeln, und das hat sich besonders im letzten Jahr in einer wesentlichen Preissenkung fühlbar gemacht, die dazu geführt hat, daß der Kartoffelanbau geradezu unrentabel geworden ist. Nun haben wir aber gerade im Tullner Feld eine große chemische Industrie, die jedes Jahr Hunderte von Waggons zur Stärkeerzeugung verwendet. Woher sind aber diese Kartoffeln gekommen? Die sind jedes Jahr aus Polen eingeführt worden. Ja, warum? Weil die österreichischen Landwirte nicht die geeigneten Kartoffelsorten gebaut haben. Die Industrie kauft nämlich die Kartoffeln nicht nach Gewicht und nach Quantum, sondern nach ihrem Stärkegehalt. Es hat sich gezeigt — heuer haben nämlich unsere Landwirte ihre Kartoffeln in diesem chemischen Betriebe abgeliefert —, daß sie bei diesen Industrieartoffeln, bei denen eine bedeutend weniger sorgfältige Auswahl getroffen werden konnte, höhere Preise erzielt haben als beim Verkauf der Speisekartoffeln. Hätte das Landwirtschaftsministerium rechtzeitig eingegriffen und sich früher für den Anbau von Industrieartoffeln interessiert — es kommen dafür eben besonders stärkehaltige Sorten in Betracht —, so wäre vielleicht der Absatz solcher Kartoffeln bei der Industrie schon in früheren Jahren möglich gewesen.

Wenn sich unser Herr Landwirtschaftsminister die Handelsbilanz Österreichs ansieht, kann ihm doch unmöglich entgehen, daß wir noch ungefähr 40 Prozent des

im Lande verbrauchten Zuckers aus dem Auslande einführen müssen. Daraus würde sich natürlich für einen verantwortlichen Minister die Aufgabe ergeben, sich um den Anbau der Zuckerrübe zu kümmern. Wir haben gerade jetzt auf dem Lande eine Bewegung unter den Bauern zu verzeichnen, die Zuckerrüben bauen wollen, dies besonders in jenen Gegenden des Tullner Feldes, wo infolge eines außerordentlichen Mangels an Wiesen und Grassflächen ein gewisser Futtermangel herrscht. Dieses Gebiet gehört ja zur näheren Umgebung Wiens und ist für die Versorgung des Wiener Marktes mit Milch von besonderer Bedeutung. Aber was ergibt sich? Daß im Frühjahr die Futtermittel erschöpft sind und infolgedessen nur minderwertige Milch und weniger Milch produziert werden kann, wiewohl gerade dort die Milchproduktion für die kleinen und mittleren Bauern besonders wichtig ist. Was müssen sie tun? Sie müssen im Kampfe um das Futter jedes Jahr in Lizitationen eintreten und müssen unverhältnismäßig hohe Preise bezahlen, um das notwendige Futter für ihr Milchvieh zu bekommen. Der Zuckerrübenanbau würde diesem Übelstande wesentlich abhelfen, weil die Leute gerade im Frühjahr, in der Zeit, wo die Futtermittel bereits zu schwinden beginnen, also der Futtermangel eintritt, die Rübenschnitzel bekommen könnten und damit ein vollwertiges Milchfutter hätten.

Nun scheint aber die ganze Sache in eine Groteske auszuarten. Im Zusammenhange mit der Agitation, die durch die Landwirtschaftskammer für den Anbau von Zuckerrüben betrieben wird, wurden nämlich in größeren Orten Versammlungen aller Parteien einberufen, in denen die Forderung erhoben wurde, die Zuckerfabrik müsse in dem betreffenden Orte gebaut werden, und hinzugefügt wurde, wenn die Zuckerfabrik nicht bei uns gebaut wird, bauen wir keine Zuckerrübe an. Sie werden verstehen, daß solche Dinge geeignet sind, einer nützlichen und notwendigen Sache gewisse Schwierigkeiten zu bereiten, und ich muß sagen, wenn sich der Herr Landwirtschaftsminister mit der Sache befaßt hat — ich weiß nicht, ob er es überhaupt getan hat —, so hätte er doch mit der Zuckerindustrie darüber reden müssen, wo diese Zuckerfabrik am zweckmäßigsten gebaut werden soll. Denn wir wissen ja alle, daß die landwirtschaftlichen Organisationen dormalen nicht gelbkrautig genug sind, um die hohen Beträge aufzubringen, die zur Errichtung einer entsprechend großen und entsprechend rentablen Zuckerfabrik unbedingt notwendig sind. Dann wäre dieser Kampf um den Standort der Fabrik überhaupt nicht entstanden, denn es besteht die Möglichkeit, eine solche Fabrik mit verhältnismäßig geringen Kosten in Niederösterreich zu errichten, nämlich in Moosbierbaum, wo große Betriebsanlagen, die seinerzeit für die Kriegsindustrie verwendet worden sind, jetzt leer stehen und mit verhältnismäßig geringen Kosten auf

eine Zuckerfabrik adaptiert und eingerichtet werden können. Wie ich informiert bin, wäre die Industrie auch bereit, diese Zuckerfabrik ins Leben zu rufen. Aber jetzt beginnt innerhalb der Bauernschaft der Kampf um die Zuckerfabrik mit der Androhung: Wenn die Fabrik nicht an dem oder jenem Orte gebaut wird, dann werden wir überhaupt keine Rüben bauen. Ich glaube, daß es schon notwendig wäre, daß das Landwirtschaftsministerium da eingreift und die Entwicklung der Angelegenheit in eine bestimmte Richtung bringt, damit nicht ein Plan, der, wenn er gut ausgeführt wird, wirklich geeignet ist, unseren Landwirten aufzuhelfen, in einer zwecklosen Agitation zerstört wird.

In unser heutiges Wirtschaftsleben, in unsere landwirtschaftlichen Rechtsverhältnisse ragen wie eine alte Ritterburgruine noch immer die Fideikomnisse herein. Ich wundere mich überhaupt, wie die bürgerliche Gesellschaftsordnung diesen Zustand noch weiter bestehen lassen kann, einen Zustand, der gegen alle Rechtsgrundsätze des Bürgertums verstößt, wenn man bedenkt, daß mit diesen Familienfideikomnissen auch eine Einschränkung der Vermögenshaftung verbunden ist. Diese Familienfideikomnisse sind nicht nur — rein vom bürgerlichen Standpunkt gesprochen — ein Unrecht gegen die übrigen Familienmitglieder, sondern sie sind auch ein schwerer Schaden für die Volkswirtschaft, weil durch die Bindung von Grund und Boden eine Trennungslinie zwischen Grund und Boden und Betriebskapital geschaffen wird, die nicht zum Vorteil der Landwirtschaft ist. Es hat zum Beispiel schon der Fürst Schwarzenberg — er war ja einer der größten Fideikomnißbesitzer des alten Österreich — auf einer Agerartagung im alten Österreich erklärt: Ich und jeder andere böhmische Landwirt sind wegen Mangels an Betriebskapital gezwungen, von der intensiven zur extensiven Bewirtschaftung überzugehen.

Ich verstehe überhaupt nicht, warum zum Beispiel die Christlichsoziale Partei, in der doch die Landwirte, die Bauern einen ausschlaggebenden Einfluß besitzen, mit diesem alten Unrecht, mit diesem Privilegium noch nicht aufgeräumt hat. Dieses Unrecht erscheint um so krasser, wenn man sich die Wirtschaft ansieht, die vielfach auf den Fideikomnißgütern getrieben wird. Diese vielen Hunderte von Joch österreichischen Grundes und Bodens werden nicht etwa dazu benutzt, um möglichst viel herauszuwirtschaften und zu produzieren, sondern sie dienen vielfach den Luxusbedürfnissen der früheren adeligen Herren. Wir haben da zum Beispiel in den Donaubetrieben zwei große Fideikomnißgüter, die ungefähr 7000 bis 8000 Joch umfassen. In diesen Donauauen wächst bekanntlich vorzügliches Nutzholz, Eichenholz, das für die Erzeugung von Skiern und anderen Sportgeräten besonders gesucht wird, und es wäre, wenn diese Auen entsprechend rentabel und zweckmäßig be-

wirtschaftet würden, möglich, aus diesem Boden verhältnismäßig großen Nutzen herauszuschlagen. Nun könnte man sagen, es könne uns gleichgültig sein, ob diese Herrschaften einen großen oder kleinen Nutzen haben. Dem ist aber nicht so. Infolge der unrentablen Wirtschaft sind diese Güter vielfach passiv, und diese Herrschaften, die auch im heutigen Staate noch großen Einfluß besitzen, gehen dann zu den Steuerbehörden klagend und lassen sich die Steuern jahrelang stunden. Wir erleben auf dem Lande die Tatsache, daß Kleinbauern und Häuslern, wenn sie ein halbes Jahr oder ein Jahr mit der Steuer im Rückstande sind, die letzte Kuh oder die Ziege weggepfändet wird, während die Großgrundbesitzer, die sich einige Automobile halten, eine Luxusjagd haben und sich gar nicht einschränken, Steuerstundungen für mehrere Jahre erhalten. Dadurch kommen auch die Gemeinden zu Schaden, da sie nicht rechtzeitig in den Genuß der Ertragsanteile kommen, wobei sie gar nicht gefragt werden, ob sie mit diesen Steuerstundungen überhaupt einverstanden sind. Diese Fideikomnisse dienen, wie gesagt, vielfach der Befriedigung des Luxusbedürfnisses. Diese Herrschaften halten sich mehrere Hundert Hirsche in diesen Auen. Wenn dann das Holz geschlagen und wieder aufgefördert wird, müssen diese Renaufforstungen mit einem Drahtzaun versehen werden, weil sie sonst von den Hirschen niedergetrampelt oder abgefressen werden. Das belastet den Betrieb ungeheuer. Wenn dann das Mais hoch gewachsen ist, brechen die Hirsche in großen Rudeln durch, das Holz wird ruiniert und krüppelhaft. In der Fegezeit geht eine Anzahl von Bäumen zugrunde, und dort, wo ertragsfähiger Boden ist, wo bestes, erstklassiges Nutzholz produziert werden könnte, wenn ordentlich gewirtschaftet würde, gedeiht nur verküppeltes Holz.

Was machen nun diese hohen Herrschaften, wenn sie infolge ihres Luxus in große Schwierigkeiten geraten? Man möchte meinen, daß sie vielleicht ihren Luxus dann einschränken. Nein, sondern es wird an den Arbeitern und Angestellten gespart. Wir haben Beispiele, daß solche Großgrundbesitzer dann einfach ihre Wirtschaft auflösen und sagen, daß sie unrentabel sei. Sie vergessen aber dabei, daß der Betrieb nur deshalb unrentabel wird, weil die Jagd eine viel zu schwere Belastung für den Betrieb ist. Dann wird also abgebaut, Arbeiter und Angestellte werden aufs Pflaster geworfen. So ergibt sich die Tatsache, daß diese Leute Tausende von Joch Grund besitzen, ihre Steuern jahrelang schuldig sind und gleichzeitig das Heer der arbeitslosen Arbeiter und Angestellten vermehren. Und diesen Zuständen machen die Herren von den bürgerlichen Parteien die Mauer. Es wäre höchste Zeit, mit diesen alten Privilegien aufzuräumen.

Wir Sozialdemokraten sind jedenfalls der Meinung, daß der österreichische Grund und Boden nicht

dazu da ist, um das übertriebene Luxusbedürfnis eines einzelnen Menschen zu befriedigen, sondern in erster Linie, um eine möglichst große Anzahl arbeitender Menschen zu ernähren. *(Beifall.)*

Haueis: Hohes Haus! In dem Berichte über das Kapitel 19, Land- und Forstwirtschaft, findet sich eine Bemerkung des Herrn Berichterstatters, wonach sich dieser Ausschuß mit der Beratung des Bundesvoranschlages für das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft durch fünf Sitzungstage beschäftigt hat; der Herr Berichterstatter bemerkt überdies, daß dieser Voranschlag der eingehendsten Beratung unterzogen wurde. Ich werde mich daher mit dem Voranschlag für dieses Bundesministerium wenig befassen und mich darauf beschränken, einen Blick auf die wirtschaftliche Lage insbesondere der alpenländischen Bauern zu werfen. Der Finanz- und Budgetausschuß hat dem Nationalrate 14 Entschlüsse zur Annahme empfohlen, die verschiedene agrarische Forderungen zum Ausdruck bringen. Ich werde diesen Entschlüssen nur einige wenige Wünsche anfügen, die allerdings im gegenwärtigen Budget nicht berücksichtigt werden können, wohl aber meines Erachtens im nächsten Bundesvoranschlage. Ich habe gesagt, ich werde einen kurzen Blick auf die wirtschaftliche Lage der Bauern in den Alpenländern werfen. Es ist allgemein bekannt, daß die landwirtschaftliche Produktion in Österreich in den letzten Jahren einen ganz gewaltigen Aufschwung genommen hat und den Bedarf an landwirtschaftlichen Produkten in Österreich nach Möglichkeit durch eigene Erzeugung zu decken bemüht ist. Ich möchte mir aber die Frage erlauben, ob dies in dem gegenwärtigen Tempo weitergehen kann. Dabei halte ich mir nämlich vor Augen, daß an dem Körper insbesondere der alpenländischen Landwirtschaft eine Wunde zehrt, die, wenn man nicht an ihre Behandlung denkt, ein bedeutendes Hindernis für einen weiteren Fortschritt sein wird; diese Wunde ist die Grundverschuldung. Es ist allgemein bekannt, daß in der Vorkriegszeit die Verschuldung des Bauernstandes so weit vorgeschritten war, daß hervorragende Volkswirtschaftler kein anderes Mittel mehr zur Sanierung des Bauernstandes für hinreichend hielten, als die Durchführung einer Grundentschuldung. Der Krieg und dann die Inflation haben uns die Schulden abgenommen; die Folgen des Krieges machen sich anderseits seit längerer Zeit in hohen Löhnen sowie in hohen Landes- und Gemeindesteuern bemerkbar. Aber auch, wenn wir die derzeitigen Bundessteuern mit denen der Vorkriegssteuern vergleichen, finden wir eine Reihe von neuen Steuern, die dem Bunde ein bedeutendes Erträgnis liefern, beziehungsweise den Steuerträger belasten. Was die sozialen Lasten anbelangt, so hat erst kürzlich ein hervorragender Kenner derselben in einer Studie bekanntgegeben, in welchem Ausmaße

sie den Preis der industriellen und gewerblichen Erzeugnisse prozentuell belasten. Ich habe schon früher bemerkt, daß auch die Dienstbotenlöhne sehr stark in die Waagschale fallen, weil sie heute viel höhere sind, als in der Vorkriegszeit. Nun eine Antwort dem Herrn Abg. Schneeberger. Der Herr Abg. Schneeberger hat gestern behauptet, daß die Bauernvertreter für soziale Lasten, soweit sie den Dienstboten zugute kommen, fast nicht zu haben sind. Demgegenüber möchte ich erklären, daß der Bauer ein großes Interesse an der Zufriedenheit seiner Dienstboten hat, aber diese Zufriedenheit wird nur dann möglich sein, wenn auch der Bauer bestehen kann. Ein Mittel, um dem Bauern diese sozialen Lasten einigermaßen zu mildern und die Möglichkeit zu schaffen, solche neuen Lasten leichter übernehmen zu können, wäre darin gelegen, wenn der Herr Abg. Schneeberger die Freundlichkeit hätte, die Vertreter der Stadt Wien zu bewegen, für eine Änderung des ungerechten Abgabenteilungsgesetzes in der Richtung einzutreten, daß die an Wien geleisteten Überweisungen zur Erfüllung der Wünsche des Herrn Abg. Schneeberger an die Länder und Gemeinden frei würden. *(Schneeberger: Sie glauben, die Gemeinde Wien soll auf die Überweisungen verzichten!)* Hören Sie nur. Von den Ertragsanteilen, die den Ländern und Gemeinden im Jahre 1926 zugekommen sind, hat die Gemeinde Wien 62'8 S pro Kopf erhalten. Sie bekam von 223 Millionen über 117 Millionen Schilling zugewiesen. Und wie haben die anderen Länder abgesehen? Tirol zum Beispiel, ich will nur dieses anführen, hat nur 22'4 S pro Kopf der Bevölkerung aus diesen Überweisungen bekommen. Wenn die Überweisungen auf ganz Österreich gleichmäßig aufgeteilt wären, so würden auf den Kopf der Bevölkerung etwas mehr als 34 S entfallen. Dermalen in Tirol nur 22'4 S auf den Kopf der Bevölkerung kommen, würde die gleichmäßige Aufteilung in ganz Österreich für Tirol mit 313.786 Einwohnern ein Plus an diesen Überweisungen von 3'7 Millionen Schilling oder 37 Milliarden Kronen bedeuten, um welche Summe die Landes- und Gemeindesteuern ermäßigt werden könnten. Und da in Tirol die landwirtschaftliche Bevölkerung einen großen Teil der Landes- und Gemeindesteuern zu tragen hat, würde dadurch den Bauern eine ganz bedeutende Summe in der Hand bleiben, um die sozialen Lasten leichter tragen zu können.

Ich stehe auf dem Standpunkte, daß diese Lasten nicht ganz unschuldig an der Wiederverschuldung des Bauernstandes sind. Ich will Sie mit Ziffern aus dem statistischen Handbuch über die Hypothekarverschuldung Österreichs nicht ermüden, zumal ich weiß, daß diese Ziffern auch die Hypothekarverschuldung anderer Bevölkerungsschichten als der Bauern beinhalten. Ich muß aber doch erwähnen, daß nach

einem Berichte, den die Tiroler Landesregierung dem Tiroler Landtag im Oktober des vorigen Jahres vorgelegt hat, der Umfaß der Landeshypothekenbank sich im Jahre 1926 gegenüber dem Jahre 1925 verzwanzigfacht hat. Im Jahre 1927 wird die Inanspruchnahme der Hypothekenanstalt nicht günstiger, sondern vielleicht eher noch ungünstiger sein als im Vorjahre. Selbstverständlich nimmt der Bauer nicht alle Schulden gegen Hypotheken auf. Die größere Zahl der Darlehen sind sehr wahrscheinlich die sogenannten gütigen Schulden, das heißt die Schulden, welche bei Raiffeisenkassen, bei anderen Geldinstituten und Privaten getätigt wurden. Vielleicht ist auch — das wäre schlimmer — die eine oder andere Wechelschuld darunter. Aber wo nimmt der Bauer das Geld her, um seinen Verpflichtungen nachzukommen zu können? Wird er von einem schweren Unglück betroffen, so muß er Schulden machen, weil er die Folgen des Unglücks aus den ordentlichen Einnahmen nicht decken kann. Er muß auch Schulden machen, um wechende Geschwister hinauszuzahlen, um ab und zu die hohen Steuern und Gebühren entrichten zu können. Die Immobiliargebühren allerdings sind, Gott sei Dank, in der letzten Zeit ganz erheblich herabgesetzt worden. Jedenfalls schreitet die Verschuldung sehr stark fort, und ich glaube, man könnte auch im Finanzministerium erfahren, wie schwer die Bauern unter den heutigen Verhältnissen zahlen können, denn es werden dort eine ganze Reihe von Gesuchen laufen, welche sich auf Stundung vorgeschriebener Gebühren beziehen.

Rechnen Sie dazu noch den Zinsfuß und die Nebengebühren, die wesentlich höher sind als in der Vorkriegszeit. In der Vorkriegszeit war doch ein Zinsfuß von $4\frac{1}{2}$ Prozent gang und gäbe, und diesen hat nach dem allgemeinen Urteil die Landwirtschaft schon sehr schlecht ertragen. Wenn Sie die Ergebnisse der Buchstelle in Niederösterreich sich ansehen, so werden Sie finden, daß in dem einen oder anderen Falle die Landwirtschaft in manchem Jahre überhaupt keinen Überschuß abgeworfen hat. Und dies im Flachlande, was erst im Gebirgslande! Ich habe auch nachgesehen, was der eine oder andere Volkswirtschaftler über die Verschuldung des bäuerlichen Besitzes bei uns in Österreich sagt, und ich habe da in dem Werk eines Volkswirtschaftlers, das im Jahre 1927 geschrieben wurde, folgende Stelle gefunden (*liest*): „Unsere Bauern werden, wenn nicht bald Abhilfe geschaffen wird, in noch größere Zinsknechtschaft verfallen, als sie vor dem Kriege waren.“ Und ein anderer Volkswirtschaftler hat diese Auffassung in folgende Worte gekleidet (*liest*): „Wir nähern uns mit Riesenschritten einer neuerlichen ungeheuerlichen Verschuldung unserer Landwirtschaft, die um so bedenklicher ist, als unsere Wirtschaft im Gegensatz zu der Zeit vor dem Krieg unter ungünstigen Bedingungen arbeitet.“

Ich möchte diese Zitate nicht nur dem hohen Hause zur Beachtung empfehlen, sondern auch der hohen Regierung, und möchte bitten, daß man bei der Zoll- und Handelspolitik, bei der Steuerpolitik und bei Beschlüssen über soziale Lasten usw. diese Verhältnisse in der Landwirtschaft sich vor Augen hält. Ich möchte auch eine Mahnung über die Grenzen dieses hohen Hauses hinaus richten, wie sie Dr. Eichhorn an die bayrischen Landwirte gerichtet hat. Er hat gesagt (*liest*): „Es gibt Hunderte und Tausende von Bauern, die glauben, sie könnten aus ihrer Wirtschaftsnot herauskommen, wenn sie nur recht viel fremdes Geld bekämen und damit ihren Betrieb verbessern oder umstellen könnten. Wie kann Geld bei dem heutigen Zinsfuß sich in der Landwirtschaft rentieren?“

Ich will mich nur noch auf die Vorbringung von drei Wünschen beschränken. Der erste Wunsch betrifft den Notstandskredit. In den Budgets der früheren Jahre war immer ein Notstandskredit eingestellt, im letzten Jahre war das nicht mehr der Fall und im gegenwärtigen scheint er ebenfalls nicht auf. Ich möchte nun bitten, daß man vielleicht im nächsten Jahre wieder einen solchen Kredit einsetzt, damit man bei Elementarereignissen schnell helfend eingreifen kann. Ich möchte weiters den Wunsch aussprechen, daß dieser Notstandskredit auch jenen Bauern zuteil wird, die durch eine Feuersbrunst zu Schaden gekommen sind. Es gibt in unseren Gegenden Fälle, wo es einem kleinen Bauern, dem das Haus abgebrannt ist und der sozusagen am Grabe seiner Habe steht, ohne Hilfe aus Bundesmitteln einfach nicht möglich ist, sein Haus wieder herzustellen. Ich bin gewiß dafür, daß jeder sein Gebäude mit der fahrenden Habe bis zum wirklichen Wert versichert, aber es ist doch unmöglich, daß der Eigentümer eines Viertel- oder eines halben oder eines Drittelhauses, wie es oft in unserer Gegend vorkommt, mit der Affekuranz für so einen Hausteil sich sein ganzes Haus wieder herstellen kann. Es werden ja für Siedlungszwecke bedeutende Mittel zur Verfügung gestellt, und das ist vollkommen gerechtfertigt. Auch der Arbeiter soll seine Heimstätte haben, er soll, was er erstrebte und wofür er jahrelang gespart hat, sich erwerben können: eine eigene Ofenbank. Aber wenn der Bauer der rote Hahn obdachlos gemacht hat, soll es auch ihm möglich sein, sich wieder ein Heim zu bauen. Denn damit ist doch die Frage verknüpft: Wird er auf der Scholle bleiben oder wird er nun abwandern und vielleicht das Proletariat in der Stadt vermehren? Ich habe dies erwähnt, weil in meiner Gegend diesbezüglich im letzten Jahre schlimme Erfahrungen gemacht wurden.

Dann habe ich noch zu bitten, es möge die Dotation für Hochdruckwasserleitungen, die im gegenwärtigen Budget mit 400.000 S. vorgesehen ist, im nächsten Jahre entsprechend erhöht werden. Soweit

ich unterrichtet bin, wird gerade diese Dotation sehr stark in Anspruch genommen, und sie hat speziell für die Gemeinden in den Alpenländern vielleicht noch eine viel größere Bedeutung als für die Gemeinden auf dem flachen Lande. Hier sind die Dörfer nicht so eng zusammengebaut wie im Gebirgslande, sie sind nicht aus Holz erstellt wie im Gebirge, und es sind auch nicht die Dächer aus weichem Material wie dort, es besteht daher auf dem flachen Lande auch nicht die Gefahr, daß bei einem besonderen Unglück gleich ein ganzes Dorf oder ein großer Teil eines Dorfes in Asche sinkt, wodurch eine große Zahl arbeitswilliger Menschen so schwer geschädigt wird.

Endlich bitte ich um eine Erweiterung der Dotation für die sogenannten Güterwege. Ich halte das für sehr wichtig. Die Schweiz hat auf diese Weise erreicht, daß die Abstützung und Auflassung von Höfen hintangehalten wurde, und wir haben doch unter den Berggemeinden und unter den Gemeinden, die in den Tälern drinnen liegen, solche, in denen nur dadurch, soweit es sich wenigstens um Höfe handelt, diese vor der Auflassung geschützt werden können, daß man auch einen ordentlichen Fahrweg dorthin anlegt, um diesen Leuten die beschwerliche Bewirtschaftung ihres Hofes und die Bringung der Produkte wesentlich zu erleichtern.

Zum Schlusse möchte ich noch anführen, daß diese Dinge, auch wenn es sich um Einzelhöfe handelt, für die österreichische Landwirtschaft immerhin von erheblicher Bedeutung sind. Denn ein Volkswirtschaftler, den ich früher zitierte, sagt in seinen Schriften folgendes (*liest*): „Die österreichische Landwirtschaft spielt heute tatsächlich eine relativ größere Rolle. Jeder einzelne Betrieb ist wichtiger als früher. Daß eine entsprechende Intensivierung, eine umfassende Mehrleistung trotz dem empfindlichen Mangel von billigem Betriebskapital erreicht wurde, beweist den Arbeitswillen der österreichischen Bauern.“ Damit schließe ich. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Plaffer: Hohes Haus! Der Herr Berichterstatter hat gestern unter anderem auch einen Antrag erwähnt, der im Finanzausschuß vom Herrn Abg. Zelenka u. Gen. zum Kapitel „Wildbach- und Lawinenverbauung“ eingebracht wurde. Die Summe, die in diesem Kapitel aufscheint, beträgt nur 400.000 S und sollte nach diesem Antrag auf 1 Million Schilling erhöht werden. Der Antrag wurde von den Mehrheitsparteien abgelehnt. Die Folge des Antrages wäre gewesen, daß die Investitionen bei den Wildbach- und Lawinenverbauungen in einem größeren Umfang und in einem größeren Ausmaß vorgenommen werden können. Die Annahme dieses Antrages hätte aber auch dazu beigetragen, einer ganzen Reihe von Arbeitern und Arbeitslosen, insbesondere aber arbeitslosen Forstarbeitern, die im Salzkammergut und auch in anderen Teilen des Landes von den Bundes-

forstverwaltungen abgebaut worden sind, Arbeit und Verdienst zu schaffen.

Hohes Haus! Es wurde vor nicht langer Zeit hier im Hause ein Antrag verhandelt, der die Einbeziehung der Forstarbeiter in die Arbeitslosenversicherung behandelt hat. Es hat dies der Herr Kollege Schneeberger gestern wieder beim Kapitel „Soziale Verwaltung“ begründet und hat einige ganz krasse Fälle aus dem Elend der Forstarbeiter herausgegriffen. Der Antrag wurde damals hier im Hause von den Mehrheitsparteien abgelehnt. Er hat dasselbe Schicksal auch im Ausschuß wieder erfahren. Die Forstarbeiter haben daher gegenwärtig gar keine Hoffnungen zu hegen, daß sie in die Arbeitslosenversicherung einbezogen werden.

Die Haltung der Mehrheitsparteien zu dieser Forderung dieser Arbeiterschichte hat selbstverständlich in den Kreisen der Forstarbeiter eine ungeheure Entrüstung hervorgerufen. Daß es den Arbeitervertretern der christlichsozialen Partei nicht leicht ist, ihre ablehnende Haltung hier im Hause bei den Forstarbeitern draußen zu verantworten, hat gezeigt, daß, nachdem diese Forderung der Opposition auf Einbeziehung der Forstarbeiter in die Arbeitslosenversicherung abgelehnt worden war, der Herr Abg. Kunschak in das Salzkammergut hinausgekommen ist und in Bad Tschl und Altmünster Versammlungen abgehalten hat. Er hat in seinen Reden darauf hingewiesen, daß die Sozialdemokraten daran schuld seien, daß für die arbeitslosen Forstarbeiter keine Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden, weil die sozialdemokratischen Machthaber in Wien eine Erhöhung des Zolls auf Holz verhindern. Der Herr Abg. Markschläger mußte, meiner Überzeugung nach, sehr gegen seinen Willen, gleichfalls die Meinung der Mehrheitsparteien dieses Hauses dort zum Ausdruck bringen, obwohl er selbst bei jeder Gelegenheit in der Bewegung der christlichen Forstarbeiter auf dem Standpunkt steht, daß die Not der arbeitslosen Forstarbeiter nur dadurch gelindert werden kann, daß sie in die Arbeitslosenversicherung überführt werden. Freilich ist der Herr Abg. Kunschak nicht in die Gebirgstäler gegangen, wo die Forstarbeiter wirklich zu Hause sind, um zu ihnen zu sprechen. Das Forum, vor dem er in Altmünster sprach, waren alles eher als Forstarbeiter. Der Herr Kunschak hat auch in seiner Rede die Einbeziehung der arbeitslosen Forstarbeiter als einen Notbehelf bezeichnet. Auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß dies nur ein Notbehelf sein kann. Aber es nützt nichts, es als Notbehelf zu bezeichnen, wenn den Forstarbeitern auch dieser Notbehelf verweigert wird, wenn sie arbeitslos geworden sind und mit ihren Familien dem Hungertode ausgeliefert werden.

Bezüglich der Wildbach- und Lawinenverbauung haben wir in verschiedenen Fällen sonderbare Beobachtungen gemacht. Es werden dort Arbeiter entlassen, die

schon sieben Jahre und noch länger ununterbrochen bei den Wildbach- und Lawinenverbauungsarbeiten beschäftigt sind. Man stellt diese Arbeiter dann, wenn sie einige Wochen im Bezuge der Arbeitslosenunterstützung gestanden sind, wieder ein, um sie im Wege der produktiven Arbeitslosenfürsorge zu beschäftigen und den Beitrag für sie zu bekommen. Ich meine, diese Vorgangsweise bedeutet nicht nur, daß man Arbeitern den vierzehntägigen Urlaub, auf den sie Anspruch haben, stiehlt, sondern sie bedeutet auch einen ganz gewöhnlichen Mißbrauch der Einrichtung der produktiven Arbeitslosenfürsorge. Nebenbei bemerke ich, daß dieser Vorgang nicht nur bei den Wildbach- und Lawinenverbauungen, sondern auch bei der Traunverbauung und anderen Flußregulierungen geübt wird.

Ein ganz besonderer Umstand, der sich für die Arbeiten bei den Wildbach- und Lawinenverbauungen sehr hemmend bemerkbar macht, ist, daß für diese Arbeiten die notwendigen Mittel sehr häufig nicht angewiesen werden. Es kommt dann zu Unterbrechungen der Arbeiten, und die Arbeiter werden entlassen. Oft bemühen sich die Gemeinden, diese Unterbrechungen der Arbeiten hintanzuhalten und strecken den Bauleitungen der Wildbachverbauungen Gelder vor. Ich verweise da auf ein Beispiel: Die Gemeinde Gosau hat im Vorjahr der Bauleitung von Bad Ischl 2000 S vorgestreckt, damit die Arbeiten im Bereichsgraben nicht unterbrochen werden müssen. Wenn die Mittel nicht rechtzeitig angewiesen werden, so birgt die Einstellung dieser Arbeiten aber auch die Gefahr in sich, daß die bereits begonnenen Arbeiten bei einem höheren Wassergang in den Wildbächen wieder zunichte gemacht werden und die bereits verbauten Mittel dann eigentlich umsonst aufgewendet worden sind. Bekanntlich wird doch jedes Jahr von den Bauleitungen der Wildbachverbauungen ein Bauprogramm vorgelegt und auch zumeist genehmigt. Allerdings können oft diese Bauprogramme dann nicht durchgeführt werden, weil die hierfür notwendigen Mittel nicht zur Anweisung gelangen. Ich möchte den Herrn Minister für Land- und Forstwirtschaft auf diesen Umstand besonders aufmerksam machen und ihn ersuchen, er möge dafür Sorge tragen, daß diese berechtigten Klagen abgestellt werden.

Ich wende mich nun einer Sache zu, die auch dringend einer Erledigung bedarf, nämlich der Frage der Wiederbesiedlung. Das Wiederbesiedlungsgesetz wurde im Jahre 1921 geschaffen, und auf Grund dieses Gesetzes wurden auch Enteignungen durchgeführt. Ein Teil dieser Enteignungen ist bis heute noch nicht zu Ende geführt. Leute, die bereits die ihnen zugesprochenen Anwesen bewirtschaften, die Enteignungserkenntnisse für diese Anwesen in der Hand haben, sind noch immer nicht in der Lage, sie im Wege der grundbücherlichen Eintragung ins Eigentum überführen zu können. Schuld daran ist

der Umstand, daß das Ministerium in diesen Fällen bis heute keine Entscheidung getroffen hat. Ich habe vor einigen Wochen an den Herrn Minister eine Anfrage bezüglich der Wiederbesiedlung eines Anwesens von Don Alfonso von Bourbon gerichtet. Diese Anfrage hat der Herr Minister noch nicht beantwortet, und ich sehe mich daher veranlaßt, neuerdings an den Herrn Minister die Anfrage zu richten und ihn zu ersuchen, daß er das aufklärt, wieso es möglich ist, daß gerade dem Don Alfonso so ganz besonders in dieser Frage entgegengekommen wird.

Weiters verweise ich noch auf einen Antrag, der im Finanz- und Budgetausschuß angenommen wurde und als Entschließung dem hohen Hause vorliegt. Es handelt sich in diesem Falle um Sicherungsmaßnahmen, die wegen Absturzgefahr eines großen Felsens am Hochfieg in Hallstatt vorzunehmen sind. Es besteht eine ungeheure Gefahr; wenn dieser Fels abstürzt, so werden nicht weniger als elf Häuser in Hallstatt vollständig verschüttet. Dieses Unglück abzuwehren, bezweckt dieser Antrag, und ich ersuche den Herrn Minister, dafür Sorge zu tragen, daß die Mittel, die zur Verhütung dieses Unglücks notwendig sind, ehestens bereitgestellt werden.

Zum Schluß möchte ich dem hohen Hause folgende Anträge vorlegen und um die Annahme dieser Anträge bitten (*liest*):

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Generaldirektion der Bundesforste anzuweisen, bei der Verfügung über Naturhöhlen, die in den von ihr verwaltenden Gebieten liegen, den Weisungen des Bundesdenkmalamtes nachzukommen.“

Der zweite Antrag hat folgenden Wortlaut (*liest*):

„Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft wird aufgefordert, die Generaldirektion der Bundesforste anzuweisen, die Tätigkeit der die Höhlenforschung und Höhlenerschließung betreibenden Körperschaften auf das nachdrücklichste zu unterstützen.“

Ich bitte, diese beiden Anträge anzunehmen. Zu dem einen Antrag möchte ich bemerken, daß bezüglich des Höhlenschutzes dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft ein Gesetzentwurf vorliegt; es bestehen aber verschiedene Meinungen über die verfassungsrechtliche Frage, die in diesem Falle erst geklärt werden muß. Um aber zu verhüten, daß in diesen Naturhöhlen Dinge geschehen, die den Bestand dieser Höhlen in Gefahr bringen, habe ich mich veranlaßt gesehen, den vorgelesenen Antrag dem hohen Hause vorzulegen.

Der zweite Antrag, der verlangt, daß jenen Vereinigungen, die sich um die Erschließung und den Ausbau der Höhlen besonders bemühen, die nötige Unterstützung zuteil werde, bezweckt eigentlich, daß der Fremdenverkehr auch in dieser Beziehung unterstützt werden soll. Es bemühen sich Gemeinden

— und gerade Gemeinden im oberen Salzkammergute sind es, die mehr oder weniger auf den Fremdenverkehr angewiesen sind —, diese Höhlen auszubauen, sie für den Fremdenverkehr zugänglich zu machen; sie bedürfen natürlich auch der Unterstützung. Ich möchte also den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft ersuchen, diesen Vereinigungen und Gemeinden die nötige Unterstützung angedeihen zu lassen. *(Beifall.)*

Die beiden gehörig gezeichneten Anträge Plasser werden zur Verhandlung gestellt.

Strießnig: Hohes Haus! Wenn wir das Budget des Kapitels Land- und Forstwirtschaft für das Jahr 1928 mit jenem für das Jahr 1927 vergleichen, so sehen wir, daß tatsächlich eine wesentliche Erhöhung der Mittel, welche der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden, eingetreten ist. Wenn wir jedoch den Gesamtaufwand des Bundes mit jenem Teil, welcher auf die Landwirtschaft entfällt, vergleichen, so sehen wir, daß dieser Prozentsatz kaum 2½ Prozent ausmacht.

Dieser kleine Prozentsatz entspricht nicht der Wichtigkeit der Landwirtschaft, ganz besonders deshalb nicht, weil man die Landwirtschaft nach dem Kriege eine lange Reihe von Jahren vernachlässigt und weil man sie die längste Zeit auch hier im hohen Hause als ein notwendiges Übel betrachtet hat. Die Sage, daß die Landwirtschaft zu wenig erzeuge, ist längst unwahr geworden. Wenn dies teilweise im Kriege zutreffend war, so war die Regierung selbst daran schuld, weil sie mit ihren Kriegsverordnungen geradezu produktionshemmend gewirkt hat. *(Zustimmung.)* Aber diese verringerte Produktion während des Krieges ist heute längst überwunden. Wir haben uns mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln bemüht, die Produktion tatsächlich zu fördern. Ich verweise hier zum Beispiel darauf, daß wir heute schon nicht mehr wissen, wo wir mit unseren Kartoffeln hin sollen, daß eine förmliche Milchüberschwendung besteht und daß viele landwirtschaftliche Produkte heute tief unter den Erzeugungskosten abgesetzt werden müssen. Trotz dieser Überproduktion und obwohl sich die Landwirtschaft ununterbrochen bemüht und keine Mittel scheut, um die Mehrerzeugung zu fördern, schreitet die Verarmung, das Leben von der Substanz in der Landwirtschaft ununterbrochen weiter. Wer heute zum Beispiel Besitzungen kaufen will, kann sich auf dem Realitätenmarkt Hunderte von landwirtschaftlichen Gütern zur Auswahl vorlegen lassen, wer Besitzungen pachten will, bekommt sie, wie er sie braucht — der beste Beweis dafür, daß in der Landwirtschaft etwas vorgegangen ist, was man nicht als normal bezeichnen kann.

Diese Verarmung in der Landwirtschaft ist nicht ohne Nachwirkungen geblieben. Wir machen die Erfahrung, daß mit uns sowohl die Industrie als auch das Gewerbe in Mitleidenschaft gezogen wurde

und daß man sich aus diesem Grunde endlich mit dieser Frage intensiver beschäftigt und sich sagt, man müsse der Landwirtschaft helfen, denn so könne es nicht weitergehen.

Als Vertreter der alpenländischen Landwirtschaft möchte ich mich nunmehr besonders mit dem Titel 5, „Veterinärwesen“, beschäftigen, weil es gerade die Alpenländer sind, die auf dem Gebiete der Viehzucht beispielgebend sind, und weil die Erträge unserer Viehzucht in den Alpenländern jene Produkte sind, von denen der Landwirt leben muß.

Besonders schwer schädigen unsere alpenländische Viehzucht die sogenannten tierzuchthemmenden Krankheiten, und es ist notwendig, daß wir uns mit dieser Frage etwas eingehender beschäftigen. Ich hatte die Absicht, diese einzelnen Krankheiten speziell zu besprechen, aber mit Rücksicht auf die beschränkte mir zur Verfügung stehende Zeit möchte ich nur auf einige dieser Krankheiten zurückkommen. Hohes Haus! Ich muß bemerken, daß gerade der kleine und mittlere Bauer durch diese tierzuchthemmenden Krankheiten besonders schwer getroffen wird, weil dadurch jene Schäden entstehen, die namentlich in einer kleineren Landwirtschaft die längste Zeit nicht wettgemacht werden können. In erster Linie ist es der ansteckende Scheidekatarrh, den wir in den Ländern und insbesondere in Kärnten ununterbrochen immer wieder zu bekämpfen haben. Es wird notwendig sein, daß die Regierung dieser die Tierzucht hemmende Krankheit ein ganz besonderes Augenmerk zuwendet. Diese Krankheit besteht darin, daß die Tiere nicht mehr aufnehmen, daß sie wiederholt zum Stier gebracht werden müssen, daß sie kalt bleiben und durch längere Zeit überhaupt als Zuchttiere nicht mehr verwendet werden können.

Eine zweite, für uns ebenso wichtige und von der Regierung zu bekämpfende Krankheit ist das sogenannte feuchthafte Verkälben. Wir haben in den Alpenländern, ganz besonders dort, wo intensive Viehzucht getrieben wird, mit dieser Krankheit ununterbrochen zu tun. Zum Glück tritt diese Krankheit, ich möchte sagen, nur so herdenweise auf, aber wo sie auftritt und man nicht rechtzeitig mit der Schutzimpfung einsetzt, ist der meiste Ruhstand dem Verkälben preisgegeben. Was das heißt, wenn ein besserer Ruhstand vorhanden ist und davon auch nur fünf, sechs oder sieben Kühe dem Verkälben preisgegeben sind, weiß nur derjenige, welcher diese Schäden bereits in seiner Wirtschaft mitgemacht hat. Eine der schwersten und gefährlichsten Krankheiten, die wir in den Alpenländern zu bekämpfen haben, ist die Tuberkulose der Rinder. Nicht nur bei den Menschen muß man die Tuberkulose bekämpfen, sondern auch bei den Rindern müßte man notwendigerweise dieser Bekämpfung der Tuberkulose ein weitaus größeres Augenmerk zuwenden, als es bisher der Fall war *(Sehr richtig!)*, und zwar gerade deshalb,

weil die Milch von an Tuberkulose erkrankten Tieren auch für die Menschen gefährlich ist. Wir müssen schon sagen, wir haben es die längste Zeit nicht begriffen, warum die Regierung gerade der Bekämpfung der Tuberkulose bei den Rindern nicht das nötige Augenmerk geschenkt hat. Vor dem Kriege war es so, daß man in jenen Stallungen, in denen man das Auftreten der Tuberkulose vermutete, die sogenannte Tuberkulinimpfung durchführte. Man hat diese Impfung für die Besitzer gratis durchgeführt, und so war es möglich, daß man zuverlässig hat konstatieren können, welche Rinder von dieser gefährlichen Seuche erfaßt worden sind und welche nicht. Es wird also notwendig sein, daß die Regierung sich mit der Tilgung dieser für uns in der Landwirtschaft so gefährlichen Krankheit intensiver beschäftigt, und es wird auch ganz besonders im Interesse der unbemittelten Besitzer gelegen sein, daß ein Tilgungsfonds geschaffen wird. Schauen Sie, was kann denn der einzelne Besitzer tun? Wenn auch durch die Tuberkulinimpfung mehrere Tiere konstatiert werden, die reagieren, so kann er sie nicht notschlachten, nicht hergeben, ohne dafür etwas zu bekommen, er ist förmlich gezwungen, sie dem nächstbesten Händler zu verkaufen, und auf diese Weise wird die Tuberkulose von einem Stall zum anderen fortgeschleppt.

Eine weitere, besonders für die Schweinezucht in Betracht kommende Krankheit ist die sogenannte Schweinepest. Auch diese Krankheit hat in der Landwirtschaft schon ungeheuren Schaden hervorgerufen, und sie ist deshalb besonders gefährlich, weil sie ebenfalls sehr schleichend auftritt, weil sie vielfach erst nach einigen Tagen erkannt wird und inzwischen die Ansteckung, die Übertragung, bereits im ganzen Stalle um sich gegriffen hat. Es ist notwendig, daß die Regierung auch gegen diese Krankheit eingreift und daß jener Impfstoff, welcher zu ihrer Bekämpfung notwendig ist, den Leuten rechtzeitig zur Verfügung gestellt wird. Wir im Lande Kärnten mußten wiederholt die Erfahrung machen, daß in jenen Ortschaften, wo die Schweinepest ausgebrochen ist, erst die längste Zeit auf den Impfstoff gewartet werden mußte, obwohl die Gefahr der Ansteckung, welche durch diese Krankheit verursacht wird, um so größer ist, je länger nicht geimpft werden kann.

Eine weitere, für uns besonders wichtige Post ist die Post 27, „Landwirtschaftliche Kultivierung“. Mein Kollege Tauschitz hat Ihnen bereits mitgeteilt, daß im Bunde Österreich rund 500.000 Hektar Fläche der Kultivierung noch zuzuführen sind. Mit Rücksicht darauf, daß gerade in diesem Moorboden durch den natürlichen Gehalt von 4 Prozent Stickstoff und unter Anwendung der entsprechenden Kaliphosphatdüngung ungeheure Mengen an Produkten herausgeholt werden könnten, ist es wohl notwendig, daß wir uns mit dieser Kultivierung intensiv be-

schäftigen, auch deshalb, weil die Notwendigkeit dieser Kultivierung mit den Verhältnissen nach dem Kriege innig zusammenhängt. Große Teile, insbesondere der Alpenländer, sind ja auf die Kultivierung der Moorböden völlig angewiesen, weil vielfach kleine und mittlere Besitzer fast ausschließlich Moorböden besitzen und diese Besitzer nach dem Kriege infolge der geänderten Verhältnisse völlig verarmt sind. Die Pferdezuucht ist zurückgegangen, weil durch die Entwicklung der Autoindustrie Pferde vielfach überflüssig wurden und auch der militärische Bedarf an Pferden sich vermindert hat. Die heutigen Heupreise von 3 und 4 S decken infolgedessen nicht einmal mehr die Arbeitskosten, geschweige denn, daß mit einer Rentabilität gerechnet werden könnte. Ich fürchte nur, daß der Erfolg dieser Meliorationen durch die verspätete Durchführung gefährdet wird. Bei uns in Kärnten bestehen zum Beispiel mehrere große Projekte schon seit vier oder fünf Jahren, und es wird der Erfolg durch die verspätete Durchführung in Frage gestellt. Die Landwirtschaft verarmt immer mehr, und wenn mit dieser Kultivierung nicht rasch und intensiv eingesezt wird, wird es der Landwirtschaft nicht möglich sein, auf die Dauer die Kosten ihres Betriebes aufbringen zu können. Wenn auch durch den Meliorationsfonds und die Unterstützung seitens der Regierung Meliorationen ermöglicht werden, ist es immerhin noch schwer, den Boden urbar zu machen, ihn mit Kunstdünger zu versehen und die nötigen Samen aufzubringen. Ich glaube daher, daß auf diesem Gebiete Eile nottut.

Eine weitere, für unsere Landwirtschaft sehr wichtige Post ist das Genossenschaftswesen. Ich kann mit Freude konstatieren, daß auch das Genossenschaftswesen sich entwickelt, besonders die Molkereigenossenschaften. Wir haben uns bemüht, auf dem Gebiete des Molkereiwesens so intensiv als möglich zu arbeiten, und wir sehen heute schon vielfach einen Milchüberschuß, der dazu führt, daß an den Frischmilchverkauf oft überhaupt nicht mehr gedacht werden kann und die Gründung von Molkereigenossenschaften sich als notwendig erweist. Nun ist es sehr einfach, eine Genossenschaft zu gründen, oft aber sehr schwer, sie mit Vorteil für die Landwirtschaft weiterzuführen. Diese Erfahrung haben wir bei allen unseren landwirtschaftlichen Bezirktsgenossenschaften gemacht. Deshalb fordern wir, daß auch hier mit der größten Vorsicht vorgegangen werde und daß die Regierung helfend eingreife, um die Entwicklung des Molkereiwesens richtig zu fördern. Man verspricht uns hier Völkerbundkredite. Mit Rücksicht darauf, daß die Landwirtschaft tatsächlich verarmt ist und wir von der Substanz leben müssen, können wir sehr schwer die Molkereigenossenschaften mit eigenem Geld fundieren. Wir müssen daher Kredite aufnehmen, die vielfach eine zu hohe Verzinsung erfordern. Es wurde heute schon hier

erwähnt, daß wir vor dem Kriege kaum eine Zinsenlast von 3 bis 4 Prozent ertragen konnten. Wie soll es dann möglich sein, meine Verehrten, daß wir den Zinsendienst für die Kredite aufbringen, die uns eventuell aus der Völkerbundanleihe zur Verfügung gestellt werden? Ich fürchte, daß die Zahlungsschwierigkeiten, die ja bei den Verhältnissen, in denen wir uns befinden, vorauszu sehen sind, auch hier eintreten werden, und ich möchte die Regierung bitten, hier helfend einzugreifen. (Zustimmung.) Sie werden sehen, daß diese Genossenschaften, die ja oft mit einem Kapital von 2 bis 3 Milliarden gegründet worden sind, nicht mehr in der Lage sein werden, diese Zinsenlast zu ertragen. (So ist es!)

Ein weiteres Kapitel, welches ebenfalls mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften zusammenhängt, ist die Kunstdüngerfrage. Wir beschäftigen uns in den landwirtschaftlichen Genossenschaften schon die längste Zeit mit der Frage der Versorgung unserer alpenländischen Landwirtschaft mit Kunstdünger. Es wird uns fortwährend die deutsche Wirtschaft vor Augen geführt, es wird uns gesagt, daß diese Landwirtschaft intensiver arbeitet als die österreichische, man vergißt aber immer wieder, daß die Verhältnisse draußen im Reich, verglichen mit unseren, ganz andere sind. Erstens ist der Kunstdünger draußen im Reich von Haus aus billiger als bei uns, es ist daher eine intensivere Anwendung leichter möglich, und zweitens haben sie draußen nicht diese hohen Frachtsätze und Spesen, wie wir sie in den Alpenländern haben. (So ist es!) Es ist daher notwendig, daß sich unsere Genossenschaften mit dieser Frage intensiv beschäftigen und daß man erwägt, wie man der alpenländischen Landwirtschaft einen billigen Kunstdünger zuführen kann. Wenn wir unsere Gebirgsbauern, wie sie sind, betrachten und erwägen, unter welch schwierigen Verhältnissen sie wirtschaften müssen, so müssen wir eigentlich sagen: Diesen Pionieren der Volkswirtschaft sollten wir ja eigentlich etwas zahlen, daß sie da droben auf den Hängen bleiben, daß sie noch bei 1500 Meter Getreide bauen und dort oben aushalten. (So ist es!) Deshalb ist es auch Aufgabe der Regierung, daß sie sich mit dieser Frage beschäftigt, denn ich kann mir eine rationelle Landwirtschaft ohne Verwendung von Kunstdünger eigentlich nicht denken. Man propagiert den Kartoffelbau, den Rübenbau, und doch weiß jeder praktische Landwirt, der so ununterbrochen die Vorteile der Verwendung von Kunstdünger in Verbindung mit Stallmist und Jauche in der eigenen Wirtschaft kennengelernt hat, daß es eine praktische Landwirtschaft ohne Kunstdünger überhaupt nicht gibt. Und deshalb meine ich, ist es notwendig, daß man unsere Gebirgsbauern, die ja oft 30, 40 Kilometer von der letzten Eisenbahnstation entfernt sind, dadurch unterstützt, daß man eine Verbilligung der Frachtsätze eintreten läßt. Die Genossenschaften

werden schon die Sache so durchführen, daß diese Verbilligung hauptsächlich jenen zustatten kommt, die tatsächlich mit Pferden oder Autofuhrwerk den Kunstdünger so weit führen müssen. Ich möchte daher die hohe Regierung bitten, daß sie sich mit der Frage beschäftigt, ob nicht doch eine Erniedrigung der Frachtsätze für Kunstdünger möglich wäre.

Was die staatlichen Abgaben betrifft, so möchte ich bemerken, daß für den Bauernstand schon mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse, mit Rücksicht darauf, daß der landwirtschaftliche Besitz in seiner Gänze erfasst werden kann und daß man ja völlig bis in den letzten Winkel des Stalles hineinsieht, unbedingt eine Erleichterung zu fordern ist. Nachdem man also den landwirtschaftlichen Besitz nach allen Regeln der Kunst besteuert, ist es notwendig, daß hier eine wohlwollendere und günstigere Auslegung der Gesetze und Verordnungen einsetzt. Wir machen immer die Erfahrung, daß das nicht der Fall ist. Ich verweise zum Beispiel auf unsere landwirtschaftlichen Hauptkörperschaften. Bekanntlich ist es kleineren und mittleren Besitzern unmöglich, Buch zu führen, sie sind daher auf einen festzusetzenden Schlüssel bei der Bemessung der Einkommensteuer angewiesen. Unsere landwirtschaftlichen Hauptkörperschaften bemühen sich redlich, mit den Finanzlandesdirektionen auf eine Basis zu kommen, einen Schlüssel zu vereinbaren. Sie wissen ja, vielfach wird der Schlüssel angewendet, ein Vielfaches des Katastralreinertrages plus Ruh-Parität. Wir sehen aber, daß gerade die Vorschläge der landwirtschaftlichen Hauptkörperschaften von seiten der Finanzlandesdirektionen immer wieder oder in den meisten Fällen übergangen werden, daß man sagt, unsere Weisungen von Wien sind andere, wir können nicht verpflichtet werden, diesen Schlüssel anzuerkennen. Nun, wenn die Verhältnisse, wie sie in der Landwirtschaft sind, nie Berücksichtigung finden, dann ist es selbstverständlich, daß die Landwirtschaft zugrunde gehen muß. (So ist es!)

Ich möchte auch auf eine weitere Besteuerung, die Warenumsatzsteuer, hinweisen. Auch hier liegt ein großes Unrecht vor. In der Landwirtschaft findet eine Phasenbesteuerung statt, die wir nicht begreifen. Bekanntlich ist die Warenumsatzsteuer für die Landwirtschaft mit Ausnahme einiger verschiedener Phasen pauschaliert. Da sehen wir zum Beispiel, daß beim Schweineverkauf ein ganz ungerechter Unterschied besteht. Der Besitzer, der es versteht, seine Schweine lebend dem Fleischhauer zu verkaufen, entzieht sich der Warenumsatzsteuer, während der andere, dessen Schwein beim Besitzer gestochen wird, separat die Warenumsatzsteuer entrichten muß. Auch hier muß endlich Wandel geschaffen werden. Wir begreifen es nicht, daß von zwei Besitzern, die vielleicht nebeneinander wirtschaften, der eine, der das Schwein lebend verkauft, die Warenumsatzsteuer nicht zu be-

zahlen hat, während der andere, der es im gestochenen Zustand verkauft, noch separat der Phasenbesteuerung unterliegt.

Besonders belastet die Landwirtschaft auch das ungerechte Abgabenteilungsgesetz. Wir haben bereits gehört, daß Wien als Land und Stadt allein mehr bekommt als alle anderen Länder und Städte zusammen. Nun, hohes Haus, wenn sich Wien auf den Standpunkt stellt, seine Steuereingänge seien soundso groß und diese Aufteilung daher gerecht sei, so müssen wir sagen, die Stadt Wien kommt nicht nur als solche in Betracht, sondern sie ist auch als Bundeshauptstadt zu betrachten, und dann haben auch die übrigen Länder und Städte ein Recht, sich zu beteiligen. Wenn immer wieder auf die Steuerkraft Wiens verwiesen wird, so darf ja nicht vergessen werden, daß in Wien der Sitz der meisten Zentralen ist, die Industrie sich aber draußen in den Ländern befindet. Die Steuern werden hier einkassiert, und wir draußen in den Alpenländern haben die Last der Arbeiter usw. zu tragen. Dieses ungerechte Abgabenteilungsgesetz muß also einmal geändert werden, und ich meine, auch die Vertreter der linken Seite des Hauses, die in den einzelnen Landgemeinden draußen sitzen, müssen derselben Ansicht sein. Die praktische Erfahrung bleibt schließlich die gleiche, daß es so nicht weitergeht, daß zuerst der Bund viele Millionen Schilling wegnimmt, dann bekommen einen Teil die Länder und zum Schluß kommen erst die Gemeinden, und von diesem Rest nehmen wieder die Länder, allerdings auf gesetzlicher Grundlage, einen Teil weg. Es ist ganz unmöglich, in den Landgemeinden so weiterzuwirtschaften.

In der Generaldebatte wurde auch auf die Reform des Mieterschutzes hingewiesen, und der Herr Präsident Elderich hat gemeint, wir wissen ja, die Mieterschutzfrage ist ein Politikum. Gewiß, hohes Haus, das wissen wir, sie ist ein Politikum, aber nicht für die Mehrheitsparteien, sondern für die linke Seite des Hauses. Wir begreifen es nicht, daß Sie immer von der demokratischen Republik sprechen, daß Sie immer von den armen Steuerträgern reden und nicht begreifen wollen, daß wir uns endlich einmal mit diesen Sozialisierungsbestrebungen, mit diesem Mieterschutz beschäftigen müssen. Wie kommen denn die Altermieter dazu, so ungeheure Beträge für Miete zu zahlen? Wie kommt denn vielfach der arme Hausbesitzer dazu, daß er nichts hat, während der Altermieter ungeheure Beträge zu entrichten hat? Ich meine, es ist notwendig, daß wir auch hier die wirkliche Demokratie aufrechterhalten und ihr zum Durchbruch verhelfen dadurch, daß wir endlich einmal die Knechtung des Hausbesitzes beseitigen.

Es ist ferner notwendig, daß wir uns mit einem weiteren Politikum beschäftigen, und das ist die Arbeitslosenversicherung. Wir verstehen nicht, daß

man angesichts der traurigen Verhältnisse, angesichts der ungeheuren Arbeitslosigkeit, die tatsächlich in der Industrie und im Gewerbe herrscht, nicht eine sorgfältige Auswahl trifft. Im Gegenteil, man fordert noch, daß auch die landwirtschaftlichen Arbeiter in die Arbeitslosenversicherung einbezogen werden. Dieses große Heer der wirklich Arbeitslosen ist uns noch immer zu wenig. Man will noch einen Beruf in die Arbeitslosenversicherung hineinbringen und auch die landwirtschaftlichen Arbeiter einbeziehen. Ich bin überzeugt, eine solche Einbeziehung würde einen neuen Zustrom von Arbeitslosen bedeuten. Wir wissen ja, gerade in der Landwirtschaft wird man im Winter lieber beim warmen Ofen sitzen als sich praktisch betätigen. Es wird dann nicht schwer sein, irgendeinen Vorwand zu finden — vielleicht verschiedene Forderungen zu erheben — und so zu bewirken, daß man arbeitslos wird.

Gerade deshalb aber, weil die Arbeitslosigkeit so ungeheure Dimensionen angenommen hat, ist es notwendig, daß man die Arbeitslosigkeit nicht als ein Politikum betrachtet, daß man die Arbeitslosigkeit, die ja im Winter förmlich zu einem Beruf wird, so bekämpft, wie es notwendig ist. Wir verstehen sehr wohl, daß es in Industrie und Gewerbe viele, viele Arbeiter gibt, die man unterstützen muß und unterstützen soll. Wir schließen uns hierin der linken Seite des Hauses an. Aber wir begreifen nicht, daß man oft Leute unterstützt, die es tatsächlich nicht notwendig haben. Ich verweise zum Beispiel auf die Saisonarbeiter, von denen ich schon einmal im Hause gesprochen habe. Wie ist es denn mit den Zimmerleuten und Maurern? Diese beziehen doch ungeheure Stundenlöhne und haben vielfach beim Besitzer die Verpflegung. Wir erleben es auch häufig, daß Leute mit einem kleinen Besitz von drei und vier Rütchen im Winter fleißig in der Landwirtschaft arbeiten, sich aber ununterbrochen die Arbeitslosenunterstützung auszahlen lassen. Ist es denn notwendig, daß Leute unterstützt werden, die einen Besitz haben und sich im Winter fleißig in ihrem Besitz betätigen? Ebenso kommt es bei uns häufig vor, daß man die Reichsitaliener unterstützt. Alle Reichsitaliener, die die Arbeitslosenversicherungsprämie bezahlen, stehen im Genuß der Arbeitslosenversicherung. Ist denn das nicht ein Unfug, der endlich einmal beseitigt werden muß?

Ähnlich steht es auch mit den Bediensteten in den Kurorten. Hier haben wir dieselben Verhältnisse. Die Leute schauen, womöglich im Frühjahr aus der Landwirtschaft herauszukommen, und gehen in die Kurorte. Wir hat zum Beispiel ein sozialdemokratischer Bürgermeister mitgeteilt, eine Frau — der Name ist ja nebensächlich — ist mit 8 Millionen von der Saison zurückgekommen, hat ihre Arbeitslosigkeit angemeldet und wird unterstützt. Die Betreffende ist überdies aus der Landwirtschaft hervor-

gegangen, sie könnte sich also ganz gut über den Winter wieder betätigen. Aber wenn es die andern machen, so fordert selbstverständlich auch sie die Unterstützung.

Wenn wir dieses Staatsrentnertum, das wir ja auf die Dauer nicht ertragen können und das vielfach zur Verschlechterung unserer wirtschaftlichen Lage beiträgt, ernstlich bekämpfen, werden wir sehen, daß auch hier ein großer Teil anzugeschieden werden kann. Auch hier muß Angebot und Nachfrage den Preis regeln. Wie ist es denn bei uns in der Landwirtschaft? Wir sehen, daß wir Kartoffeln unter unseren Erzeugungskosten hergeben müssen. Auch auf dem Arbeitsmarkt sollen Angebot und Nachfrage regelnd wirken. Es ist notwendig, daß die Leute im Winter billiger arbeiten als im Sommer und daß sie nicht durch die Arbeitslosenversicherung so unterstützt werden.

Der Herr Kollege Müller hat in seinen Ausführungen wiederholt die Ausdrücke Arbeitsbauern und Herrenbauern gebraucht. Wir wissen genau, wohin diese Ausdrücke zielen. Wenn wir aber die Verhältnisse, wie sie in den Alpenländern tatsächlich sind, berücksichtigen, müssen wir sagen, daß es in der praktischen Landwirtschaft eigentlich keine Herrenbauern gibt. Wenn wir die Besitzverhältnisse, wie sie bei uns in den Alpenländern tatsächlich bestehen, heranziehen, sehen wir, daß weitaus der größte Teil — bis zu 90 Prozent — der kleinen und mittleren Landwirtschaft angehört. Die wenigen Großgrundbesitzer, die wirklich vorhanden sind, zählen wohl auch zur landwirtschaftltreibenden Bevölkerung, und es ist ungerecht, wenn man versucht, zwischen die verschiedenen Besitztümer einen Keil zu dem Zwecke zu treiben, damit politische Verschiebungen eintreten und die Eroberung des Dorfes, von der man wiederholt hören konnte, Fortschritte macht.

Der Herr Kollege Müller hat sich auch mit der Grundverkehrscommission beschäftigt und hat gemeint, daß diese Kommission hier in Niederösterreich dazu beiträgt, daß sich tschechische und jüdische Gutsbesitzer ankaufen. Ich sitze selbst in der Grundverkehrscommission und muß Ihnen mitteilen, daß nicht die Kommission für solche Käufe verantwortlich gemacht werden kann, sondern die Bestimmungen der Friedensverträge der Grundverkehrscommission gewisse Beschränkungen auferlegen. Wir haben in unserer Kommission wiederholt solche Käufe abgelehnt; wenn der Betreffende aber an die Landesgrundverkehrscommission rekurriert und diese die Bestimmungen des Friedensvertrages berücksichtigen muß, wird die Entscheidung der Bezirksgrundverkehrscommission gewöhnlich aufgehoben.

Der Herr Kollege Müller hat sich auch mit der Frage des Zinsrobot besetzt. Hier muß ich wohl fragen, wie ist denn dieser Zinsrobot entstanden? Die verehrten Frauen und Herren der

linken Seite haben ja nach dem Zusammenbruch Gelegenheit gehabt, sich so zu betätigen, daß es der Landwirtschaft etwas besser als bisher gehen könnte. Hätten Sie dafür gesorgt, daß unserer Produktion der nötige Schutz gewährt und die richtige Zollpolitik geführt wird, dann wären diese Verschuldung und dieser Zinsrobot nicht entstanden.

Sie haben sich auch mit der Frage der Zollpolitik beschäftigt. Bisher waren Sie nie in der Lage, den Beweis zu erbringen, daß Sie besser zu wirtschaften verstehen als der praktische Bauer. Es ist ganz unmöglich, daß wir in den Alpenländern zu den gleichen Preisen produzieren wie zum Beispiel die Ungarn in ihrer Ebene, wie die Tschechoslowakei usw., und ich möchte Sie schon bitten, einen praktischen Vorschlag zu machen, der es ermöglichen würde, diese Unterschiede in der Erzeugung wettzumachen.

Man spricht auch, hohes Haus, von einem Wirtschaftsfrieden. Was versteht man unter Wirtschaftsfrieden? Darunter verstehen wir das gegenseitige Verständnis in den verschiedenen Fragen, darunter verstehen wir einen Zustand, die Verhältnisse so zu nehmen, wie sie wirklich sind; daraus wird sich dann eine Zusammenarbeit ergeben, wie sie die Verhältnisse erfordern. Solange aber der Klassenkampf, hohes Haus, so geführt wird wie bisher, solange man den Bauern, den Gewerbetreibenden, den Kaufmann usw. immer nur als den Ausbeuter seiner Arbeiterschaft betrachtet, so lange, hohes Haus, wird ein gedeihliches Zusammenarbeiten zum Wohle unseres Volkes und zum Wohle unserer Heimat unmöglich sein. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* — Während vorstehender Rede hat Präsident Miklas den Vorsitz wieder übernommen.)

Die Debatte wird nunmehr unterbrochen und zur Abstimmung über die Abschnitte III und IV geschritten, und zwar zunächst über den Abschnitt III.

Es gelangt zunächst der Minderheitsantrag IV (Glöckel, Leuthner, Freundlich) zu Kapitel 12, Titel 3, § 1, Post 24, zur Abstimmung. Der Antrag wird abgelehnt.

Die Kapitel 11 und 12 werden sodann nach den Anträgen des Ausschusses angenommen.

Die vom Ausschusse vorgeschlagenen Entschlüsse I bis VIII werden angenommen.

Präsident: Bezüglich der Entschlüsse IX bemerke ich, daß dieselbe in einem Zusammenhang mit dem Minderheitsantrag II der Abg. Glöckel, Leuthner und Schiegl steht. Sie steht aber auch in Zusammenhang mit dem während der Debatte eingebrachten Antrag des Abg. Dr. Schönbauer u. Gen. *(liest):*

„Mit Rücksicht auf die noch immer ungeklärten Schulverhältnisse im Burgenlande bringt der National-

rat der Regierung den Beschluß, der am 23. Dezember 1926 in dieser Frage gefaßt wurde, in Erinnerung und fordert seine Durchführung.

Gleichzeitig ersucht er die Regierung, dem Nationalrat ein Gesetz, betreffend die Schaffung eines modernen Dienst- und Disziplinarrechtes der burgenländischen Lehrer, sowie ein den geschichtlich gewordenen Verhältnissen und den Wünschen der Bevölkerung des Burgenlandes entsprechendes Gesetz über die konfessionellen Schulen dieses Landes vorzulegen."

Wer den Wortlaut des Antrages Dr. Schönbauer mit dem Inhalt des Minderheitsantrages Glöckel vergleicht, der findet, daß der erste Satz des Antrages Dr. Schönbauer, wenn auch mit anderen Worten, daselbe sagt wie der Antrag des Abg. Glöckel. Wenn ich daher über den ersten Satz des Antrages des Abg. Dr. Schönbauer abstimmen lasse, so ist damit auch der Antrag des Abg. Glöckel gedeckt. Wird dieser Auffassung beigegeben? (*Zustimmung.* — *Seitz:* Und auch die Entschließung IX des Ausschusses erledigt!) Ja, damit ist auch Entschließung IX des Ausschusses gedeckt. Herr Abg. Sever hat das Wort.

Sever: Über den ersten Teil der Resolution Schönbauer bitte ich um die namentliche Abstimmung.

Bezüglich des zweiten Teiles bitte ich um getrennte Abstimmung über die Worte: „sowie ein den geschichtlich gewordenen Verhältnissen . . .“ bis „. . . Gesetz über die konfessionellen Schulen dieses Landes“.

Präsident: Wenn ich recht berichtet bin, hat der Herr Abg. Zarboch die Absicht gehabt, gleichfalls die getrennte Abstimmung über diesen von Herrn Abg. Sever angeführten Passus des Antrages Schönbauer zu verlangen. Ich werde daher diesem Wunsche Rechnung tragen.

Es gelangt der erste Teil des Antrages Dr. Schönbauer zur Abstimmung, welcher lautet:

„Mit Rücksicht auf die noch immer ungeklärten Schulverhältnisse im Burgenlande bringt der Nationalrat der Regierung den Beschluß, der am 23. Dezember 1926 in dieser Frage gefaßt wurde, in Erinnerung und fordert seine Durchführung.“

Dieser Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 88 gegen 71 Stimmen angenommen. Damit ist der Minderheitsantrag II des Abg. Glöckel gedeckt und auch die Resolution IX des Ausschusses erledigt.

Für den Antrag, mit „Ja“, stimmten die Abg.: Abram, Allina, Auferlitz, Bauer Alois, Bauer Otto, Baumgärtel, Bichl, Bojschek, Brachmann, Clessin, Danneberg, Deutsch, Dewath, Dinghofer, Domes, Duda, Ebner, Eisler, Eldersch, Ellenbogen, Fahrner, Falle, Forstner, Freundlich, Gabriel, Glöckel, Graier, Hammerstorfer, Hampel, Hareter, Hartleb, Hartmann, Hohenberg, Hözl, Horvatek, Hueber, Janacek, Janicki, Klimann, Klimberger, Lagner, Lasser, Leuthner,

Meißner, Moshammer, Muchitsch, Müller, Müllner, Hans, Pick, Pistor, Plasser, Pölzer, Popp, Probst, Proft, Renner, Richter, Rieger, Risch, Sailer, Scheibin, Schiegl, Schlesinger, Schneeberger, Schönbauer, Schürff, Seidel Richard, Seitz, Sever, Skaret, Smitta, Stika, Straßner, Striebnig, Strunz, Tauschitz, Tomischitz, Tusch, Volkert, Waber, Wagner, Weiser, Witternigg, Wizany, Wotawa, Zarboch, Zelenka, Zwanzger;

gegen den Antrag, mit „Nein“, stimmten die Abg.: Aigner, Bauer Franz, Binder, Birbaumer, Brinnich, Buchinger, Buresch, Burgstaller, Derich, Drexel, Duschner, Ertl, Fink, Födermayr, Gangl, Geisler, Geyer, Gierlinger, Gritschacher, Gürtler Alfred, Gürtler Johann, Haueis, Heigl, Heintl, Heizinger, Heuberger, Hofer, Hollersbacher, Jerzabek, Kern, Kienböck, Kleszmayr, Klug, Kneußl, Kolb, Kollmann, Kroböth, Kunschak, Leskovar, Luttenberger, Manhalter, Markschläger, Mataja, Mayrhofer, Odehnal, Delzelt, Parrer, Partik, Paulitsch, Pichler, Pirchegger, Raab, Ramek, Rintelen, Schmitz, Schönsteiner, Schuschnigg, Seipel, Spalowsky, Steiner, Streeruwitz, Teufel, Thaler, Unterberger, Vaugoin, Volker, Waiss, Weidenhoffer, Wiesmaier, Wollek, Zauner.

Hierauf gelangt der zweite Teil des Antrages Schönbauer zur Abstimmung, und zwar dem Antrage Sever entsprechend zunächst der Passus:

„Gleichzeitig ersucht er die Regierung, dem Nationalrate ein Gesetz, betreffend die Schaffung eines modernen Dienst- und Disziplinarrechtes der burgenländischen Lehrer, vorzulegen.“

Dieser Antrag wird angenommen.

Es folgt hierauf die Abstimmung über die Worte: „sowie ein den geschichtlich gewordenen Verhältnissen und den Wünschen der Bevölkerung des Burgenlandes entsprechendes Gesetz über die konfessionellen Schulen dieses Landes.“

In über Antrag Sever namentlich durchgeführter Abstimmung werden diese Worte mit 81 gegen 78 Stimmen abgelehnt. (*Bravo!-Rufe.*)

Für den Antrag, mit „Ja“, stimmten die Abg.: Aigner, Bauer Franz, Bichl, Binder, Birbaumer, Brinnich, Buchinger, Buresch, Burgstaller, Derich, Dewath, Drexel, Duschner, Ertl, Fink, Födermayr, Gangl, Geisler, Geyer, Gierlinger, Gritschacher, Gürtler Alfred, Gürtler Johann, Hartleb, Haueis, Heigl, Heintl, Heizinger, Heuberger, Hofer, Hollersbacher, Jerzabek, Kern, Kienböck, Kleszmayr, Klug, Kneußl, Kolb, Kollmann, Kroböth, Kunschak, Leskovar, Luttenberger, Manhalter, Markschläger, Mataja, Mayrhofer, Odehnal, Delzelt, Parrer, Partik, Paulitsch, Pichler, Pirchegger, Pistor, Raab, Ramek, Rintelen, Schmitz, Schönbauer, Schönsteiner, Schuschnigg, Seipel, Spalowsky, Steiner, Streeruwitz, Striebnig, Tauschitz, Teufel, Thaler, Unterberger, Vaugoin, Volker, Waiss, Weidenhoffer, Wiesmaier, Wollek, Zauner;

gegen den Antrag, mit „Nein“, stimmten die Abg.: Abram, Allina, Austerlitz, Bauer Alois, Bauer Otto, Baumgärtel, Boschet, Brachmann, Clesin, Danneberg, Deutsch, Dinghofer, Domes, Duda, Ebner, Eisler, Ederich, Ellenbogen, Fahrner, Falle, Forstner, Freundlich, Gabriel, Glöckel, Grailer, Hammerstorfer, Hampel, Hareter, Hartmann, Hohenberg, Hölzl, Horvatek, Hueber, Janacek, Janicki, Klimann, Klimberger, Lagger, Lasser, Leuthner, Meißner, Moßhammer, Muchitsch, Müller, Müllner Hans, Pick, Plasser, Pölzer, Popp, Probst, Proft, Renner, Richter, Rieger, Rössch, Sailer, Scheibin, Schiegl, Schlesinger, Schneeberger, Schürff, Seidel Richard, Seitz, Sever, Skaret, Smitka, Stika, Straßner, Strunz, Tomschik, Tusch, Volkert, Waber, Wagner, Weiser, Witternigg, Witzany, Wotawa, Zarboch, Zelenka, Zwanzger.

Die Minderheitsanträge I und III werden abgelehnt.

Damit sind die Kapitel 11 und 12 erledigt.

Bei Kapitel 13 wird zunächst der Minderheitsantrag Dr. Eisler abgelehnt. Die Kapitel 13 und 14 werden sodann nach den Anträgen des Ausschusses angenommen.

Die vom Ausschusse zu Kapitel 14 vorgeschlagene Entschließung wird angenommen, die beiden Minderheitsentschlüsse werden abgelehnt.

Kapitel 28, Titel 8, wird nach dem Ausschusse antrage angenommen.

Damit ist die Abstimmung über den III. Abschnitt erledigt, und es wird zur Abstimmung über die Kapitel des IV. Abschnittes geschritten.

Kapitel 15 wird nach vorhergegangener Ablehnung der Minderheitsanträge I, II und III nach dem Ausschusse antrage angenommen.

Die beiden vom Ausschusse vorgeschlagenen Entschließungen werden angenommen, die Minderheitsentschlüsse IV, V, VI und VII sowie die Entschließung Seidel Amalie (S. 1081) werden abgelehnt.

Kapitel 15, Titel 5, wird nach dem Antrage des Ausschusses angenommen.

Die vom Ausschusse vorgeschlagene Entschließung wird angenommen, der Minderheitsantrag Leuthner abgelehnt.

Kapitel 28, Titel 10, wird nach dem Antrage des Ausschusses angenommen.

Damit ist die Abstimmung über den IV. Abschnitt beendet.

Es wird die Verhandlung über den V. Abschnitt fortgesetzt.

Witzany: Hohes Haus! Wir haben heute bereits aus den Verhandlungen erschen, daß zu einem der umfangreichsten Gebiete in unserer ganzen Volkswirtschaft die Land- und Forstwirtschaft gehört. Wir sehen aber auch aus der ganz erschreckenden Handelsbilanz,

daß außerdem die Einfuhr in unser Land sehr bedeutend ist, daß wir in den Jahren 1923 bis 1926 Waren und Lebensmittel um 11.938.381.000 S eingeführt haben, ausgeführt wurden um 5.661.200.000 S, so daß wir in diesen Jahren einen Verlust an unserem Volksvermögen von 4.639.489.000 S hatten. Wenn dieses furchtbare Mißverhältnis in der Ein- und Ausfuhr anhalten würde, würden unsere Staatsfinanzen direkt erschüttert werden. Es ist geradezu ein Glück zu nennen, daß unser Österreich ein so schönes Land ist, daß infolgedessen außerordentlich viel Fremde unser Land besuchen, die sehr viel Geld hereintragen, und daß dadurch ein gewisser Ausgleich gefunden werden kann und auch dem Staate die Möglichkeit geboten ist, seine Wirtschaft aufrechtzuerhalten.

Wir haben im Jahresdurchschnitt eine Mehreinfuhr von 1.159.872.000 S. Wir sehen, wie das in der Landwirtschaft ganz besonders einschneidend wirkt. In den Jahren 1923 bis 1926 wurden an lebenden Tieren in einer Menge von 6.258.733 Meterzentner eingeführt, die Ausfuhr war demgegenüber geradezu minimal, sie betrug nur 517.526 Meterzentner; wir haben also bei der Einfuhr von Tieren ein Mehr von 5.741.207 Meterzentner. Aber auch hier ist die Einfuhr eine steigende. Wir haben im Jahre 1923 eine Einfuhr von 1.157.961 Meterzentner, im Jahre 1926 eine Einfuhr von 1.872.398 Meterzentner gehabt. Sie sehen also, daß das ein außerordentlicher Schaden für unsere Entwicklung ist.

Bei Mehl, Getreide und anderen Nahrungsmitteln betrug die Einfuhr in den Jahren 1923 bis 1926 54.751.707 Meterzentner, die Ausfuhr nur 2.404.948 Meterzentner. Sie sehen also, daß hier ungeheure Werte an Lebensmitteln eingeführt werden müssen, und zwar beträgt im Jahresdurchschnitt der Wert dessen, was an Lebensmitteln mehr eingeführt als ausgeführt wurde, 979.080.000 S. Gerade die geringe Ausfuhr an Vieh und Nahrungsmitteln, insbesondere an Vieh, die nur 22.048.000 S betrug, beweist, daß unsere Land- und Forstwirtschaft alle ihre Absatzgebiete im Inlande finden kann.

Trotzdem diese günstigen Bedingungen für unsere Landwirtschaft gegeben waren, sieht es sehr trostlos in unserer Landwirtschaft aus. Es sind zwar einzelne der führenden Landwirte mit der Entwicklung sehr zufrieden, aber ich kann ruhig sagen, es ist dazu absolut kein Grund vorhanden. Die Hektarerträge in unserem Lande sind gegenüber den reichsdeutschen geradezu erschreckend niedrig zu nennen. Auch die Absätze in der Viehzucht sind, wie schon der Herr Kollege Striebnig angeführt hat, ebenfalls so niedrig, daß hier eine ganz besondere Förderung notwendig wäre. Wenn wir nun bei der Industrie sehen, wie sie sich mit allen Mitteln, die

ihr die modernste Technik an die Hand gibt, einrichtet und ausgestaltet, um eben konkurrenzfähig zu sein, so müßte auch hier merklliche Arbeit geleistet werden. Es ist geradezu unheimlich, wenn man sieht, wie niedrig die Hektarerträge in Österreich sind. Am besten steht es noch in dem unmittelbar an Deutschland angrenzenden Lande Vorarlberg. In Vorarlberg sind die Hektarerträge sehr gute. Besonders beim Weizen sehen wir, daß die Ergiebigkeit pro Hektar Grund 16'1 Meterzentner beträgt. In Niederösterreich beträgt sie pro Hektar 15'1 Meterzentner, in Oberösterreich nur 9'4 Meterzentner. Oberösterreich steht unter den neun Bundesländern an achter Stelle. Beim Korn (Roggen) ist das Verhältnis ebenso. In Vorarlberg beträgt die Ergiebigkeit pro Hektar 22'5 Meterzentner, in Wien 16'1 Meterzentner, in Steiermark 15'5 Meterzentner, in Niederösterreich 14'3 Meterzentner, im Burgenland 10'7 Meterzentner, und Oberösterreich steht wieder an letzter Stelle mit 7'7 Meterzentner. Genau das gleiche Verhältnis ist auch bei der Gerste. Wir sehen hier, daß der Jahresdurchschnitt in den Ernteerträgen wohl zugenommen hat, und zwar haben wir bei Weizen das Ernteertragnis vom Jahre 1913 wieder erreicht. Im Jahre 1913 hatten wir bei Weizen eine Ergiebigkeit von 14'8 Meterzentner, in den Kriegsjahren ist sie zurückgegangen auf 11'5 Meterzentner, was bis zum Jahre 1925 so blieb, und erst im Jahre 1926 stieg sie wieder auf 14'8 Meterzentner.

Hier muß ich schon sagen, daß es direkt bedauerlich ist, daß es der Bauernschaft, die doch schließlich der Träger der heutigen Regierung ist, absolut nicht gelingen kann, eine gehörige Förderung der Landwirtschaft zu erreichen. Die Regierung ist leider zu sehr durchdrungen von Parteipolitik, daß ihr keine rechte Zeit für die Wirtschaftspolitik bleibt. Es müßte also hier schon ganz gehörig vorgesorgt werden. Daß in Oberösterreich die Hektarerträge so schlecht sind, muß tiefere Ursachen haben. Entweder hat der Herr Landwirtschaftsminister keine rechte Liebe für dieses Oberösterreich, oder es ist sonst irgend etwas, was da mitspielt; denn klimatisch ist dieses Oberösterreich sicher gleich gut daran wie Steiermark und Niederösterreich. Daß die Hektarerträge in Oberösterreich so schlecht sind, scheint daran zu liegen, daß der Finanzminister und alle diese Kreise absolut keine Förderung der Landwirtschaft in Oberösterreich vorsehen. Es mutet mich so an, als ob man das Land Oberösterreich deshalb, weil sich dort das politische Leben noch immer ziemlich ruhig abgespielt hat und dort nicht die lauten Schreier zu Hause sind, vergessen hat. Es kommt mir gerade so vor, als ob alle Länder, wo sich die Bankenskandale und alle diese unsauberen Dinge abgespielt haben, am meisten vom Finanzminister und auch vom Landwirtschaftsminister gefördert werden. Ich möchte

schon bitten, daß man auch hier zum Rechten schaut. Denn wir haben eine gewiß sehr arbeitsfreundige Bevölkerung in Oberösterreich. Auch punkto Kunstdüngerbeschaffung usw. sollte wacker mitgearbeitet werden.

Eines der sträflichsten Versäumnisse, die leider gemacht worden sind, ist die Unterlassung der Errichtung von land- und forstwirtschaftlichen Schulen. Wenn Sie im Budget den Betrag von 215.900 S zur Förderung der landwirtschaftlichen Musterschulen haben, so ist das ein geradezu lächerlicher Betrag zu nennen. Es besteht ja leider bei vielen Bauern auch keine große Neigung, sich ordentliche Schulen zurechtzulegen, aber es wird doch ein Großteil der Bauern sein, der geneigt wäre, sein Wissen etwas zu verbreitern, und viele Bauernsöhne hätten gegenüber den Zeiten der Monarchie, wo sie zwei bis drei Jahre beim Militär dienen mußten, große Geneigtheit, sich einige Jahre ordentlich in der Landwirtschaft auszubilden. Gerade dieses Geld, das für Zwecke der Ausgestaltung der landwirtschaftlichen Schulen verwendet wird, würde die besten Zinsen tragen. Daß die Landarbeiter natürlich auch an dieser Entwicklung wesentlich interessiert sind, ist vollkommen begreiflich. Aber die Lohn- und Wohnverhältnisse bei den Landarbeitern in Österreich spotten noch jeder Beschreibung. Auch die soziale Fürsorge für die Landarbeiter ist trostlos. Von allen sozialen Gesetzen, die sich die Industriearbeiterschaft seit dem Umsturz errungen hat, sind die Landarbeiter ausgeschlossen. Sie werden immer als Bürger zweiter Klasse behandelt. Es ist sogar bei der ersten Koalition den Bauern gelungen, daß die Landarbeiter vom Betriebsrätegesetz ausgeschlossen wurden. Was das bedeutet, kann man am besten aus den Verhältnissen in Deutschland ersehen. Dort ist auch für die Landarbeiter das Betriebsrätegesetz in Geltung, und das indirekte Mitarbeiten der Landarbeiter an der Entwicklung der Landwirtschaft zeigt da ganz besondere Folgeerscheinungen. Es ist doch etwas sehr Wichtiges, daß man die Arbeiterschaft auch indirekt an der Mitarbeit in den Betrieben interessiert. Es wird aber auch im Reiche draußen der Land- und Forstwirtschaft eine ganz andere Behandlung zugewendet. Besonders in der Beschaffung von Kunstdünger ist Deutschland unübertroffen; die Hektarerträge sind deshalb auch in Deutschland um rund 80 bis 100 Prozent höher als bei uns in Österreich. Auch für die Schulung der Landwirte geschieht in Deutschland bedeutend mehr als bei uns, es werden Riesensummen ausgeworfen, um die Schulung der Landwirte zu ermöglichen. Wenn man Gelegenheit hat, deutsches Wesen und deutschen Eifer zu studieren, so sieht man, daß die Reichsdeutschen bedeutend mehr Initiative haben als die österreichischen Bauern. Wenn Sie nach Deutschland oder nur über Salzburg hinauskommen, so sehen Sie

schon in Bayern, daß die Bauern draußen viel schmuckere Häuser haben und daß der deutsche Bauer auch begreift, daß der Landarbeiter besser wohnen soll, als es bei uns in Österreich der Fall ist. Wir haben in Österreich die Tatsache zu verzeichnen, daß in Deutschland oft das Vieh in schöneren Ställen untergebracht ist, als der Landarbeiter bei uns in einer Wohnung untergebracht ist. Da sagen Sie in dem letzten Hirtenbrief, die Errichtung von Ein- und Mehrfamilienhäusern für Landarbeiter ist anzustreben. Es ist geradezu eine Frozzelei, so etwas zu sagen, wenn man sieht, wie die Landarbeiter bei uns zum Beispiel in der sogenannten Überlande untergebracht sind, wo in einer kleinen Kammer oft die ganze Familie, sieben bis acht Leute, zusammengedrängt hausen. Da soll sich dann wahrscheinlich das richtige Familienleben entwickeln. Der Vater arbeitet, die Mutter kocht, die Kinder spielen, die Großeltern sind auch dort — alles in einem Raum zusammengedrängt! Das ist wirklich unwürdig. Auch der Landarbeiter hat das Bedürfnis, etwas mehr Wohnkultur teilhaftig zu werden. Wenn hier der Bund endlich darangehen würde, wirklich dem Rufe des Hirtenbriefes Folge zu leisten und Ein- und Mehrfamilienhäuser zu bauen, so wird er jederzeit die Zustimmung der Sozialdemokratie finden.

Dann möchte ich mich ganz besonders gegen eine Sache wenden, die heute der Herr Kollege Striebnig vorgebracht hat. Er hat sich dagegen gewendet, daß die Saisonarbeiter so außerordentlich hohe Löhne und dann auch noch die Arbeitslosenunterstützung beziehen, und er hat die Arbeitslosen Saisonarbeiter verdächtigt, daß sie die Arbeitslosenunterstützung zu Unrecht beziehen. Dagegen muß ich mich mit aller Energie wenden; denn die Zimmerleute und Maurer, die insbesondere zu den Saisonarbeitern zu rechnen sind, sind nicht so glänzend bezahlt, daß sie in den paar Monaten, wo sie Arbeit haben, sich so viel Rücklagen machen können, daß sie den Winter über privatisieren können. Sie müssen auch schauen, daß sie drauskommen, und die Lohnkrone wird insbesondere auf dem Lande sehr stark gedrückt. Es ist also gänzlich unangebracht, von hohen Löhnen zu sprechen und zu fordern, daß diese Arbeiter keine Unterstützung erhalten sollen. Wenn man die alten Arbeiter draußen auf dem Land und in den Forsten von der Arbeitslosenunterstützung ausschließt, so wird man nur das eine erreichen, daß die Leute der Bagabundage preisgegeben werden. Ich erinnere daran, daß besonders in den Forstgebieten, wo die Forstarbeiter keine Unterstützung beziehen, gerade in meinem Wahlkreis, im Enns- und Steyrtale, Hunderte von Forstarbeitern arbeitslos sind und keinerlei Unterstützung erhalten und daher direkt auf den Bettel angewiesen sind. Das ist ein unwürdiger Zustand, der endlich abgeschafft werden sollte. Dadurch kommt es, daß, da auch die Land-

arbeiter keinerlei Unterstützung haben, die Leute landflüchtig werden und irgendwo anders unterkommen trachten. Das ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß man in dem denkenden Landarbeiter, der ein hartes, entbehrungsreiches und freudenarmes Dasein führt, nicht den unmittelbaren Mitarbeiter des Bauern sieht, und darum ist es unbegreiflich, daß die christlichsoziale Partei oder überhaupt die Mehrheit dieses Hauses die Arbeiterschaft auf dem Lande von den Errungenschaften der sozialen Gesetzgebung ausschließen will.

Einen sehr wichtigen Zweig in unserer Volkswirtschaft nimmt der Zuckerrübenbau ein. Mein Kollege Brachmann hat heute schon davon gesprochen, und ich möchte neuerdings auf dieses Kapitel zu sprechen kommen. Wir haben im alten Österreich 200 Zuckerfabriken gehabt, die jährlich eine Menge von 11,300.000 Meterzentner Zucker erzeugten. Von den Zuckerfabriken waren vier in Niederösterreich, die insgesamt 324.000 Meterzentner Zucker im Jahre erzeugten. Diese Industrie, die derzeit über 1000 Arbeiter beschäftigt, wäre gewiß sehr entwicklungsfähig, und ich möchte schon bitten, daß man der Zuckererzeugung bedeutend mehr Aufmerksamkeit zuwendet. Die Erzeugungsquote in den derzeitigen Zuckerfabriken Österreichs betrug im Jahre 1923 456.000 Meterzentner, und sie ist im Jahre 1926 auf 800.000 Meterzentner gestiegen. Man sieht, daß schon der Wille vorhanden ist, die Zuckererzeugung ganz außerordentlich zu fördern. Trotzdem wurden aber im Jahre 1926 insgesamt 1,877.000 Meterzentner Zucker mit einem Werte von 60 Millionen Schilling aus dem Auslande eingeführt. Wir meinen schon, daß sich in der Beziehung etwas unternehmen ließe, damit man auch im Inlande mehr Zucker erzeugen könnte. Leider kommt aber, wie wir in den letzten Wochen gesehen haben, die Habgucht der Rübenbauer voll zum Ausdruck, die sogar die heimischen Landarbeiter nicht aufnehmen wollen, die Saisonarbeiter in der Landwirtschaft, die ohnedies so kümmerlich entlohnt sind, ebenfalls von der Arbeit ausschließen und vollkommen dem Hungertode preisgeben wollen. Es ist traurig, daß sich dazu einzelne Großgrundbesitzer in Niederösterreich und sogar Mandatäre hergeben, die gewiß etwas Besseres zu tun hätten, als einen solchen Dienst zu tun. Wir haben auch in Oberösterreich Anregungen zur Errichtung von Zuckerfabriken. Wir haben gesehen, daß in Suben eine Zuckerfabrik errichtet wurde. Ich möchte aber darauf aufmerksam machen, daß bei solchen Neugründungen etwas vorsichtiger vorgegangen werden sollte. Was man in Suben gesehen hat, war ein Schulbeispiel einer Schlamperie. Da wurde eine Betriebsstätte, eine alte Brauerei, angekauft, und von Deutschland hat man einer Zuckerfabrik ihre Maschinen, die sie, weil sie nicht mehr konkurrenzfähig waren, aus-

gegründet. Die urgermanischen Leiter dieser Zuckerfabrik haben einen jüdischen Tschechoslowaken als Direktor angestellt, der aber so gewirtschaftet hat, daß er eingesperrt gehört hätte. Dann war eine übergroße Zahl von Beamten, lauter ehemalige Offiziere, die von allem, nur von der Zuckerzeugung keine Ahnung hatten. So war es unmöglich, diese Fabrik zu halten. Außerdem stand die Fabrik in einem Gebiete, wo für das Gedeihen der Zuckerrübe keine Möglichkeit war. Die Zuckerrübe mußte von anderen Gebieten, aus Enns und St. Florian, zugeführt werden. Viele Verladestellen, wo Hunderte von Arbeitern warteten, hatten tagelang keine Arbeit, weil die Organisation der Anlieferung der Rüben eine fehlerhafte war. Ich würde dafürhalten, daß die Errichtung einer Zuckerfabrik in der Umgebung von Linz, beziehungsweise Enns von außerordentlichem Vorteile wäre; ohne daß sie eine Konkurrenz auf andere Zuckerfabriken ausüben müßte, könnte sie sicherlich lebensfähig sein. Aber dann müßte der Bund von Anbeginn an die Sache fördern, denn schließlich ist die Zuckerfabrik in Suben ganz außerordentlich gefördert worden; man hat der dortigen Zuckerfabrik zirka 350.000 S an Warenumsatzsteuer und zirka 150.000 S nicht bezahlter Eisenbahntransportkosten schenken müssen. Das war sicherlich kein Pappenstiel. Wenn diese Gelder vorerst zur Förderung einer derartigen Industrie verwendet worden wären, hätten sie einen bestimmten Zweck gehabt. Wir sind also im Interesse einer regeren Beschäftigung in der Landwirtschaft für den Rübenbau, und ich möchte den Herrn Minister ersuchen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln diesen Zweig der Landwirtschaft auch in Oberösterreich zu fördern.

Es sollte aber auch dem Ausbau der Molkereigenossenschaften erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet werden. Wenn auch von seiten vieler Landwirte immer eingewendet wird, ja wenn sogar der Herr Bundespräsident Dr. Hainisch gesagt hat, daß es besser wäre, wenn Wien nicht so viel Einwohner hätte, so möchten wir doch sagen, daß gerade Wien die beste Milchabnehmerin ist. Bei einem ordentlichen Ausbau unserer Molkereigenossenschaften müßte es doch gelingen, der Konkurrenz der ausländischen Käse, die ja durch Zölle außerordentlich belastet sind, standhalten zu können. Es müssen aber auch für alle landwirtschaftlichen Genossenschaften, ob sie nun Lager-, Weide-, Wald- oder Molkereigenossenschaften sind, von der Regierung Fachleute bestellt werden, die als Aufsichtsorgane die Betriebe dieser Genossenschaften überwachen und kontrollieren. Vor allem ist natürlich im Genossenschaftswesen notwendig, daß der Gemein Sinn der Bauern geweckt wird, und da hapert es noch sehr. Das Vertrauen der Bauern ist auch stark durch die betrügerischen Machenschaften bei den Bauernbanken untergraben worden. Die Leute sind verschreckt, und insbesondere die Kleinbauern und

Pächter trauen heute niemandem, der ihnen mit einer Anregung kommt. Die Großagrarier suchen nur ihren Vorteil, und die Kleinbauern, Pächter und landwirtschaftlichen Arbeiter sehen, daß sie von ihnen keinerlei Hilfe zu erwarten haben. Gerade dieser Mangel jeder sozialen und sonstigen Hilfe zeigt dem Kleinbauer immer deutlicher, daß er ein Ausgebeuteter der Großbauern ist. Seine Kinder, die ja schließlich Freunde der Landwirtschaft sind, sind die Dienstboten der Großbauern, aber infolge des Mangels jeglicher Fürsorge sind die Leute natürlich von der Landwirtschaft nicht sehr begeistert. Da heute schon von der Arbeitslosenfrage gesprochen wurde, ist es interessant, auf die Behandlung dieser landwirtschaftlichen Arbeiter, wenn sie krank sind, hinzuweisen. In Oberösterreich wurden Gemeindefrankenkassen gegründet, die aber ihren Mitgliedern, wenn sie krank sind, so wenig Krankengeld zahlen, daß beispielsweise ein Landarbeiter 60 g Krankengeld im Tag bekommt. Wird er in einer Krankenkasse untergebracht, so bekommt er überhaupt keine Unterstützung. Dauert der Aufenthalt im Krankenhaus etwas länger, so bekommt er, wenn er herauskommt, überhaupt kein Krankengeld mehr. Der Verband der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter mußte wiederholt Klagen einbringen und bezirksgerichtliche Urteile erwirken, bevor die Krankenkasse die richtigen Beträge gezahlt hat. Ein Arbeiter, der 40 S Monatslohn und volle Verpflegung hatte, die mit 54 S bewertet wurde, also in die IX. Lohnklasse gehört hätte, hat statt 2 S 40 g nur 60 g Krankengeld im Tag bekommen. Solche Dinge sollten nicht einreißen und hier sollte schon nach einer Verbesserung der sozialen Versicherung getrachtet werden.

Es gibt aber hier verschiedene Schwierigkeiten. Wir haben zum Beispiel in Oberösterreich eine halbwegs moderne Landarbeiterordnung, die Vorsorge für verschiedene Dinge, insbesondere für Wohnungen und Schlafgelegenheiten, trifft; aber keine Behörde und die wenigsten Bauern kümmern sich um die Einhaltung der Anordnungen dieser Landarbeiterordnung. Niemand kümmert sich darum, ob die Futterschneidemaschinen und die Dreschmaschinen Schutzvorrichtungen haben, und erst in den letzten Wochen ist in Oberösterreich das Unglück passiert, daß ein Arbeiter der Schneidemaschine zu nahe gekommen ist, sie nicht mehr mit der Hand abstellen konnte und ihm der Arm in vier Teilen nacheinander abgeschnitten wurde. Das sind Dinge, denen man doch Aufmerksamkeit schenken müßte. Die Heuböden und Tennenböden weisen eine solche Beschaffenheit auf, daß jeder Tritt mit schwerer Unfallgefahr verbunden ist. Wenn dann einem armen Teufel etwas passiert und er krank und arbeitsunfähig wird, ist er auf die öffentliche Wildtätigkeit angewiesen, weil es auf dem Lande keine Unfallversicherung gibt. *(Ruf: Es ist ohnedies in Oberösterreich eine Unfallversicherung!)*

Sicher nicht! Nur für Maschinen, wenn aber in der Landwirtschaft etwas passiert, nicht. Hier raschestens für die Land- und Forstarbeiterschaft die Krankenz-, Unfall-, Arbeitslosen-, Invaliden- und Altersversicherung zu schaffen, ist nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit, sondern auch ein Gebot zur Erhaltung einer die Landwirtschaft liebenden Arbeiterschaft.

Ich komme nun zur Forstwirtschaft. Es ist das eine ganz besondere Sache, wo ich den Herrn Minister bitte, ihr seine Aufmerksamkeit zuzuwenden. In unserer Republik nimmt die Forstwirtschaft einen außerordentlich breiten Raum ein. Wir haben 37,75 Prozent der gesamten Fläche Österreichs mit Wald bedeckt, es sind dies insgesamt 3,140.000 Hektar. Die Ausfuhr in Holz und Holzwaren ist eine außerordentliche. Im Jahre 1926 war die Ausfuhr eine außerordentlich hohe. Wir haben ausgeführt an Holz und Holzwaren 16,407.000 Meterzentner. Davon war Nugholz 1,350.000 Meterzentner und Schnittholz 9,650.000 Meterzentner, andere Holzwaren ohne Möbel 245.000 Meterzentner mit einem Gesamtwerte von 199,000.000 S. Es ist also, wie Sie aus diesen hohen Ziffern ersehen, das Holz eines der besten Mittel, um unsere passive Handelsbilanz zu verbessern. Aber es geschieht hier sehr wenig. In Niederösterreich besteht wenigstens ein Waldschutzgesetz, und es müssen alle größeren Schlägereien bei den Forstinspektoraten angemeldet werden. (*Rufe: In Oberösterreich auch!*) In Oberösterreich besteht ein solches Gesetz nicht. Die Folge ist daher, daß die Bauern, wenn die Geldnot groß ist, rücksichtslos einfach schlägern. In den Grenzgebieten wird, da nur Lang- und Blochholz abgabefrei ausgeführt werden darf, rücksichtslos geschlägert. Besonders in den Gebieten der Bezirke Schärding und Rohrbach nehmen die Schlägerungen in den Bauernwäldungen beängstigend zu. Hier haben wir wiederholt vom Fachbeirat verlangt, daß vom Landesforstinspektorat Erhebungen über das Ausmaß der Schlägerungen vorgenommen werden — bisher ist nichts geschehen. Ich mache da besonders auf die Gefahr aufmerksam, daß durch rücksichtslose Schlägerungen die Bauernwäldungen devastiert werden.

Das österreichische Forstgesetz ist nun schon 76 Jahre alt und bedarf längst einer gründlichen Novellierung. Die Vorschriften über die Bewirtschaftung der Forste sind dringend reformbedürftig. Soll unser ganzes Volksvermögen nicht geschädigt werden, so muß raschestens Vorkehrung getroffen werden, daß unsere Forste durch ökonomische Bewirtschaftung geschützt werden. Die §§ 22 und 52 des österreichischen Forstgesetzes bestimmen, daß zur Bewirtschaftung der Wälder von hinreichender Größe deren Eigentümer fachkundige Wirtschaftsführer zu bestellen haben. Welche Wälder nun mit der „hinreichenden Größe“ bezeichnet werden, überläßt das bisherige Gesetz dem Ermessen der Forstbehörde. Bisher wurde die Praxis

angewendet, daß Reviere, die ein Ausmaß von 200 bis 400 Hektar überschreiten, ein Forstschutzorgan, einen Forstwirt bestellen. Alle Waldflächen von weniger als 400 Hektar, beziehungsweise 200 Hektar sind von der forstwirtschaftlichen Betreuung ausgeschlossen — es sind dies zum größten Teil die Gemeinde- und Bauernwäldungen sowie ein großer Teil des klösterlichen Besitzes. Ich habe eingangs erwähnt, welchen Besitz wir an Wäldungen haben. Dieser ganze Waldbestand ist zu 1,300.000 Hektar Großwaldbesitz, zirka 1,900.000 Hektar sind Bauernwäldungen und Gemeindewäldungen, die nur Kleinbesitz sind, 55 Prozent der gesamten Waldfläche Österreichs sind von jeder forstwirtschaftlichen Betreuung ausgeschlossen. In den Bauernwäldern herrschen nicht die Fachleute, sondern da kommt der Händler, der natürlich den Bauern hineinlegt, der nur für sich den größten Gewinn herauschlagen will, aber den Bauern nicht berücksichtigt. In Niederösterreich überwiegt der ohne jede forstliche Einrichtung und Aufsicht stehende Kleinwaldbesitz die forstlich bewirtschafteten Waldflächen bedeutend, in Oberösterreich um das 1½fache, in Steiermark, Kärnten und Tirol um das Doppelte bis 7fache und in Vorarlberg sogar um das 15fache. Dadurch, daß jeder fachliche Beirat fehlt und eine verständige Forstpflanzung nicht vorhanden ist, daher die Ausformung und Verwertung nicht sachmännisch vorgenommen werden kann, muß unser Volksvermögen schweren Schaden leiden. Die übergroße Streuentnahme führt sogar zu einer Verkarstung und Verheidung des Waldbodens. Es müssen aber auch die Kleinwaldbesitzer begreifen, daß nur eine planmäßige Bewirtschaftung ihrer Wälder, eine Beförderung sie vor schwerem Schaden schützt. Es müßten daher die §§ 22 und 52 des Forstgesetzes dahin ergänzt werden, daß die Waldbesitzer über dem Ausmaß von 200 und 400 Hektaren unter Eigentumsvorbehalt der Besitzer beziehungsweise zur Bewirtschaftung zusammengezogen werden, und für je 500 Hektar Waldbesitz wäre ein Förster zu bestellen, dessen Entlohnung von den einzelnen Besitzern, beziehungsweise Waldgenossenschaften je nach der Größe des Besitzes zu tragen wäre. Es würde dies das Einkommen der Kleinwaldbesitzer sichern, das eben durch eine rentable Forstwirtschaft erreicht würde. Es würden aber auch viele junge Leute, die sich dem Forstberuf zugewendet haben, eine die Volkswirtschaft hebende Tätigkeit finden.

Ich erlaube mir daher, dem Hause folgenden Antrag zu unterbreiten (*liest*):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat ehestens einen Gesetzentwurf, betr. die Beförderung des Kleinwaldbesitzes, vorzulegen.“

Ich bitte das hohe Haus, diesem Antrage zuzustimmen.

Ich bitte weiter den Herrn Minister für Land- und Forstwirtschaft, dem Ansuchen der Grundbesitzer von Kronau, Gemeinde Lorch bei Enns, in einer anderen Sache endlich zu entsprechen: daß sie nämlich durch eine ordentliche Subvention in die Lage versetzt werden, den so notwendigen Dammbau, der dort schon seit Jahren gefordert wird, durchzuführen. Ich habe im vorigen Jahre diesbezüglich einen Antrag eingebracht, es wurden aber auch vom oberösterreichischen Landeskulturrat mit Eingabe vom 5. Oktober 1926, unter Zahl 3836, genau die Schäden angegeben und geschildert, die dort immer wieder entstehen. Circa 750 Hektar Grund kommen dort in Betracht, die alljährlich überschwemmt werden. Erst vor 14 Tagen haben wieder die Besitzer fluchtartig ihr Heim verlassen müssen, weil die Donau aus den Ufern trat. Sie sind alle Jahre von den Hochwasserschäden betroffen. Im Jahre 1924 mußten diese Besitzer sogar dreimal ihr Heim räumen. Da möchte ich schon bitten, daß endlich einmal durch Beistellung von Mitteln der Bau dieses Dammes ermöglicht werde, damit die Leute endlich geschützt sind.

Zum Schlusse möchte ich noch einiges zu der so intensiven Heimwehrtätigkeit in Österreich bemerken. In jedem Lande gibt es besondere Freunde und Förderer dieser Bewegung. Fast scheint es mir, als ob in den verschiedenen Ländern einzelne Parteistreber sich durch ihre besondere Heimwehrtätigkeit die Gunst ihrer Herren und Meister in Wien sichern wollten. Die Bauern selbst wissen zu gut, daß die Sozialdemokraten, die Arbeiter keinem Bauern bisher etwas zuleide getan haben, daß wir allen Gesezen, die eine Förderung der gesamten Landwirtschaft beinhalten, stets zugestimmt haben. Ihnen ist die Heimwehrebewegung nur ein willkommener Anlaß, das tiefe Murren der Landarbeiterschaft und der kleinen Bauern und Pächter mit dem Geschrei: Gründet Heimwehren! zu übertönen. Sie halten die Bauern wirklich immer noch für so naiv, daß sie das Feldgeschrei der um ihr Ansehen in Furcht schwebenden christlichsozialen Führer nicht durchschauen. Der Schrecken, daß unser Vormarsch auf dem Lande, daß die Eroberung des Dorfes so außerordentliche Fortschritte macht, das ist letzten Endes die treibende Kraft zur Gründung Ihrer Heimwehren.

„Neben mir von etwas anderem!“ Diese Parole des Herrn Bundeskanzlers haben Sie sich zueigen gemacht. Es ist viel besser, über die Heimwehren zu reden als über die Organisations- und Lohnverhältnisse bei den Lohnarbeitern. Von Löhnen und Arbeitsverhältnissen wollen Sie überhaupt nichts hören. Es ist bezeichnend, daß sogar die hervorragendsten Führer der christlichsozialen Partei in solchen Dingen absolut nicht zu sprechen sind. Ich verweise auf einen Sägewerksbesitzer in Nieder-

österreich, und zwar den ehemaligen Minister für Land- und Forstwirtschaft, Herrn Stöckler. Der Mann besitzt in St. Valentin eine Säge und hatte den Mut, 14 Tage vor Weihnachten 40 Arbeiter zu entlassen. (*Hört! Hört! — Kunschak: Das ist nicht wahr!*) Sie können mir das Gegenteil beweisen, Herr Kunschak, dann müßten Sie einen Ihrer Kollegen Lügen strafen. (*Zwischenrufe.*) Er hat in St. Valentin seine christlichsozial organisierten Arbeiter entlassen. Gerade dieser Mann, Herr Stöckler, der nach dem System des Herrn Kanzlers „Keine Milde“ handelt, hat seine Leute auf das Pflaster geworfen und hat, damit ja vollkommene Klarheit herrsche, den Arbeitern, als sie entlassen wurden, erklärt: Wenn ich den Betrieb wieder aufnehmen, muß jeder Arbeiter einen Revers unterschreiben, daß er weder freigewerkschaftlich noch christlichsozial organisiert ist. (*Hört! Hört!*) Sehen Sie, so machen Sie es. Wenn der Herr Abg. Kunschak glaubt, daß ich das hier beweisen soll, dann wenden Sie sich an Kollegen Klezmayer, der wird Ihnen in dieser Frage sicher eine erschöpfende Auskunft geben. (*Kunschak: Ich brauche keine Auskunft des Kollegen Klezmayer! In diesem Falle habe ich interveniert und die Entlassung ist damals unterblieben! Da werden Sie mir also keine Romane erzählen!*) Da müssen Sie sich in St. Valentin und bei Ihrem eigenen Kollegen erkundigen, der erzählt schließlich keine Romane. Die Geschichte war so. Gerade die Arbeiter bei diesem Werk in St. Valentin gehören zu den elendest entlohnerten Arbeitern. Gleichwohl hat Herr Stöckler den Mut, in dieser Weise auch gegen die christlichsozialen Organisationen anzukämpfen.

Mit diesen Methoden werden Sie nicht vorwärtskommen. Wie im Bunde, wo Sie aus den Beamten politische Kastraten schaffen wollen, wollen Sie auch die Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft so behandeln, als wenn sie kein Denkvermögen hätten. Sie haben sich aber in der Zeit getäuscht. Am Ende des 19. Jahrhunderts werden Ihre, den Geistesflug der Arbeiter hemmenden Ideen nicht durchdringen. Wenn auch die Führer der christlichen Arbeiter sagen, sie wollen gegenüber den Ausbeutermanieren der sogenannten Christen das Archristentum aufrichten, so wirkt das direkt lächerlich, und es zeigen solche Vorfälle blödsinnig, wie auch Kollege Klezmayer im „Pinzer Volksblatt“ geschrieben hat: „es fehle in mancher Herrenseele menschliches Gefühl, vor allem die christliche Nächstenliebe“, daß Sie die Interessen der Landarbeiter mißachten, daß Ihnen der Landarbeiter vollkommen nebensächlich ist. Sie sehen im Landarbeiter nicht einen Mehrer Ihrer Produktion, sondern nur ein Objekt der Ausbeutung. Sie glauben noch immer, die Land- und Forstarbeiter mit Ihrer Toleranzlehre trösten zu können. Aber

alle Duldsamkeit hat ein Ende, wenn man den Landarbeiter stets und ständig als Bürger zweiter Klasse behandelt. Die christlichen Arbeiterführer, die sich noch ein wenig um die Arbeiter annehmen, sind draußen auf dem Lande unmöglich. Ich verweise auf den ehemaligen Abg. Stempfer, der in Oberösterreich gewirkt hat. Er hat sich der Landarbeiter angenommen. Wie es dann zur Kandidatur gekommen ist, hat sich bei ihm ein politisches Kehlkopfleid entwickelt, damit er von der Bildfläche verschwindet. So behandeln Sie die Arbeiterführer! Wenn Herr Kunschak noch nicht gestürzt worden ist, so verdankt er das seiner alten Führung und seiner demagogischen Art, die er immer hat, und weil er sich als vollkommener Wiener Christlichsozialer entwickelt hat.

Sie werden mit den Heimwehren den Willen der Landarbeiter, noch weniger den der Industriearbeiter brechen. Wir werden unentwegt tätig sein, um ihnen bessere Lebens- und Existenzbedingungen zu schaffen. Ihr Tun, Ihr Handeln gegenüber den Landarbeitern ist alles andere als sozial oder gar christlich zu nennen. Es kann den Lebenswillen der Landarbeiter schließlich nichts hindern. Sie lernen sich wehren, trotz Ihrer Abwehr- und Kampffonds, trotz Ihrer geistlichen Unterdrückungsmethoden. Sie finden alle den Weg zur Freiheit, sie werden alle den Weg zum Sozialismus finden, früher vielleicht, als Ihnen lieb ist. Denn in dem großen Ringen der Arbeiterklasse auf dem Lande und in den Forsten werden sie treue Kampfesheifer in der Industriearbeiterschaft finden, werden die Industriearbeiter Schulter an Schulter mit ihnen kämpfen.

Wenn Kollege Födermayr und viele andere Bauernführer auf den verschiedenen Bauernbezirkstagungen drohen, sie stehen Gewehr bei Fuß und wollen darüber wachen, daß aus Österreich kein zweites Rußland werde, daß der Bauernstand nicht machtlos werde, so ist dies ein Nachplappern von Dingen, die den Sozialdemokraten vollkommen fernliegen. Sie haben in den letzten Bezirkstagungen so gesprochen, Herr Kollege Födermayr. *(Födermayr: Selbstverständlich werden wir es zu verhindern wissen, daß wir nicht ein zweites Rußland werden!)* Und in Rußland hat die Regierung den Bauern Land gegeben! Wir wollen in Österreich nichts anderes, als daß eine richtige Landes- kulturförderung Platz greife, daß auch die Landwirtschaft sich entwickle. Wir stehen da nicht im Widerspruch mit Ihnen. Wir wollen das gleiche, was Sie wollen. Sie müssen uns nur nicht immer hinstellen als den Bauwan, bei dem man gezwungen ist, Gewehr bei Fuß zu stehen. *(Födermayr: Sie haben wiederholt die Fortschritte der Landwirtschaft anerkannt!)* Ich habe auch heute davon gesprochen, Herr Kollege. *(Sever: Es sind viel zu wenig Fortschritte!)* Es liegt uns vollkommen ferne, den

Bauern etwas zuleide tun zu wollen. Sie können uns keinen Fall nennen, daß in irgendeinem Staatswesen die Sozialdemokraten diejenigen waren, die die Bauern enteignet hätten.

Wenn Sie so auf den Kampf gegen die Sozialdemokraten eingestellt sind, möchte ich Ihnen entgegenhalten, daß der Kampf der Sozialdemokraten darauf abgestellt ist, durch größte Förderung der Landwirtschaft größte Ergiebigkeit des Bodens zu erzielen. Und wie der Industrielle ohne Arbeiter nichts leisten kann, so nicht der Bauer ohne Landarbeiter. Sie müssen den Arbeiter als Mitarbeiter anerkennen und müssen in ihm den Mehrer Ihrer Erfolge sehen. Lehren Sie Ihre Leute bessere Bodenbehandlung und geben Sie ihnen bessere Schulen, dann werden Sie die Ernteerträge steigern und den Volkswohlstand heben, dann wird es auch den Landarbeitern möglich sein, bessere Erfolge aufzuweisen. Geben Sie — darum möchte ich Sie sehr bitten — Ihren sonst so beredten Zungen etwas Geist mit, üben Sie die Landarbeiter und Bauernsöhne nicht in Gewehrgriffen, sondern in Landeskulturförderung *(Beifall)*, das wäre viel wichtiger und notwendiger. Denn nicht durch die Sozialdemokratie ist Ihre Heimat, die ja auch unsere Heimat ist, gefährdet, sondern durch den Mangel an Willen, Besseres als bisher zu leisten. Die Sozialdemokratie wünscht im Interesse der ganzen Volkswirtschaft einen Aufstieg der Landwirtschaft und wird jeder wahrhaften Förderung der Landwirtschaft zustimmen. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Der gehörig gezeichnete Antrag Bizany wird zur Verhandlung gestellt.

Paulitsch: In dem Berichte des Finanz- und Budgetausschusses sagt der Generalberichterstatter auf Seite 5, daß im Etat des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft von dem mit dem Bundesgesetz vom 28. Juli 1926 zum Zwecke der Gewährung von verzinlichen und rückzahlbaren Darlehen an landwirtschaftlichen Organisationen zur Förderung der Milchwirtschaft bewilligten Kredite von 6.000.000 S der unverwendete Restbetrag 3.429.000 S beträgt. Diese Summe macht jeden Freund der Landwirtschaft nachdenklich. Es wird sich aber auch jeder sagen, daß es nicht vielleicht nur der hohe Zinsfuß ist, der die Landwirtschaft hindert, diese Kredite in Anspruch zu nehmen, sondern daß dies wohl auch deswegen der Fall ist, weil in unserem Volke jener Geist noch zu wenig vorhanden ist, der geeignet ist, Genossenschaften nicht nur zu schaffen, sondern auch zu erhalten. Wir leiden hier ohne Zweifel noch sehr stark unter den Nachwirkungen des Liberalismus, der das christliche Volk religiös indifferent, wirtschaftlich bankrott und politisch gedankenlos gemacht hat. Es genügt nicht, zu sagen: Gründet Genossenschaften, dann wird es euch besser gehen! Es läßt sich eine Genossenschaft gründen

und schaffen, aber um sie zu erhalten, ist es unbedingt notwendig, daß, wie das Volk erst zu einer wahren Demokratie herangezogen werden muß, die ländliche Bevölkerung, der Bauernstand zum Genossenschaftsgeist erst herangezogen wird.

Das hängt natürlich mit dem Schulwesen auf dem Lande sehr zusammen. Die Landwirtschaft begrüßt die Vervollkommenung des Schulwesens aufs dankbarste. Und wenn sie gegen neue Methoden vorsichtig ist, so besagt dies natürlich in gar keiner Weise, daß sie nicht die beste Bildung der heranwachsenden landwirtschaftlichen Jugend wolle. Es wissen ja die Bauern, daß das beste Erbteil, das sie ihren Kindern mitgeben können, ein gutes, begründetes Wissen ist. Aber es soll den Kindern nicht nur ein begründetes Wissen mitgegeben werden, sondern auch eine ganz gebiegene Erziehung, die den jungen Menschen aufrechterhält, wenn er mit verschiedenen Schwierigkeiten des Lebens zu kämpfen und zu ringen hat, daß er nicht feige wird und das Leben einfach von sich wirft. *(Sehr richtig!)*

Deswegen, verehrte Frauen und Herren, wäre es ganz unrichtig, wenn man der Bauernschaft nicht zubilligen wollte, daß sie wirklich mit allen Mitteln bestrebt ist, die Bildung unserer landwirtschaftlichen Jugend vorwärtszubringen und aufwärtszubringen. Nicht alles natürlich, was in den großen Städten mit Rücksicht auf die dortigen Verhältnisse ohne weiteres gut ist, kann auf dem Lande draußen Anwendung finden. Es kann dort sehr gut sein und doch den Verhältnissen in der Landwirtschaft nicht entsprechen. Infolgedessen darf der Landwirtschaft nicht ein Vorwurf daraus gemacht werden, daß sie allen diesen verschiedenen Neuerungen vielleicht mit etwas Vorsicht gegenübersteht. Wenn die landwirtschaftliche Jugend in den Schulen in den wichtigsten Fächern gründlich gebildet ist, wenn sie gut Lesen, Schreiben und Rechnen kann und einen starken sittlichen Halt hat, dann wird sie viel mehr die landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen achten und werten. Immer wieder muß hingewiesen werden auf die Notwendigkeit des gemeinsamen Geistes, auf die Notwendigkeit des Zusammenstehens in landwirtschaftlicher Hinsicht, jenes Geistes, der allein befähigt, Genossenschaften auch zu erhalten, auf einen besonderen Vorteil zu verzichten und von dem Gedanken sich leiten zu lassen: Was in meinen Kräften steht, muß ich beitragen, wenn ich dabei nur mithelfen kann, daß die Gesamtheit des Bauernstandes einen wenn auch bescheidenen, aber dauernden Vorteil besitzt. Wenn dieser Geist in die Leute hineingetragen wird, dann läßt sich das Genossenschaftswesen pflegen und fördern.

Damit im Zusammenhang steht auch das, was wir in weiten Gegenden Deutschlands und Dänemarks sehen, die Pflege des Familiensinnes. Wir wissen es vielleicht viel zu wenig zu schätzen, welch starke sitt-

liche Kraft in der Pflege des Familiensinnes im Bauernstand gelegen ist, was es bedeutet, daß der Mensch so erzogen und daran gewöhnt wird, seine freie Zeit im Hause und im Schoße seiner Familie oder im gemeinsamen Leben mit den Dienstboten zu verbringen, daß er es lernt, nicht auswärts zu gehen, nicht unnütze Ausgaben für Vergnügungen, die keine sind, zu machen, sondern daß alle jene Fragen gemeinsam besprochen werden, welche im Sinne der Pflege des Familiensinnes und im Sinne der Förderung der Landwirtschaft gelegen sind. Das ist ganz sicher das Ziel und der Zweck, die die christlichsoziale Bauernschaft verfolgt, das ist das Ziel und der Zweck, die sie anstrebt, und sie weiß ganz genau, daß sie auf dem Gebiete der Landwirtschaft unmöglich vorwärtskommen kann und niemals vorwärtskommen wird, wenn sie nicht ernst bestrebt ist, ihren Mitarbeitern auf Grund und Boden alle jene wirtschaftlichen und sozialen Vorteile zu gewähren, welche es ihnen zur Freude machen, mit dem Bauern gemeinsam zu schaffen und zu arbeiten. *(Lebhafte Zustimmung.)*

Ich möchte nun anschließend daran an den Herrn Ackerbauminister im Interesse der Landwirtschaft einige Bitten richten. Ich ersuche ihn und sein Ministerium, die Bemühungen des Ministeriums für Handel und Verkehr, eine bessere Verbindung des Lavantals mit dem übrigen Kärnten herzustellen, in wirksamer, werktätiger, zielbewußter und zäher Unterstützung zu fördern, sonst geht ein ganzes Tal, in dem 65.000 Bauern leben, langsam dem Verfall entgegen, weil es keinen Absatz für seine Produkte hat. Ich möchte in diesem Zusammenhange noch auf die Verhältnisse im Görtischtal aufmerksam machen. Ich war in den letzten Tagen dort und habe gefunden, daß die Bauern durch die Rauchsäden einfach zugrunde gerichtet werden. Im Frühjahr stehen die Blüten sehr schön, in drei Tage ist aber alles abgestorben und die ganzen Ansäen zur Obst- und auch Getreideernte zerstört. Dabei müssen die Leute dort dieselben öffentlichen Abgaben leisten wie andere, die ein besseres Einkommen haben und durch die Rauchentwicklung nicht geschädigt sind. Es ist in dieser Hinsicht im Landwirtschaftsministerium ein Akt laufend, und ich bitte das Ackerbauministerium vielmals, dieser Angelegenheit sein ernstestes Interesse zuzuwenden.

Ich komme noch auf eine Angelegenheit zu sprechen, über die ich schon im Finanzausschuß zu sprechen mir erlaubt habe, auf die Verhältnisse im Gailtal. Die Gail setzt bei Hochwasser sofort weite Gebiete unter Wasser, weil das Flussbett ungeheuer hoch ist. Immer mehr Schutt und Gerölle kommt von oben herunter, immer höher und höher wird der Flußlauf. Die Leute leiden unsagbar unter diesen Verhältnissen. Aber wohin sollen die Bauern gehen? Sie haben kein Fortkommen. Im

Laufe der letzten drei bis vier Jahre haben sie die Hälfte ihres gesamten Eigentums verloren. Wenn ich also hier um werktätige Unterstützung bitte, so geschieht es zu dem Zweck, damit hier bedrängten Bauern geholfen werde. Denn jedes Bauerngehöft ist wert, daß um dasselbe gekämpft wird. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Zelenka: Hohes Haus! Ich habe mich bereits im Finanz- und Budgetausschuß sehr ausführlich mit einem wichtigen Betriebe beschäftigt, der nach dem Gesetz vom Juli vorigen Jahres dem Ackerbauministerium unterstellt ist. Es handelt sich um den Bundesforstbetrieb. Ich möchte hier offen im Hause konstatieren, daß wir schon seinerzeit davor gewarnt haben, diesen Betrieb zu kommerzialisieren, weil er in dieser Form seinen Zweck, nicht nur den der Holzproduktion, sondern auch der Wald- und Weidewirtschaft zu dienen, nicht so wird entsprechen können, wie wir es notwendig brauchen. Es haben damals alle Korporationen und maßgebenden Fachleute ebenfalls gewarnt. Und heute sind wir so weit, sagen zu müssen: Wir hoffen, daß die Kommerzialisierung so rasch als möglich ein Ende findet und der Betrieb wieder der Hoheitsverwaltung einverleibt wird.

Der Klub der sozialdemokratischen Abgeordneten hat im Finanz- und Budgetausschuß darauf hingewiesen, daß die Kommerzialisierung derartige Formen angenommen hat, daß sie ihren Zweck nicht erreicht. Wenn wir auch verstehen, daß mit der Kommerzialisierung die Absicht verbunden war, die Verwaltung zu vereinfachen, so darf doch keineswegs versucht werden, diesen Zweck dadurch zu erreichen, daß man die wohlerworbenen Rechte der Arbeiterschaft und der Beamenschaft außer Kraft zu setzen trachtet. Ich will es nicht noch einmal besprechen, daß zwischen unserer Auffassung und der persönlichen Auffassung des Herrn Ministers Thaler eine sehr große Kluft besteht, weil wir auf den Standpunkt stehen, daß die wohlerworbenen Rechte, die im Wiederaufbaugesetz festgelegt sind, nicht einfach so übergangen werden dürfen, wie es hier geschieht, indem man durch Lohn- und Affordverträge in einer direkt unmoralischen Form dem Arbeiter, der in einem unkündbaren Dienstverhältnis steht, Gelegenheit gibt, zu arbeiten, und ihm dann, wenn sich aus den Schlägerungen infolge irgendwelcher Erscheinungen ein Unterverdienst herausstellt, nachträglich das, was er mehr bezogen hat, selbst nach Jahren noch von seinem Lohn abzuziehen versucht. Die Untersuchung, die der Herr Minister in Fichl durchzuführen die Freundlichkeit hatte, hat das bestätigt, was ich im Finanz- und Budgetausschuß behauptet habe. Es ist dort konstatiert worden, daß man bei einem Holzeinschlag, der von der Arbeiterschaft in einer solchen Forstarbeiterpaß im Jahre 1926 gemacht wurde, dann im Jahre 1928 versucht hat, deshalb, weil damals aus irgendeinem Umstand der Affordverdienst

nicht erreicht werden konnte, dem Arbeiter von den bezogenen Vorschüssen etwas abzuziehen. Das ist ganz unmoralisch, das gibt es in keinem kleinen Betriebe, und wenn selbst ein Kleingewerbetreibender einen Afford abschließt, so müssen zumindest die Grundlöhne garantiert werden, sonst hat er mit dem Einigungsamt oder dem Gewerbegericht zu tun. Also selbst der kleinste Unternehmer darf einen so unmoralischen Vorgang nicht einschlagen. Es ist hervorgehoben worden, daß die österreichische Staatsforstarbeiterschaft eine brave Arbeiterschaft ist, die ihrer Pflicht nachkommt und seinerzeit das möglichste getan hat, weil sie geglaubt hat, aus der Kommerzialisierung des Betriebes Vorteile nicht nach der Richtung hin zu ziehen, daß sie weiß Gott welche Forderungen stellen könnte, aber immerhin Vorteile in der Beziehung, daß ihr die erworbenen Rechte bleiben und nicht durch die Kommerzialisierung außer Kraft gesetzt werden. Jetzt aber wird in den einzelnen Forstverwaltungen die Taktik geübt, daß man der Arbeiterschaft sagt, wenn sie um diesen oder jenen Affordpreis das Holz nicht schlägert, werde man in den verschiedenen Gemeinden die einzelnen pensionierten Gemeindeglieder zur Durchführung dieser Arbeit aufnehmen. Das ist eine Vorgangsweise, die das Unrecht, das man den Arbeitern zufügt, klar erkennen läßt. Das kann nicht der Sinn der Kommerzialisierung gewesen sein. Ich will nicht behaupten, daß die Beamten, die an der Spitze des Betriebes stehen, sich nicht um Abhilfe bemühen, ich muß aber wie im Ausschusse darauf hinweisen, daß sich Einschlüsse verschiedener Herren bemerkbar machen, die immerfort trachten, kaum, daß man froh ist, jemanden aus dem Betrieb — das geht bis in die Generaldirektion hinauf — hinauszubringen, andere wieder hineinzubringen, die Politiker stellen sich dahinter und belasten durch ihre Protektion den Betrieb, der für uns, für die Volkswirtschaft und die Landwirtschaft, so notwendig ist.

Ich will nicht die einzelnen Fragen neuerlich aufwerfen, weil sie schon eingehend besprochen wurden, ich bedauere aber nur eines, Herr Minister, daß die eine Frage, die ich zu untersuchen gebeten habe, noch immer zur Klage Anlaß gibt, daß nämlich die Staatsforstarbeiter bei ihrer 14tägigen Auszahlung oft stundenlang von der Frühe bis zum späten Abend in einem Gasthaus warten müssen, bis sie ihr Geld bekommen, so daß man sie förmlich von Staats wegen zum Alkoholgenuß zwingt und dazu, trotz ihres kargen Verdienstes Schulden zu machen. Ich bitte nochmals, dieser Frage, die besonders im Fichler Gebiete besonders wichtig und noch nicht bereinigt ist, ein besonderes Augenmerk zuzuwenden und diese Angelegenheit noch einmal untersuchen zu lassen. Die Forstverwaltungen könnten ja die 14tägige Auszahlung der Arbeiter in solcher Form bevorzugen, daß sie den Leuten mit dem Geld-

säckchen die Aufklärung mitgeben, was sie bekommen haben. Ich war selbst einmal in der Privatindustrie beschäftigt, in Donawitz, im Arsenal usw., aber nirgends hätte eine solche Wirtschaft vorkommen können, daß die Arbeiter von 8 Uhr morgens angefangen bis vielleicht um 8 Uhr abends im Gasthaus sitzen und auf die Lohnauszahlung warten müssen. Das sind Zustände, die, da man sie jahrelang schon bespricht, endlich aus der Welt geschafft werden müssen. Daher bitte ich nochmals, diese Angelegenheit neuerdings zu untersuchen. Man soll aber nicht seitens der Generaldirektion dem betreffenden Abgeordneten Aufklärungen über das oder jenes, was untersucht wurde, schicken, während man sich mit den anderen Fragen, die man ebenfalls angeschnitten hat, gar nicht beschäftigt hat. Ich habe doch auch im Ausschusse mit Rücksicht auf die Erneuerung der Dingungs- und Schlägerungsverträge ersucht, auf die kargen Bezüge eine 10prozentige Lohnerhöhung zuzugestehen, weil selbst der Staat als Arbeitgeber in seiner Verwaltung und seinen Betrieben eingesehen hat, daß das Existenzminimum zumindest 170 S sein muß. Jeder, den man von der Straße her aufnimmt und beim Staate verwendet, muß mindestens 170 S im Monat bekommen. Da nun im vorigen Jahre die Bundesangestellten und Pensionisten eine kleine, aber merkliche Besserstellung erfuhren, habe ich eine 10prozentige Lohnerhöhung der Staatsforstarbeiter verlangt. Sie ist schon deshalb für die Bundesforstverwaltung nicht gefährlich, weil alle Arbeiter im Akkordlohn stehen und es hauptsächlich davon abhängt, welche Schlägerungen man ihnen zuteilt, welche Möglichkeiten sie also haben. Wenn man also eine 10prozentige Lohnerhöhung zugesteht, so würde sie bei einem großen Teile der Arbeiter durch die Akkordverhältnisse absoziiert werden. Was macht nun die Generaldirektion? Sie schreibt — das will ich im offenen Haus sagen, damit Sie sehen, wie naiv die Herren sein können —, sie schreibt also der berufenen Organisation: Nachdem eine 10prozentige Lohnerhöhung verlangt wurde, möge die Arbeiterschaft zuerst bekanntgeben, welche Konzessionen sie machen wolle, wenn die alten Konzessionen, die bis jetzt bestanden, bewilligt werden sollen. Ich muß sagen: Wenn man das liest und sieht, wie sich das seit Jahr und Tag in der Generaldirektion auslebt, dann muß man sich an den Kopf greifen und sagen: Umsonst haben die hervorragenden Fachleute und selbst Forstleute von Ruf in Österreich wie im Ausland nicht gegen die Kommerzialisierung Stellung genommen. Sie haben eben von vornherein gewußt, daß man den österreichischen Wald mit allen seinen Servitutsbelastungen und anderen Erscheinungen nicht kommerzialisieren könne. Wenn man sieht, was da seit zwei und noch mehr Jahren von der Generaldirektion mit der Arbeiterschaft versucht wird, muß man fragen: Was

soll man der Arbeiterschaft noch wegnehmen? Ein solcher Mann muß ja eine doppelte Wirtschaft führen, die eine für seine Familie, die im Dorfe zurückbleibt, und die andere für sein Leben im Wald. Dabei hat er vielleicht keinen größeren Durchschnittsverdienst als ein Tagelöhner, der beim Staat eintritt, nämlich 170 S. Damit soll er für Frau und Kinder sorgen. Was für Konzessionen soll er noch machen? Bei der Forstverwaltung ist aber der ganze Apparat erhalten geblieben, weil die Generaldirektion zwar dem Namen nach aufgelöst ist, aber doch diese Forstinspektoren in Wien noch vorhanden sind und, wie wir aus dem Voranschlag ersehen, 400.000 S an Reisekosten brauchen. Was soll die Arbeiterschaft noch für Konzessionen machen? Da muß ich schon bitten, daß man der Generaldirektion beibringt, nicht solche Briefe zu schreiben, angesichts deren der einfache Mann sich fragen muß, was man von ihm haben will. Wir haben im Ausschusse nachgewiesen, daß selbst die Gemeinden schon den armen Forstarbeitern Unterstützungen geben müssen. Diese Erscheinung ist einzig in Österreich, daß im Pensionsverhältnis stehende Bedienstete, die nicht gekündigt werden können, wochenlang keine Arbeit haben, keinen Lohn, aber auch keine Arbeitslosenunterstützung bekommen. Was wollen Sie von diesen Leuten noch haben? Sie können ja ihren Kindern keine Schuhe mehr kaufen, damit sie nicht barfuß in die Schule gehen müssen. Das wissen aber die Herren von der Generaldirektion, die im gutgeheizten Zimmer am grünen Tisch sitzen, alles nicht.

Bei der Beratung im Finanz- und Budgetausschuß ist auch gesagt worden, man möge den Herren nicht ihre hohen Gagen vorwerfen; bei den Bundesbahnen seien die Leute noch besser bezahlt. Wir mißgönnen den Herren von der Forstdirektion die bessere Bezahlung nicht, aber wir verlangen von ihnen soziales Verständnis für die Verhältnisse in den Betrieben. Das müssen sie endlich einmal aufbringen. Solange dieses System, das für die führenden Herren der Generaldirektion das Abc bildet, aufrechterhalten wird, können sie auf keinen grünen Zweig kommen, weil sie nur mit Unterstützung der Arbeiterschaft, die sehr brav ist, die eine jahrzehntelange Erfahrung hat, auf den rechten Weg kommen können. Die Herren in der Generaldirektion wissen, daß sie nie hätten Ordnung machen können, wenn ihnen nicht die Arbeiter mitgeteilt hätten, was draußen vorgeht.

Daher möchte ich schon bitten, daß ihnen ihre im Wiederaufbaugesetz festgelegten wohlervorbenen Rechte gewahrt bleiben. Begnügen Sie sich damit, Herr Minister, daß Sie durch den § 5 des Gesetzes die bedauerliche Möglichkeit haben, in Zukunft keinen Forstarbeiter in unkündbarem Dienstverhältnis anzustellen. Das wird Ihnen die Möglichkeit verschaffen, die gottgewollte Ordnung, so wie in den anderen Betrieben, mit Durchbrechung des Achtstundentages

und durch Erschwerenisse anderer Art auch im Salzkammergut herzustellen. Aber mit Gewalt läßt sich das nicht machen, der einfache Arbeiter würde das nicht verstehen, weil es sich um ein wohlverworbene Recht handelt, das für den Beamten in der Dienstpragmatik geschützt ist. Man soll diese Rechte den Beamten und Pensionisten geben, aber kein Mensch in Österreich wird es begreifen, wenn bei den Beamten und Pensionisten das Finanzministerium den Auftrag gibt: „Das Geld muß überwiesen werden!“ es aber, wenn der Arbeiter kommt, heißt, es sei kein Geld da, das Budget würde in Unordnung geraten, man könne den Betrieb nicht mehr weiterführen. So kann nicht gewirtschaftet werden. Da stehe ich auf dem Standpunkt: wenn für den Arbeiter nichts da ist, darf auch für die Beamten und Pensionisten und für die Herren in der Generaldirektion und in den Forsten draußen nichts da sein. Gleiches Recht für alle. Wir verlangen das, da die Arbeiterschaft ohnedies schon so große Konzessionen in bezug auf die Wegstrecken zur Arbeitsstätte gemacht. Da ist doch sehr vieles zugestanden worden. Früher hat es geheißt, daß, wenn der Mann seinen Dienst antritt, der Weg zur Holzhütte, zum Arbeitsplatz in die Arbeitszeit eingerechnet wird. Das ist schon seit Jahren fallengelassen worden; denn man hat gesagt, man möge Konzessionen machen, dann werde man wohlverworbene Rechte schützen. Das ist geschehen. Auf der anderen Seite aber sucht man mit den Leuten in dieser Form zu verhandeln. Es ist bezeichnend, daß selbst Deputationen christlicher Forstarbeiterorganisationen darauf hingewiesen haben, daß es so nicht weitergeht, und auch in christlichen Zeitungen wurde darauf hingewiesen, daß diese skandalösen Verhältnisse in der Generaldirektion ein Ende haben müssen. Ich will gewiß nicht ungerecht sein. Ich sehe, daß sich dort seit Jahr und Tag einige Herren bemühen, Ordnung zu machen. Sie werden es bei bestem Willen nicht erreichen, weil sie auf der anderen Seite nicht die Unterstützung der Rechten dieses Hauses haben, und sich nicht so viele Herren finden, um einen einzelnen Beamten, den sie nicht für fähig halten, entfernen zu können, sondern der Mann, der sich hinter gewisse Herren steckt, im Betrieb bleiben muß. Aber wenn die Verhältnisse so sind, dann habe ich dem Herrn Generaldirektor gesagt, er soll den Mut haben und zum Minister gehen und ihm sagen, entweder ändern Sie die Verhältnisse, so wie ich es als Generaldirektor verlange, oder ich lege meine Stelle nieder. Dann soll die Öffentlichkeit wissen, was sich da abspielt, daß Sie nicht imstande sind, die Kommerzialisierung entsprechend durchzuführen.

Die Verhältnisse der Arbeiter und Beamten müssen in einer Form gesichert werden, es muß ihnen nicht nur die Gelegenheit gegeben werden, mit einer Deputation zum Minister zu kommen.

Kommt man zum Minister, dann sagt er, er wird mit der Direktion reden; kommt man in die Direktion, dann heißt es, gehen Sie zum Minister; und kommt man wieder zum Minister, dann sagt er, gehen Sie zum Finanzminister. Ja, meine Herren, dann machen wir doch Schluß mit dem ganzen System! Wenn der Minister nicht entscheiden kann und nicht der Generaldirektor, dann sind Sie nur eine Filiale des Bundesministeriums für Finanzen, dann übergeben Sie das Ganze einem Beamten des Finanzministeriums, und machen wir Schluß mit der Generaldirektion. Wäre die Kommerzialisierung von anfang an richtig durchgeführt worden wie in der Tschechoslowakei und in anderen Staaten, wo ich Gelegenheit hatte, die Sache zu sehen und mit den Leuten zu reden, wo man die Arbeiter und Beamten in das Ministerium einlud und mit ihnen die Dienst- und Betriebsrechte vereinbarte, bevor das Projekt dem Ministerrat unterbreitet wurde, so daß man die Arbeiter und mittleren Beamten neben sich hatte, wodurch dann schöne Erfolge erzielt wurden, hätte man es auch bei uns so gemacht, dann hätten auch wir in Österreich daselbe erreichen können. Bei diesem System aber geht das nicht. Da haben wir im oberösterreichischen und steirischen Salzkammergut und im Mariazeller Gebiet Forstarbeiter, die im unfürdbaren Dienstverhältnis stehen; aber wenn diese Leute aussetzen müssen, dann beziehen sie keinen Lohn und können auch von den Gemeinden nichts erhalten. Wir verlangen daher, daß endlich auch diese Forstarbeiter in die Arbeitslosenfürsorge eingeführt werden.

Ich richte diese Bitte auch an die Vertreter der Bauernschaft. Es kann Sie als Vertreter der Wirtschaftsbesitzer und Bauern absolut nicht belasten. Ich verstehe schon, daß Sie bei Fragen, wo es sich um die ganze Land- und Forstwirtschaft handelt, von Ihrem Standpunkte Bedenken zeigen, aber in dieser Frage können Sie keine Bedenken haben. Es ist mir unbegreiflich, warum Sie dazu beitragen, wo Sie doch auch ein Interesse daran haben, daß in den Wirtschaftsgebieten, in denen Sie leben, diese Staatsforstarbeiter nicht in der unerhörtesten Form vom Staate ausgebeutet werden, der es sich als einziger Unternehmer leisten kann, daß seine Arbeiter nicht der Arbeitslosenfürsorge zugeführt werden. Und wenn man es jetzt verstanden hat, von den Wirtschaftsbesitzern, die auch Sägewerke haben, zu verlangen, daß sie ihre Arbeiter in die Arbeitslosenfürsorge einführen, warum haben Sie nicht auch ein Verständnis dafür, daß, wenn der Bauer das machen kann, die großen Bundesforstbetriebe es doch auch machen können. Ich würde nichts sagen, wenn dieser österreichische Bundesforstbetrieb Arbeiter hätte, die zu 80 oder 50 Prozent auch in der Landwirtschaft beschäftigt sind, was oft in der Landwirtschaft vorkommen kann, daß man einen Forstarbeiter hat, der

zu 50, 60 oder 70 Prozent landwirtschaftliche und nur zu einem kleineren Teil Forstarbeit verrichtet. Aber hier ist es ein reiner Forstbetrieb, der mit der Landwirtschaft nichts zu tun hat, noch dazu ein Betrieb, der in vielen Gemeinden, die Sie verwalten, durch Landesgesetze und ebenso durch Servitutsberechtigungen schwer betroffen wird. Bezüglich der letzteren muß ich, wie im Ausschusse, noch einmal festhalten, daß wir sie überprüfen müssen. Ich stimme da dem Kollegen aus den christlichsozialen Kreisen zu. Man soll sie überprüfen. Ein kleines Land wie Österreich hat nichts herzuschenken. Auch diese Frage muß einmal geklärt werden, weil das eine ungeheure Belastung des kommerzialisierten Bundesbetriebes ist und den ungeheuren Mißstand zur Folge hat, daß man die Arbeiter so schlecht bezahlt und sie auch nicht in die soziale Fürsorge einbezieht. Ich habe mir erlaubt, einen Antrag zu stellen — es ist wieder ein Minoritätsantrag. Die Herren haben im Ausschusse dagegen gestimmt. Ich verlange wieder, so wie ich es alle Jahre verlangen werde, daß die Forstarbeiter, auch im Interesse der Verwaltung der Forstbetriebe, in die Arbeitslosenfürsorge einbezogen werden mögen. Ich ersuche das hohe Haus und bitte auch die rechte Seite des Hauses, sich doch einmal mit der Frage zu beschäftigen und diesem Antrage doch vielleicht zuzustimmen. Ich habe im Ausschusse in diesem Antrage zugleich gebeten, daß man wenigstens die alten Forstarbeiter, die das 60. Lebensjahr überschritten haben, in die Altersfürsorge einbeziehe.

Weiters habe ich den Antrag gestellt, daß, da genau so, wie Sie behaupten, daß die Servitutsberechtigungen bezüglich des Holzbezuges verbriefte Rechte sind, es für die Pensionisten, Witwen und Waisen ein Deputatsrecht war, sie verbilligtes Holz kaufen konnten, ihnen das Recht wieder zugebilligt werde. Die Forstverwaltung macht dabei kein schlechtes Geschäft. Sie zeichnet das Holz nur an, die Leute schlägern sich das Holz selbst. Sie würden damit ein Unrecht gutmachen; denn bei Schaffung des Gesetzes haben Sie das Servitutsrecht aufrecht belassen, während Sie den anderen Leuten ein Recht, das sie durch Jahrzehnte besessen haben, weggenommen haben. Ich würde daher bitten, hohes Haus, daß Sie meinen Antrag wegen Bezuges von verbilligtem Holz für die Pensionisten, Witwen und Waisen unterstützen und zur Annahme bringen, damit ein Unrecht aus der Welt geschafft werde.

Ich bitte noch, Herr Minister, die von uns geäußerten Wünsche, die hauptsächlich die nächsten Lohnverhandlungen betreffen, zu berücksichtigen, damit, nachdem ja periodisch jedes Jahr im Februar die neuen Gedinge- und Schlägerungsverträge abgeschlossen werden, eine 10prozentige Erhöhung als Grundlage angenommen werde, daß aber nicht von der Arbeiterschaft verlangt werde, daß sie vorher Konzessionen mache. Sie können versichert sein, der

Zentralbetriebsrat der Arbeiterschaft und die Arbeiter selbst würden, wenn sie nicht gezwungen wären, an Sie nicht herantreten, um mutwillige Forderungen zu stellen. Wenn Sie schon oben waren, Herr Minister, werden Sie Gelegenheit gehabt haben, von Ihren eigenen Parteigenossen, von denen auch im Salzammergut einige von den Forstarbeitern in öffentlichen Funktionen sitzen, zu erfahren, wie schlecht die Verhältnisse für das ganze Wirtschaftsgebiet sind. Ich brauche nicht zu betonen, wie sich die Verhältnisse oben auswirken in den Gebieten, wo die Staatsforstarbeiter in Betracht kommen. Fragen Sie nur Ihre Wähler, die Geschäftsleute, was sie mitmachen, seitdem die Leute in solchen Verhältnissen leben müssen. Die Verhältnisse sind so arg, daß die Leute, wie ich schon geschildert habe, in einzelnen Gemeinden nicht imstande sind, ihren Kindern Schuhe zu kaufen, damit sie im Winter zur Schule gehen. Wir wissen aus den Statistiken der Arbeiterkonsumvereine, wie viel Schulden diese Leute haben, die nicht imstande sind, auch nur das Notwendigste für ihre Familien aufzubringen. Ich bitte also das hohe Haus, meine Anträge anzunehmen. Sie sind im Interesse der Staatsforstverwaltung, aber auch im Interesse der Volkswirtschaft gelegen. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Zahrner: Hohes Haus! Die Debatte zum Kapitel Landwirtschaft hat zweifellos ergeben, daß alle Parteien darin einig sind, daß unsere Landwirtschaft eine schwere Krise durchzumachen hat. Es ist auch erfreulich, daß im heurigen Voranschlage ein etwas größerer Betrag zur Förderung und Hebung der landwirtschaftlichen Produktion ausgeworfen ist als im Vorjahre. Ob die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion das einzige Mittel ist, um unsere Landwirtschaft gerade aus jener Krise, in der sie sich momentan befindet, herauszuführen, möchte ich bezweifeln. Ich meine da die Absatzkrise. Es ist sehr richtig, was man heute vielfach von Bauern hören kann, die da meinen, ja, es wird von uns immer verlangt, wir sollen mehr produzieren, wir sollen unserem Grund und Boden mehr Ertrag abringen, wir können aber das nicht verkaufen, was wir produzieren. Ich kenne Hunderte von Fällen gerade aus der letzten Zeit, wo Bauern gepfändet werden, weil sie ihre Steuern nicht bezahlen können, die andererseits Getreide liegen haben und es nicht absetzen, die überzähliges Vieh im Stalle haben und es nicht verkaufen können und auch beim Absatz ihrer Milch- und Molkereiprodukte den größten Schwierigkeiten begegnen.

90 Prozent unserer Mühlen stehen; ich will mich über die Verhältnisse der Mühlenindustrie hier nicht näher auslassen, ich würde dieser Industrie den schlechtesten Dienst erweisen, wenn ich die Verhältnisse hier aufzeigen würde, aber feststeht, daß wir heute in Österreich eine Million Zentner fremdes Mehl liegen haben, daß die Futtermehlpreise die Weizenpreise

bereits überschritten haben und daß wir einen Klei-
preis haben, an den sich niemand erinnern kann.
Nun haben ja die Mehrheitsparteien die Grundlage
zur Behebung der Absatzkrise durch die Annahme
der dritten Zolltarifnovelle geschaffen. Wir sehen
aber, daß die Verhandlungen mit Ungarn keinen
Schritt vorwärtsgehen, und es ist nur sehr zu be-
dauern, daß die Herren der Opposition bei jeder
Gelegenheit ihre Bedenken gegen einen Abschluß des
Handelsvertrages mit Ungarn im Sinne der Forderungen
der Landwirtschaft und der Mühlenindustrie auf-
zeigen; sie machen damit den ungarischen Unter-
händlern zweifellos eine große Freude, sie stärken
ihre Position und schwächen die Position unserer
Unterhändler. Ich möchte bei dieser Gelegenheit an
die Regierung den ernststen Appell richten, sie möge
mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln trachten,
die gerechten Forderungen der Landwirtschaft und
der Mühlenindustrie bei den Vertragsverhandlungen
mit Ungarn unter allen Umständen durchzusetzen.
Denn wenn sich die Verhandlungen mit Ungarn
noch mehrere Monate hinausziehen, dann ist Ungarn
in der Lage, das Mehl aus der Ernte 1928 nach
Österreich zu werfen, und das Schicksal unserer
österreichischen Landwirtschaft und Mühlenindustrie
ist damit endgültig besiegt. Ich kann nur meinen
Appell wiederholen und bitte besonders den Herrn
Minister Thaler, sich mit seinem ganzen Einfluß
dafür einzusetzen, daß diese Verhandlungen im Sinne
der Forderung unserer Wirtschaft durchgeführt werden.

Es ist auch erfreulich, daß im Voranschlag ein
größerer Betrag für Wasserbauten vorgesehen ist. Wir
haben ja heute schon gehört, daß alle Jahre durch
Hochwasserschäden größere Grundflächen wegge-
schwemmt werden. Nun, heute ist es so, daß, wenn
irgendwo das Hochwasser einen Schaden anrichtet,
sich die beteiligten Gemeinden an die Landesregierung
wenden und um die Vornahme der Regulierung
bitten. Die Landesregierung entsendet in diesem Falle
einen Techniker, läßt ein Projekt, einen Kostenvor-
anschlag ausarbeiten, das Land und der Bund tragen
zu diesen Auslagen 80 Prozent und die interessierten
Kreise, Gemeinden oder Privatbesitzer, 20 Prozent
bei. Nun kommt es sehr häufig vor, daß ein Interessent,
sei es eine Gemeinde oder ein Privatinteressent, den
auf ihn entfallenden Betrag von vielleicht 5 oder
10 Prozent aus prinzipiellen oder vielleicht finan-
ziellen Gründen nicht beisteuert; dann unterbleibt die
Regulierung. Hier, glaube ich, wäre der Hebel an-
zusetzen; denn das nächste Hochwasser, das dann
kommt, nimmt in der Regel weit mehr Grund und
Boden mit, als der Wert dieser 5 oder 10 Prozent
ausmacht. Ich meine, es müßte durch eine gesetzliche
Bestimmung oder im Wege der Verordnung diesem
Übelstande ein Riegel vorgeschoben werden.

Es wurde in diesem hohen Hause vor mehreren
Jahren ein Entschließungsantrag einstimmig ange-

nommen, der dahin geht, es möge ein Gesez-
entwurf über den Verkehr mit Kraftfuttermitteln dem
hohen Hause vom Ministerium für Land- und Forst-
wirtschaft vorgelegt werden. Wir wissen, daß gerade
in den letzten Jahren der Verkehr mit Kraftfuter-
mitteln ganz gewaltig zugenommen hat. Wir konnten
aber auch feststellen, daß heute Kraftfuttermittel in
Verkehr gesetzt werden, die Teile und Substanzen
enthalten, die gesundheitschädlich für die Tiere sind.
Dem einzelnen Landwirt ist es selbstverständlich nicht
möglich, diese Futtermittel auf ihre Echtheit zu unter-
suchen, es fehlen ihm ja die Kenntnisse und auch
die Apparate dazu. Daher wäre es notwendig, diese
Frage im gesetzlichen Wege zu regeln. Bei dieser
Gelegenheit gestatte ich mir auch, darauf hinzuweisen,
daß das Deutsche Reich einen diesbezüglichen Gesetzes-
antrag erst vor kurzer Zeit angenommen hat, der mit
1. März 1928 in Kraft tritt. Ich glaube, im Zuge
der Rechtsangleichung an Deutschland wäre auch
dieses Gesetz in diesem hohen Hause anzunehmen.

Ich möchte auch auf einen Umstand aufmerksam
machen, der sich in der letzten Zeit fühlbar gemacht
hat, und das ist das Verhältnis mit Polen. Wir
wissen ja, Polen hat in der letzten Zeit seine Zölle
valorisiert. Das hat eine gewisse Aufregung in allen
interessierten Ländern hervorgerufen. Nun können wir
feststellen, daß gerade Polen unsere Zölle dadurch
herabzusetzen versucht, daß es nicht, wie es im
Handelsvertrag genau umschrieben ist, ganze Schlach-
tschweine nach Österreich führt, sondern nur die wert-
vollsten Teile, Karrees und Schinken, und sich
dadurch den Zoll verringert. Polen liefert heute
ohnehin schon 90 Prozent des Bedarfes an Schweine-
fleisch nach Österreich. Polen ruiniert unsere
Schweinezucht, und man findet auch heute draußen
auf dem Lande nur mehr wenige Bauern, die sich
auf die Aufzucht von Schweinen und auf die Schweine-
mast verlegen.

Ich komme nun zum Kapitel Pferde-
zucht. Es wurde heute schon von einigen Herren die Wichtigkeit
der Pferde-
zucht in Österreich gestreift. Wir haben
laut Friedensvertrag das gesamte Vollblutgestüt
Radauz kostenlos bekommen. Dieses Gestüt wurde
schon im Jahre 1915, nach Beginn des Krieges,
nach Niederösterreich verlegt, und die wertvollsten
Bestände dieses Gestüts, das englische Vollblut, kamen
auf die Domäne Wieselburg. Diese Domäne mußte
unter Aufwand großer Kosten vom landwirtschaft-
lichen Betrieb auf den Gestütsbetrieb übergeführt
werden.

Nach dem Zusammenbruch mußte einerseits auf
verschiedene Interpellationen hin, anderseits vielleicht
aus deswegen, weil man sich sagte, das kleine
Österreich könne das große Gestüt nicht aufrecht-
erhalten, mit dem Abverkauf der wertvollen Stämme
begonnen werden, und so sind wir auf den Stand
von 35 Mutterstuten herabgekommen. Mit dem Ver-

kauf dieses überaus wertvollen Zuchtmaterials mußte selbstverständlich auch das Zuchtziel und der Zuchtzweck umgestellt werden. Die Aufgabe unseres heutigen Bundesgestüts ist die Zucht des schweren englischen Halbbluts mit den vorhandenen, überaus wertvollen Stämmen. Zuchtzweck ist die Beeinflussung unserer gesamten Warmblutpferdezucht durch die Produktion von schweren, massigen, gängigen Landesbeschälern mit erprobtem Zuchtwert und gutmütigem Charakter. Wenn wir heute das Produkt anschauen, das in unserem Staatsgestüt produziert wird, so muß man zugeben, daß die Erreichung dieses Zieles in verhältnismäßig kurzer Zeit in hervorragender Weise gelungen ist. Wir produzieren heute nicht mehr das Sportpferd, sondern den schweren Warmblütler, der an Masse dem Noriker nicht viel nachsteht, aber in seiner Gängigkeit und bezüglich seiner Bescheidenheit in der Wartung und Fütterung und besonders vermöge seiner hervorragenden Leistungen gegenüber dem Noriker nicht weit zurücksteht.

Der Abbaumahnsinn in unserem Bundesgestüt scheint aber noch nicht beendet zu sein. Es sind jetzt Kräfte am Werk, die darangehen, unser Bundesgestüt ganz umzubringen, und dagegen muß man sich aussprechen. Es scheint hier das Finanzministerium jener Faktor zu sein, der dem Bundesgestüt den Todesstoß geben will. Das Finanzministerium verlangt, daß die 35 Mutterstuten auf 20 reduziert werden. Das ist selbstverständlich ein Unsinn und würde mit der Auflösung unseres Bundesgestüts gleichbedeutend sein. Bei einem Stande von 20 Mutterstuten ist es unmöglich, die erforderlichen Landesbeschälhengste zu produzieren. Ich kann von 20 Mutterstuten im strengsten Fall bei einem hohen Prozentsatz von Trächtigkeit der Stuten 18 Jährlinge bekommen, davon sind die Hälfte Hengste, die erst im dritten und vierten Jahre zur Verwendung kommen. Es ist selbstverständlich, daß bis zum dritten Jahre ein oder zwei Stücke ausscheiden müssen, so daß wir bei dem Stande von 20 Mutterstuten höchstens 5 oder 6 Beschälhengste liefern können. Damit ist aber unseren Landesbeschälstationen nicht gedient. Wir würden damit eine Zucht zerstören, die wir tatsächlich brauchen. Wenn das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft unserem Gestüt mehr Bedeutung beimessen würde, so wäre es in der Lage, den gesamten Pferdebedarf für unser Bundesheer und für die Polizei und den gesamten Bedarf an Geschäfts- und Wirtschaftspferden zu decken. Der Herr Bundesminister anerkennt die Notwendigkeit dieser Einrichtung. Ich möchte ihn nur bitten, sich mit seiner ganzen Kraft und allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln dafür einzusetzen, daß dieser Vorstoß des Finanzministeriums abgewehrt wird.

Bei dieser Gelegenheit muß ich aber auch auf die Personalverhältnisse in diesem Bundesgestüt zurückkommen. Dem Gestüt steht ein Direktor vor, der

eine anerkannte Kapazität auf dem Gebiete der Pferdeezucht ist; sein Ruf als Warmblutzüchter geht weit über die Grenzen von Europa hinaus. Die Wirtschaft führt ein Wirtschaftsinspektor, und die gemeinsame Rechnung von Wirtschaft und Gestüt wird in der Rechnungskanzlei abgewickelt. Nun scheint sich der Herr Wirtschaftsinspektor, der sich weniger als Fachmann in der Landwirtschaft auszeichnet hat, sondern ein ausgesprochener Feind unserer Pferdeezucht ist, der alle erlaubten und nicht erlaubten Mittel dazu verwendet, gegen das Gestüt loszuschießen, sich der Kontrolle seines Vorgesetzten dadurch zu entziehen, daß er sich einfach von der Gestütsskanzlei abgezogen hat, sich in seinem Wirtschaftshofe eine Kanzlei aufgerichtet und sich einen Rechnungsbeamten, der vom Gestüt und der Wirtschaft gar nichts versteht, beigezogen hat — das alles ohne Einwilligung des Ministeriums. Ich kann das nur als eine Betriebsanarchie bezeichnen. Alle Anzeigen, die von seiten des Gestüts an das Ministerium ergangen sind, scheinen, bevor sie den Tisch des Ministers erreicht haben, in den Papierkorb gewandert zu sein. Die Verhältnisse sind gänzlich unhaltbar, und ich möchte den Herrn Minister bitten, hier einmal mit aller Energie Ordnung zu machen.

Bevor ich zum Schlusse komme, möchte ich noch das Kapitel Heimwehren streifen. Es wurde heute wiederholt von Herren der Opposition über die Gründung der Heimwehren gesprochen und den Abgeordneten und Führern der Mehrheitsparteien der Vorwurf gemacht, daß sie diejenigen wären, die die Heimwehrebewegung sozusagen aus dem Boden gestampft haben. Meine sehr verehrten Herren, da irren Sie sich, das müssen wir richtigstellen. Wenn es zur Gründung der Heimwehren in so großem Maße gekommen ist, so sind nicht die Vertreter und Abgeordneten der Mehrheitsparteien, sondern die Ereignisse des 15. Juli daran schuld. Unsere Landbevölkerung konnte es nicht verstehen, daß hier in Wien Leute, die ein Staatsverbrechen begangen haben, oder daß man deswegen, weil Leute ein Staatsverbrechen begangen haben, die Brand gelegt und gemordet haben (*Ruf: Denken Sie an die Bürgermeisterin von Tulln!*), einen Generalfreistreich bei unseren Bundesbahnen und bei der Post inszenierte. Diese Bewegung, der Generalfreistreich, weniger der Brand des Justizpalastes als die Tatsache, daß Sie deswegen, weil hier in Wien Ordnung gemacht wurde, den Generalfreistreich inszeniert haben, gab den Ausschlag. Das läßt sich die Landbevölkerung unter gar keinen Umständen mehr gefallen, und das hat einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Die Mehrheitsparteien sind von der gesamten, vielleicht von 80 Prozent der Landbevölkerung aufgefordert worden, eine Selbstschutzorganisation zu gründen, welche in der Zukunft derartige mutwillige Streiks zu hintertreiben vermöchte. Wir haben uns nie aufgeregt, wenn ein

Generalstreik war, wir haben ihn in der Provinz über uns ergehen lassen, und ich kann Ihnen sagen, uns macht das weniger, wenn wir einige Tage keine Zeitung bekommen und nicht nach Wien fahren können, umgekehrt aber ist die Wiener Bevölkerung mehr daran interessiert. Ich möchte über einen allgemeinen Verkehrsstreik nichts sagen, wenn es sich um wirtschaftliche Fragen dabei handelt. Ein solcher Streik regt unsere Bevölkerung nicht mehr so auf. Aber die Tatsache, daß es ein mutwilliger Streik war, ein Streik deswegen, weil man hier ein Verbrechen unterdrückt hat, gab den Ausschlag. Meine Herren, damit müssen Sie rechnen, daß solche Streiks, wie wir die Verhältnisse draußen kennen, in der Zukunft unmöglich sind. (Beifall.) Das müssen Sie einsehen und verstehen. Wir sind nicht diejenigen, die draußen schüren und die auflodernden Flammen, die man hier und da noch sieht, aufspeitschen — nein, wir sind diejenigen, die löschen wollen, wir wollen es nicht darauf ankommen lassen, daß es uns so ergeht, wie Ihrem Bürgermeister Seitz, der auch ausgezogen ist, die Flammen des Justizpalastes zu löschen, und dann von seinen eigenen Leuten daran verhindert wurde und mit Schande und Spott abziehen mußte. So weit wollen wir es nicht kommen lassen. Wir stellen uns auch in die Bewegung, und Sie können überzeugt sein, daß die Bewegung zu nichts anderem benutzt wird als dazu, die Ordnung zu erhalten und Übergriffe, die wir unter keinen Umständen dulden dürfen, zu hintertreiben. (Müller: Dann dürfen Sie aber auch nicht die Bauern gegen die Städter aufhetzen!) Herr Kollege Müller, auf Ihrer Seite waren diejenigen zu finden, die seit dem Zusammenbruch bis zum 15. Juli den Samen des Terrors und der Aufhebung gesät haben. (Müller: Sie dürfen von Terror nicht reden, sonst werden wir einmal drei Tage lang über den Terror auf dem Lande sprechen!) Jetzt ist es Ihnen freilich unangenehm, daß von den Früchten, die gereift sind, auch andere Menschen naschen. Sie werden das einsehen, meine Herren, und dann erst, wenn Sie das einsehen, wird der Weg frei sein, auf dem in diesem hohen Hause Arbeit geleistet werden kann und auf dem wir unser Vaterland und unser deutsches Volk in Österreich einer besseren Zukunft werden entgegenführen können. (Beifall und Händeklatschen. — Während vorstehender Rede hat Präsident Eldersch den Vorsitz übernommen.)

Folgender gehörig gezeichneter Antrag Lutzenberger u. Gen. wird zur Verhandlung gestellt: „Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft wird aufgefordert, dem bäuerlichen Fortbildungsschulwesen System Hofrat Steinberger (St. Martin bei Graz) sein besonderes Augenmerk zuzuwenden, die finanziellen Mittel für die Anstalt St. Martin in weitgehendstem Maße bereitzustellen und der allgemeinen Ausdehnung der so dringenden Ausbildung

der bäuerlichen Jugend sein ganz besonderes Interesse zu widmen.“

Spezialberichterstatter **Birchegger**: Hohes Haus! Die eingehenden Erörterungen über Kapitel 19, Land- und Forstwirtschaft, überheben mich wohl jeder weiteren Aussprache über dieses Kapitel. Ich möchte aber kurz zu den während der Debatte gestellten Anträgen Stellung nehmen.

Den Antrag des Herrn Abg. Müller u. Gen. bezüglich Einsetzung einer Kommission, die den Verkehr zwischen den Konsumenten- und Produzenten-genossenschaften herzustellen hätte, halte ich für ganz überflüssig, da ja dieser Verkehr innerhalb dieser Organisationen ohne weiteres Platz greifen kann und sich auch bereits tatsächlich durchgesetzt hat.

Den Antrag des Abg. Witzany u. Gen. bezüglich der Beförderung des Kleinwaldes halte ich wegen seiner Tragweite für so gefährlich, daß ich mich nicht dafür aussprechen könnte.

Von dem Abg. Pfaffner u. Gen. sind zwei Anträge bezüglich des Höhlenschutzes und der mit demselben zusammenhängenden Fragen eingebracht worden. Ich würde empfehlen, diese Anträge dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft zuzuweisen, da in diesem Ausschuß eine ganz ähnliche Materie bereits in Behandlung steht.

Den Antrag des Herrn Abg. Lutzenberger u. Gen. bezüglich der Förderung des Fortbildungsschulwesens nach dem System Steinberger empfehle ich dem hohen Hause zur Annahme. (Beifall.)

Geyer (tatsächliche Berichtigung): Hohes Haus! Der Herr Abg. Witzany hat in seiner Rede gesagt, daß der Bundesrat Stöckler zu Neujahr seine sämtlichen Arbeiter entlassen habe. Ich berichtige tatsächlich, daß der Bundesrat Stöckler das ganze Jahr 1927 hindurch nur mit großen materiellen Opfern den Betrieb aufrechterhalten konnte und daß er zu Neujahr wegen des Eintritts der enormen Kälte gezwungen war, den Betrieb einzustellen, weil er kein Holz bekommen konnte, daß heute der Betrieb wieder aufgenommen ist, wenn auch in verringertem Maßstabe, daß er aber die übrigen Arbeiter in den Holzschlägen beschäftigt.

Damit ist die Aussprache über den V. Abschnitt beendet.

Es wird hierauf in die Verhandlung über den VI. Abschnitt: Kapitel 20, Bundesministerium für Handel und Verkehr, Kapitel 21, Handel, Gewerbe, Industrie, Kapitel 22, Bergwesen, Kapitel 23, Bauten, Kapitel 24, Verkehr (Hohheit), Kapitel 28, Titel 1, Post- und Telegraphenanstalt, Titel 4, Montanbetriebe, Titel 5, Kartographisches Institut, Kapitel 29, Titel 1, Bundeszuschuß an die Bundesbahnen, Titel 2, Südbahn (Lasten aus dem Abkommen), Titel 3 bis 9, Übrige Bahnen, eingegangen.

Spezialberichterstatter **Partif**: Hohes Haus! Bei Kapitel 20, „Bundesministerium für Handel und

Verkehr“, betragen die Bundesausgaben die Summe von 5.962.080 S., die Einnahmen 1.338.732 S.

Der Titel 1, Handel und Verkehr, umfaßt den Regieaufwand des Bundesministeriums für Handel und Verkehr. Der Personalstand beträgt insgesamt 523 gegen 526 im Vorjahre.

Unter dem Titel 2 ist der Regieaufwand der Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung veranschlagt. Der Personalstand bei der Generaldirektion ist mit 324 Köpfen präliminiert.

Der Mehraufwand bei den persönlichen Ausgaben beträgt insgesamt 412.455 S., wovon auf den Titel 1 311.564 S. und auf den Titel 2 100.890 S. entfallen.

Die Sachausgaben weisen gegenüber 1927 eine Steigerung von zusammen 76.244 S. auf, und zwar von 56.944 S. beim Titel 1 und von 19.300 S. beim Titel 2. Der Mehraufwand beruht auf der bisherigen unzulänglichen Dotierung einzelner Ausgabenposten.

Die Einnahmen des Kapitels 20 sind gegen das Vorjahr höher um 106.059 S. Von den Mehreinnahmen entfallen auf Titel 1 24.659 S.

Im Kapitel 21 betragen die Ausgaben insgesamt 15.280.998 S., die Bundeseinnahmen sind mit 4.402.379 S. präliminiert. Beide Ansätze weisen also gegen 1927 eine Steigerung von 1.691.429 S., beziehungsweise von 339.920 S. auf. Die Mehrausgaben beim Personalaufwand im Gesamtbetrage von 888.236 S. beruhen im allgemeinen auf den Auswirkungen des Gehaltsgesetzes sowie in der Durchführung des Stellenplanes und sind ferner dadurch bedingt worden, daß der im Jahre 1927 neben dem Interkalaraabstrich vorgesehene 3prozentige Pauschalabstrich von zusammen 277.289 S. im Jahre 1928 in Wegfall kommt.

Die Steigerung des Aufwandes bei den Sachausgaben macht beim Kapitel 21 zusammen 803.193 S. aus.

Die Einnahmen der Handelsstatistik, die in der Hauptsache aus der handelsstatistischen Gebühr fließen, sind mit 1.108.000 S. veranschlagt und übersteigen die erhöhten Kosten der Handelsstatistik um den Betrag von 388.000 S.

In der für Handelsberichterstattung und sonstige Zwecke der Exportförderung vorgesehenen Summe von 24.000 S. ist ein Betrag von 20.000 S. enthalten, der zum Erfasse der der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie in Wien durch Übernahme der Agenden der praktischen Außenhandelsförderung der ehemaligen Amtsabteilung des Handelsmuseums erwachsenen Mehrauslagen dient.

Der Restbetrag von 4000 S. ist sonstigen Exportförderungszwecken vorbehalten. Da dieser Betrag wohl äußerst gering bemessen ist, beantrage ich eine Erhöhung der in Rede stehenden Post um 20.000 S., wonach von 24.000 S. auf 44.000 S. Eine Störung

des Gleichgewichtes des Budgets ist durch diesen Antrag nicht zu gewärtigen, da hierfür die durch Streichung der beim Voranschlage des Bundeskanzleramtes vorgesehenen Post „Lokale Preisprüfstellen“ in gleicher Höhe frei gewordenen Mittel herangezogen werden können.

Die beim Gewerbeförderungsdienste als Unterabteilung 2 eingestellte und mit 120.000 S. dotierte Sachpost für Förderungsmittel hat gegen das Vorjahr eine Erhöhung um 40.000 S. erfahren.

Beim Patentwesen ist zu bemerken, daß den Ausgaben für dieses Amt an hauptsächlichsten Einnahmen der Patentverwaltung die im Budget der Finanzverwaltung mit 1.450.000 S. veranschlagten Eingänge an Patentgebühren gegenüberstehen.

Beim Technischen Versuchswesen sind für das kommende Jahr zur Errichtung und Ausgestaltung technischer Versuchsanstalten als neuer Aufwand 10.000 S. hinzugekommen, eine Maßnahme, die nur wärmstens begrüßt werden kann.

Das Budget des Gewerblichen Bildungswezens ist, abgesehen von automatischen Mehraussparungen, die sich beim Personalaufwand ergeben, gegen das Vorjahr im wesentlichen unverändert geblieben, da die finanzielle Lage leider nicht gestattet, höhere Aufwendungen zuzugestehen.

Ich beantrage, das hohe Haus möge den Kapiteln 20 und 21, „Bundesministerium für Handel und Verkehr“ und „Handel, Gewerbe, Industrie“, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen. (Beifall.)

Spezialberichterstatter **Klimann**: Beim Kapitel 22, „Bergwesen“, sind die Ausgaben mit 876.580 S., die Einnahmen mit 329.710 S. veranschlagt.

Die gesteigerten Personalauslagen sind auf die Auswirkungen des Gehaltsgesetzes und auf die Durchführung des Dienstpostenplanes für das Jahr 1928 zurückzuführen.

Der erhöhte Sachaufwand bei den Bergbehörden ist mit der Einstellung von Reisekosten für Erhebungen im Parteieninteresse und mit der besseren Dotierung bisher unzulänglich bedachter Posten zu begründen. Für die Heranbildung bergbehördlicher Beamter erscheint wie im Vorjahre eine bescheidene Summe vorgesehen, und zwar soll durch Stipendien für absolvierte Juristen oder Montanisten der Nachwuchs an bergbehördlichen Beamten, für welche die Absolvierung der juristischen und montanistischen Studien gesetzlich vorgeschrieben ist, sichergestellt werden.

Die Sachausgaben für die Montanistische Hochschule in Leoben sind gegen 1927 um rund 40.000 S. gesteigert, und ist insbesondere der Kredit zur Anschaffung und Instandhaltung von Lehrmitteln um rund 11.000 S. erhöht worden, um die Lehrkanzeln der Hochschule weiter ausgestalten zu können.

An der Montanistischen Hochschule in Leoben, der einzigen Hochschule für das Berg- und Hütten-

wesen in Österreich, waren im Studienjahre 1926/27 365 Hörer eingeschrieben. Von diesen waren 196 Inländer, 92 deutsche Ausländer und 77 sonstige Ausländer. Gegenüber dem Studienjahre 1925/26 ist die Höreranzahl um 44 gesunken; in den Jahren 1904 bis 1914 waren im Jahre durchschnittlich 415 Hörer immatrikuliert.

An der Montanistischen Hochschule in Leoben werden nach dem Dienstpostenplan 1928 14 ordentliche Professoren, 1 außerordentlicher Professor, 3 ordentliche und 14 außerordentliche Assistenten, insgesamt also 32 Lehrkräfte wirken.

Der zur Erhaltung und Erwerb von Bergbauberechtigungen präliminierte Betrag von 50.000 S dient zur Bauhaltung aufgelassener Bergbaue und soll weiters die Durchführung von Schurfarbeiten ermöglichen.

Die Einnahmen beim Kapitel „Bergwesen“ sind gegen das Jahr 1927 etwas zurückgegangen. Erhöht erscheinen die Einnahmen bei den Bergbehörden infolge Einstellung von Kommissionsgebühren, während bei der Montanistischen Hochschule in Leoben die Unterrichtsgebühren im Hinblick auf die zurückgegangene Hörerzahl niedriger veranschlagt sind. Der Rückgang der Einnahmen aus Montangebühren erklärt sich aus der Verringerung des Ertragnisses an Freischurfgebühren infolge Nachlassens der Schurftätigkeit.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt den Antrag (*liest*):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 22, „Bergwesen“, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1928 wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.“ (*Beifall.*)

Spezialberichterstatter **Steiner**: Hohes Haus! Beim Kapitel 23, „Bauten“, sind die Bundesausgaben insgesamt mit 53.099.170 S und die Bundes-einnahmen zusammen mit 2.444.872 S veranschlagt.

Von den Ausgaben sind 2.276.650 S persönliche und 50.822.520 S sachliche Ausgaben. In dem letzteren Betrag ist eine Summe von 28.024.000 S für Investitionen inbegriffen.

Gegenüber dem Jahre 1927 beträgt der Mehraufwand bei den persönlichen Ausgaben 379.107 S, bei den sachlichen Ausgaben 17.711.590 S, hierunter für Investitionen 14.407.000 S.

Der Mehraufwand bei den Straßenbauten ergibt sich insgesamt mit 13.543.000 S. Davon entfallen auf die Erhaltungsarbeiten 1.000.000 S, auf die Neubauten und Anschaffungen 1.543.000 S und auf die neue eingestellte Post „planmäßige neuzeitliche Instandsetzung der Bundesstraßen“ 11.000.000 S.

Für die planmäßige neuzeitliche Instandsetzung der Bundesstraßen ist also ein Betrag von 11.000.000 S eingestellt, mit welchem der systematische Ausbau der Bundesstraßen, das ist die Anpassung derselben an die Bedürfnisse des neuzeitigen Verkehrs, eingeleitet werden soll.

Die Ausgaben für Hochbauten sind um 3.564.000 S höher, und es entfallen davon auf laufende Bau-maßnahmen 2.000.000 S und auf außergewöhnliche Neubauten 1.564.000 S.

Den Erläuterungen zum Entwurfe des Bundesfinanzgesetzes für 1928 ist zu entnehmen, daß im Ansatze für die Hochbauten ein Teilbetrag von 2.000.000 S für den Wiederaufbau des Justizpalastes bestimmt ist.

Für Zwecke der Bundesgebäudeverwaltung werden insgesamt um 599.000 S mehr angefordert, welcher Betrag sich folgendermaßen verteilt: Gebäudeverwaltung 105.000 S, Gartenverwaltung 450.000 S und Tiergarten Schönbrunn 44.000 S. Von den vorstehenden Mehransprüchen entfallen 300.000 S auf Investitionen, die der Gartenverwaltung zugute kommen.

Die Einnahmen des Bautenkapitels sind im gesamten um 391.900 S gesteigert und betreffen die Mehreinnahmen hauptsächlich die Bundesgebäudeverwaltung.

Vom Herrn Abg. Hampel ist ein Entschließungsantrag eingebracht worden, der vom Ausschuß zur Genehmigung empfohlen wird.

Im übrigen empfehle ich dem hohen Hause den Antrag des Finanz- und Budgetausschusses (*liest*):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 23, „Bauten“, des Bundesvoranschlages für 1928 wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.“

Spezialberichterstatter Dr. **Straffner**: Die Ausgaben für das Kapitel 24, „Verkehr (Hohheit)“, sind präliminiert mit 2.259.400 S, die Einnahmen mit 50.500 S. Die Ausgaben verteilen sich auf die Erhöhung der Fremdenverkehrsförderung, auf die Förderung des Luftfahrwesens sowie auf die Förderung der Schifffahrt, namentlich der Binnenschifffahrt auf den Salzammergutsees.

Die Einnahmen bestehen in Eingängen aus der staatlichen Flugplatzbetriebsführung, aus Rückersätzen von Kosten anlässlich der Handhabung der Schifffahrtspolizei usw.

Ich verweise im übrigen auf den schriftlichen Bericht.

Bei der Behandlung des Kapitels 24 sind mehrere Beschlusanträge gestellt worden. Drei Beschlusanträge wurden, weil keine Detailprojekte, ja nicht einmal Generalprojekte vorlagen, dem Ausschuß für Verkehrsweisen zugewiesen, drei Anträge wurden vom Ausschusse zur Annahme hier im Hause beantragt.

Ich bitte das hohe Haus, dem Kapitel 24 die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen zu wollen.

Spezialberichterstatter **Seisinger**: Hohes Haus! Der Finanz- und Budgetausschuß hat das Kapitel 28, Titel 1, „Post- und Telegraphenanstalt“, in zwei Sitzungen in Behandlung gezogen. Die Gesamt-

einnahmen der Post- und Telegraphenanstalt sind für das Jahr 1928 mit 207,291.600 S angenommen. Ihnen gegenüber stehen Gesamtausgaben von 207,138.100 S. Es sind dies die reinen Betriebsausgaben, für die die Post- und Telegraphenanstalt selbst aufzukommen hat. Zur Deckung der Investitionsausgaben von 75,493.600 S erhält die Post- und Telegraphenanstalt einen kassenmäßigen Nettzuschuß, das heißt, einen Zuschuß, der nach Abrechnung des als Bundeseinnahmen abzuführenden kassenmäßigen Betriebsüberschusses von 153.500 S den Betrag von 75,340.100 S ausmacht.

Im Laufe der Wechselrede im Finanz- und Budgetausschuß haben eine Reihe von Frauen und Herren zu diesem Kapitel Stellung genommen und die Vertreter der Post- und Telegraphenanstalt — sowohl der Herr Minister als der Herr Generaldirektor — haben erklärt, daß die Post- und Telegraphenanstalt so wie im Vorjahr auch heuer bestrebt sein wird, den Wünschen und Beschwerden der Bevölkerung in bezug auf die Anstalt weitestgehend entgegenzukommen und die Anstalt, die heute bereits eine musterzügliche ist, auszubauen.

Es sind zwei Anträge eingebracht worden: Ein Antrag, der abgelehnt und als Minderheitsantrag angemeldet wurde, und ein Entschließungsantrag, den ich zur Annahme empfehle.

Ich stelle namens des Finanz- und Budgetausschusses den Antrag (liest):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 28, Titel 1, „Post- und Telegraphenanstalt“, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1928 wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.“

Spezialberichterstatter Dr. **Weidenhoffer**: Hohes Haus! Die verehrten Damen und Herren haben den Bericht in Händen und ich will mich daher bloß auf folgende Feststellung beschränken: Die Montanbetriebe sind leider Gottes heute noch immer ein Passivbetrieb des Staates, sie befinden sich aber durch fortwährende Investitionen in ununterbrochener Reorganisation und Ausgestaltung, so daß es, wenn man die Entwicklung vom Jahre 1923 angefangen betrachtet, zulässig erscheint, die Hoffnung auszusprechen, daß die Montanbetriebe schließlich sich angesichts des fortwährenden Anstiegens ihrer Erfolge und des Sinkens des Betriebsabganges zu dauernd aktiv arbeitenden Betriebszweigen des Staates gestalten werden.

Der Finanz- und Budgetausschuß nahm den Titel „Montanbetriebe“ unverändert an und stellt den Antrag (liest):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 28, Titel 4, „Montanbetriebe“, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1928 wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.“

Spezialberichterstatter Dr. **Gampel**: Hohes Haus! Indem ich hinsichtlich der ziffermäßigen Ansätze auf den vorliegenden Bericht verweise, möchte ich mir einen Umstand hervorheben, der bei Kapitel 28, Titel 5, hervortritt, nämlich auf eine Nachtragsbewilligung in der Höhe von 20.000 S.

Diese Mehrbelastung ist darauf zurückzuführen, daß das Institut, dem bisherigen Vorgang entsprechend, den seit dem Jahre 1926 gleichgebliebenen Pauschalbeitrag für Ruhe- und Versorgungsgenüsse ehemaliger Institutsangehöriger in Monatsraten abgestattet hat, nunmehr aber verhalten ist, die tatsächlich an die Pensionsparteien des Kartographischen Institutes ausbezahlten Ruhe- und Versorgungsgenüsse auf sich zu nehmen.

Es wird demnach beantragt, die im Entwurf des Finanzgesetzes bei Kapitel 28, Titel 5, § 1, vorgesehenen Betriebsausgaben für den Personalaufwand und den Summebetrag um je 20.000 S zu erhöhen und die gleiche Erhöhung auch bei Kapitel 28, Titel 5, § 1, Betriebseinnahmen, einzustellen.

Im übrigen beantragt der Finanz- und Budgetausschuß (liest):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 28, Titel 5, „Kartographisches Institut“, des Bundesvoranschlages für 1928 wird mit den vom Ausschuß beschlossenen Änderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.“

Spezialberichterstatter Dr. **Odehnal**: Hohes Haus! Nach dem Ertragsvoranschlag der Bundesbahnen ist auf der Sollseite ein Ertrag von 6,5 Millionen Schilling für die „Kassenverwaltung“ und ein Betrag von 27,6 Millionen Schilling für den „Schuldbendienst“ ausgewiesen. Auf der Habenseite wird mit einem Betriebsüberschuß von 7,7 Millionen Schilling gerechnet, so daß sich ein Reinverlust (Gehaltsabgang) von 26,4 Millionen Schilling ergibt, der durch die Überlassung der Eisenbahnverkehrssteuer im gleich hohen Betrag kompensiert wird. Der Betriebsüberschuß von 7,7 Millionen Schilling ist unter der Annahme errechnet, daß sich die Betriebseinnahmen im Jahre 1928 etwas — und zwar auf 55,3,3 Millionen Schilling — steigern und die Betriebsausgaben auf 54,5,6 Millionen Schilling zurückgehen werden. Der Personalstand bei den Bundesbahnen einschließlich der Privatbahnen, die im Betriebe der Bundesbahnen stehen, beträgt rund 82.000 Angestellte. Der Pensionsaufwand ist für 38.200 bezugsberechtigte Altpensionisten mit 79 Millionen Schilling und für die 21.830 bezugsberechtigten Neupensionisten mit 61,5 Millionen Schilling berechnet. Es sind weiters in diesem Kapitel Beträge für Garantievorschüsse für Privatbahnen, Begünstigungen auf Grund der Lokalbahngeetze und Vergütungen an die Bundesbahnen für ausständige

Betriebskosten der Privatlokalbahnen, dann für einen Anteil am Betriebsabgang der Wiener Stadtbahn eingesetzt. Weiters ist ein Betrag von 3.22 Millionen Schilling für den Bau, beziehungsweise die Trassierung neuer Bahnen eingesetzt.

In der Debatte über dieses Kapitel haben die Abg. Volker und Pölzer Entschließungsanträge eingebracht, die meinem gedruckten Berichte angeschlossen sind. Ich bitte, diese Entschließungsanträge anzunehmen und dem Kapitel 29, „Eisenbahnen“, des Bundesvoranschlages für 1928 die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Frau Freundlich: Hohes Haus! Bei den Verhandlungen, die über dieses Kapitel im Finanz- und Budgetausschuß stattgefunden haben, wurde sehr ausführlich und eingehend über die Frage gesprochen, ob unsere österreichische Wirtschaft lebens- und entwicklungsfähig ist und ob wir erwarten können, sie werde ebenso wie in den anderen Staaten Europas, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse konsolidiert wurden, eine größere Stabilität erreichen. Es ist dabei ganz interessant gewesen, daß auch die Redner der Mehrheitsparteien dieses Hauses durchaus keine einheitliche Auffassung über die wirtschaftlichen Verhältnisse in unserem Land und deren Zukunft hatten. Während wir seit einer ganzen Reihe von Jahren von den Bänken der Mehrheit immer wieder das Lied ertönen hörten, daß Österreich saniert und gerettet ist, hat diesmal der Herr Abg. Streeruwitz die Zukunft und die Gegenwart der österreichischen Wirtschaft in den schwärzesten Farben gemalt. Ich glaube nicht, daß die Opposition jemals in einem ähnlichen Ton des Pessimismus über die wirtschaftlichen Verhältnisse in Österreich gesprochen hat, wie es in den Debatten des Ausschusses der Herr Abg. Streeruwitz getan hat. Er hat der österreichischen wirtschaftlichen Entwicklung ein schlechtes Horoskop gestellt, und es hat dann ja auch bei dem Kapitel „Finanzen“ der Herr Finanzminister gegen diese pessimistische Auffassung in vieler Hinsicht Stellung genommen.

Ich glaube aber, daß es notwendig ist, daß wir bei den Ausführungen und Verhandlungen, die wir über das Kapitel Handel und Verkehr abführen, auch eine Betrachtung anstellen, wie sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Österreich in den letzten Jahren entwickelt haben und welche Aussichten sich unserer künftigen Entwicklung in Österreich bieten. Wir haben in Österreich in den letzten Jahren viel weniger auf dem Gebiete der Konjunkturforschung, auf dem Gebiete der statischen Erhebung über unsere wirtschaftliche Entwicklung geleistet als in vielen anderen Ländern, und erst in der letzten Zeit ist ja ein Institut geschaffen worden, welches auch bei uns regelmäßig einen Barometer für unsere wirtschaftliche Entwicklung aufstellt. Allerdings hat das For-

schungsinstitut für Konjunkturentwicklung gewöhnlich eine weit optimistischere Auffassung von unserer wirtschaftlichen Entwicklung, als es dann von den einzelnen wirtschaftlichen Kreisen bestätigt wird. Immerhin können wir, wenn wir die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre verfolgen, einige Beobachtungen feststellen, die gewiß für die Führung unserer Handelspolitik und den weiteren Verlauf unserer wirtschaftlichen Entwicklung von ausschlaggebender Bedeutung sind. Es ist nicht zu leugnen, daß Österreich eine außerordentlich schwierige wirtschaftliche Situation hat. Wir sind eben kein Staat, der sich aus einer wirtschaftlichen Notwendigkeit heraus entwickelt hat, wir sind kein Wirtschaftsgebiet, das sich langsam, allmählich und organisch aufbauen konnte, sondern wir sind ein Wirtschaftsgebiet, das man eines Tages künstlich zurechtgeschneidert hat, ein kleiner Rest, der, wie ja heute schon vielfach auch vom Ausland anerkannt wird, durchaus nicht organisch ist, der auf der einen Seite eine zu große industrielle Produktion und auf der anderen Seite eine zu kleine landwirtschaftliche Produktion besitzt, ein Staat, der fast gar keine Rohstoffe sein eigen nennt und somit gezwungen ist, einen großen Teil seiner Rohstoffe zu importieren, ein Staat, der auf der anderen Seite noch immer einen großen Teil seiner Lebensmittel importieren muß, ein Staat, der aus allen diesen Gründen angewiesen ist, mindestens einen großen Teil der Dinge, die er in seiner Industrie erzeugt, wieder zu exportieren. Wir haben in Österreich Industrien, die gezwungen sind, 70 und 80 Prozent, ja sogar 90 Prozent ihrer Erzeugung zu exportieren. Daraus entstehen natürlich Schwierigkeiten, und es ist deshalb nicht zu verwundern, daß die Konsolidierung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse langsamer vor sich geht, als dies in den übrigen Staaten Europas in den letzten Jahren geschehen ist.

Aber wir dürfen doch auch nicht verkennen, daß wir in unserem eigenen Land einen sehr beschränkten Absatzmarkt haben, daß $6\frac{1}{2}$ Millionen Menschen natürlich niemals eine Basis für die Entwicklung einer großen Industrie bilden können, wenn diese Industrie nicht die Möglichkeit hat, eben eine Exportindustrie zu sein. Wir haben schon einige Male bei der Verhandlung wirtschaftlicher Fragen darauf hingewiesen, Österreich befindet sich in einer ähnlichen Situation wie England. Auch England ist ein Staat, der eine überwiegend industrielle Entwicklung aufweist, der auf den Export angewiesen ist und der seit Jahrzehnten sein Augenmerk darauf richtet, den Handelsverkehr mit der übrigen Welt in jeder Weise zu fördern. Hier liegt nun gewiß ein Fehler unserer Handelspolitik. Wir haben in den letzten Jahren eine Handelspolitik sich entwickeln gesehen, die die Türen nach den anderen Staaten durchaus nicht geöffnet, sondern vielfach geschlossen hat. Wir sehen

es gerade jetzt, in welcher außerordentlich schwierige Situation man unsere handelspolitische Entwicklung gebracht hat, wenn wir vergleichen, wie schwer es ist, die neuen Lebensmittelzölle, die neuen Zölle für Getreide und Mehl, Fleisch und Vieh bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Jugoslawien und Ungarn durchzusetzen. Die „Reichspost“ hat erst vor einigen Tagen in einem Artikel, in dem sie sich eingehend mit den Handelsvertragsverhandlungen beschäftigt, zur Geduld gemahnt, sie hat damals erklärt, es sei unmöglich, diese Verhandlungen können nicht so schnell ein Ergebnis bringen, es sei im Gegenteil ganz selbstverständlich, daß es erst nach langen und schwierigen Verhandlungen möglich sein wird, zu einem Resultat zu kommen.

Der Herr Abg. Fahrner hat heute den Minister für Landwirtschaft aufgefordert, er soll alles daransetzen und kein Mittel unversucht lassen, damit die Handelsverträge mit Ungarn und Jugoslawien möglichst schnell abgeschlossen werden können, das heißt, wenn man es aus den etwas allgemein gefaßten Worten des Herrn Abg. Fahrner in die eigentliche Forderung überseht, die von den landwirtschaftlichen Kreisen erhoben wird: Kündigung der Handelsverträge mit Jugoslawien und Ungarn. Wir haben gesehen, wie ungeheuer erschwert unsere wirtschaftliche Entwicklung durch die Kündigung des Handelsvertrages mit der Tschechoslowakei wurde, wie außerordentlich lange es gedauert hat, bis wir mit diesem Nachbarstaat zu neuen Vereinbarungen kommen konnten, und wir müssen die Gelegenheit benutzen, um unsere warnende Stimme neuerlich zu erheben und zu sagen, man darf an eine Kündigung der Handelsverträge mit Ungarn und Jugoslawien nicht denken.

Man erklärt uns immer wieder: wenn die österreichische Landwirtschaft imstande ist, ihre Produktion zu heben und einen Teil der Nahrungsmittel selbst zu produzieren, die wir jetzt einführen, dann wird nicht nur das Passivum unserer Handelsbilanz geringer werden, sondern werden wir auch im Lande selbst einen größeren Absatzmarkt finden. Es haben landwirtschaftliche Kreise, und zwar die n. ö. Landes-Landwirtschaftskammer berechnet, daß, wenn wir imstande sind, die Zollerhöhungen, die unsere letzte Zolltarifnovelle vorsieht, voll und restlos durchzusetzen, also imstande sind, von den Ungarn und Jugoslawen die Konzession zu erhalten, daß sie wirklich die Erhöhung der Lebensmittelzölle restlos anerkennen, dann erst der österreichischen landwirtschaftlichen Bevölkerung eine Mehreinnahme von 20 Millionen Schilling geboten werden wird. Wenn wir dem gegenüberhalten, wie ungeheuer groß die Mengen sind, die die österreichische Industrie absetzen muß, um aus ihrer wirklich schweren und unerträglichen Krise herauszukommen, dann sieht man, die Basis, die man da schaffen will, ist doch viel

zu schmal. Die 20 Millionen Schilling werden die österreichische Industrie nicht retten, im Gegenteil, sie werden ihren Absatz erschweren, es wird die Arbeitslosigkeit steigen und das, was wir an Konsum in der landwirtschaftlichen Bevölkerung gewinnen, werden wir auf den städtischen Märkten wieder verlieren. Ich möchte dabei auf folgendes hinweisen: wenn wir die letzten Statistiken unserer Handelsbilanz eingehend zergliedern, können wir feststellen, daß die Steigerung der Ausfuhr bei lebenden Tieren, Nahrungsmitteln und Getränken eine ganz beträchtliche ist, und auf der anderen Seite ein Rückgang der Einfuhr bei lebenden Tieren, Lebensmitteln und Getränken zu verzeichnen ist. Wir können demnach feststellen, die landwirtschaftliche Produktion hat sich in den letzten Jahren gebessert, ohne daß die Landwirtschaft jene Schutzzölle besessen hat, die ihr in der neuen Zolltarifnovelle gegeben werden. Das ist ein Zeichen dafür, daß die Landwirtschaft diese Zölle nicht unbedingt braucht, denn wenn sie sie unbedingt brauchen würde, dann hätte sie sich nicht entwickeln können, dann wäre ein Stillstand eingetreten, und dann hätte man mit Berechtigung sagen können: die Landwirtschaft kann sich nicht entwickeln. Wir sehen aber das Gegenteil: die landwirtschaftliche Produktion hat sich entwickelt, ohne daß sie jenen Zollschutz hatte, den man ihr heute geben will. Ich möchte aber gleich darauf hinweisen, die deutsche Landwirtschaft hat viel höhere Zölle, als die österreichische auch nach der neuen Zolltarifnovelle erhalten wird. In Deutschland muß man jetzt eine eigene Aktion durchführen, um die Not der Landwirtschaft zu lindern, weil die Zölle, nicht imstande sind, der Landwirtschaft jene Entwicklung zu sichern, die sie braucht. Man hat in Deutschland in der letzten Zeit eine ganze Reihe von Vorschlägen gemacht, die sich dem Vorschlage nähern, den wir seinerzeit gemacht hatten, um die landwirtschaftliche Produktion zu steigern, ohne die Industrie durch neue Lebensmittelzölle zu belasten. Man macht in Deutschland jetzt den Vorschlag, Mast- und Zuchtprämien zu verteilen. Die Vorschläge, die unsere Mehrheitsparteien abgelehnt haben, wogegen sie sich wendeten, weil sie erklärten, dies sei ganz unmöglich, es würde ein zu schwerfälliger bürokratischer Apparat notwendig sein, um die Mast- und Zuchtprämien zur Verteilung bringen zu können, wird jetzt in Deutschland vorgeschlagen. Das Deutsche Reich will sogar noch vor der Auflösung des Reichstages einen sehr hohen Betrag bewilligen, man spricht von 25 Millionen Goldmark, die ausschließlich dazu verwendet werden sollen, um Zucht- und Mastprämien verteilen zu können. Sie sehen, die Vorschläge, die bei uns abgelehnt worden sind, werden nun vom Deutschen Reich übernommen. Sie sehen, unsere Landwirtschaft könnte heute schon im Besitze dieser Zucht- und Mastprämien sein, ohne daß wir irgendeine Gefahr für

die österreichische Industrie heraufbeschworen hätten, während heute die Landwirtschaft keine höheren Zölle hat, man heute noch gar nicht weiß, wann die Landwirtschaft diese höheren Zölle bekommen wird, die Industrie aber heute schon in Jugoslawien, Ungarn und Rumänien Schwierigkeiten findet, weil eben die Wirtschaft dieser Staaten schon mit den erhöhten Lebensmittelpreisen rechnet. Die Zollerhöhungen haben niemandem geholfen.

Wenn wir uns nun die Statistik der Handelsbilanz ansehen, die von der industriellen Ein- und Ausfuhr handelt, so können wir auch da eine kleine Besserung feststellen. Wir sehen, wir haben eine Zunahme an Brennstoffen, an Rohmaterialien und Halbfabrikaten auf der Einfuhrseite. Das ist ein Beweis dafür, daß doch einige unserer Industrien heute schon wieder mit einer größeren Kapazität arbeiten. Wir wollen nun die verschiedenen Fehlerquellen und die Edelmetalleinfuhr aus der Aufstellung unserer Handelsstatistik ausschalten. In Deutschland rechnet man, daß sich auf der Einfuhrseite der Statistik eine Fehlerquelle von ungefähr 3 bis 5 Prozent ergibt, daß die Einfuhr also gewöhnlich nur 3 bis 5 Prozent zu niedrig angenommen wird, daß sich hingegen auf der Ausfuhrseite wieder eine Fehlerquelle von $1\frac{1}{2}$ Prozent ergibt, die Ausfuhr zu hoch eingeschätzt wird. Wenn wir diese zwei Fehlerquellen berücksichtigen und außerdem die Edelmetalleinfuhr ausschalten, sehen wir, daß der Einfuhrüberschuß im Jahre 1927 ungefähr dieselbe Höhe hatte wie im Jahre 1926, daß also unser Handelspassivum doch schon eine gewisse Stabilität erreicht hat und nicht steigt. Da wir sehr bescheidene Leute sein müssen, wenn wir die österreichische wirtschaftliche Entwicklung betrachten, können wir darin schon eine Verminderung der Gefahren sehen, die unserer Wirtschaft drohen. Im Jahre 1926 hat der Einfuhrüberschuß 1062,2 Millionen Schilling betragen und im Jahre 1927 1062,9 Millionen Schilling; er hat demnach nur eine Steigerung von 700.000 S zu verzeichnen. Wenn wir aber weiter in Betracht ziehen, daß wir die Schwierigkeit vor allem durch die steigende Konjunktur in Deutschland überwunden haben, die auch vielen unserer Industrien die Möglichkeit bot, Waren in das Deutsche Reich zu exportieren; wenn wir sehen, wie heute schon, ohne daß wir ein einheitliches Wirtschaftsgebiet wären, die Entwicklung der deutschen industriellen und wirtschaftlichen Verhältnisse auch auf die Entwicklung unserer österreichischen Wirtschaft zurückwirkt, so zeigt sich heute schon das Vorhandensein einer Wirtschaftsgemeinschaft mit dem Deutschen Reich, die eine Schicksalsgemeinschaft bilden. Auf meine Ausführungen, daß es notwendig wäre, dieser Tatsache Rechnung zu tragen, und heute schon unsere ganze Wirtschaftspolitik auf den Anschluß an Deutschland einzustellen, wenn er sich

auch noch nicht vollzogen, auf meine diesbezüglichen Vorschläge hat der Herr Abg. Streeruwitz geantwortet, man solle sich nicht an Deutschland „anbiedern“. Ich muß gestehen, meine Herren, daß ich nicht recht verstehe, was man mit dem Worte „anbiedern“ in wirtschaftlicher Beziehung meint. Ich glaube, die heutige Situation zwingt uns, jeden Weg zu betreten und jede offene Tür zu benutzen, die uns einen Weg ins Freie eröffnet. Wenn wir sehen, daß unsere Ausfuhr nach Deutschland sich heute günstiger gestaltet als unsere Ausfuhr in die Nachfolgestaaten — ein deutlicher Beweis dafür, daß die Nachfolgestaaten gar keine Wirtschaftsgemeinschaft mit uns wünschen und daß die Entwicklung in diesen Staaten ganz andere Bahnen einschlägt, als man sie ihnen früher einmal politisch vorzuschreiben bemüht war —, dann müssen wir doch erkennen, wir müssen alles tun, um diese gemeinsame wirtschaftliche Entwicklung der deutschen und der österreichischen Wirtschaft auch wirklich mit aller Energie vorzubereiten. Es ist ja gerade jetzt ein Minister der verantwortliche Ressortchef dieses Ministeriums, der in seinem Parteiprogramm die Forderung nach dem Anschluß an das Deutsche Reich hat, und man müßte erwarten, daß der Herr Minister jede Gelegenheit ergreift, um den wirtschaftlichen Zusammenschluß, die Vorbereitung der gemeinsamen wirtschaftlichen Arbeiten nach jeder Richtung hin zu fördern. Wir kommen aber bei allen Betrachtungen immer wieder zu der Erkenntnis, wir müssen ein größeres Wirtschaftsgebiet suchen, wir können ohne dieses größere Wirtschaftsgebiet aus den wechselnden Krisen unserer Wirtschaft nicht herauskommen, wir können die juchendbar schmale Basis unserer wirtschaftlichen Existenz sonst nicht überwinden. Wir müssen deshalb immer wieder darauf hinweisen, daß wir vor allem wirtschaftlich, vielleicht wirtschaftlich in einem noch weit höherem Maße als politisch, eine enge Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reiche brauchen. Wenn wir die Ziffern betrachten, so werden wir sehen, daß unsere Ausfuhr in die Nachfolgestaaten von 51,36 Prozent im Jahre 1924 auf 39,92 Prozent im Jahre 1926 zurückgegangen ist. Dagegen ist die Einfuhr nach Deutschland in derselben Zeit um 170 Millionen Schilling gestiegen. Da haben Sie den ziffermäßigen Beweis für die Notwendigkeit, daß wir unsere Wirtschaftspolitik mehr nach dem Westen als nach dem Osten orientieren.

Ich möchte darauf hinweisen, daß man in der letzten Zeit zu wiederholten Malen auf internationalen Wirtschaftskonferenzen — auch die internationalen Handelskammern haben sich dafür ausgesprochen — den Standpunkt vertreten hat, zwischen den einzelnen Staaten Handelsverträge zu schließen, die man Kollektivverträge nennt, und die die Aufgabe haben, vor allem gewisse Staaten zu einer wirtschaftlichen

Gemeinschaft zusammenzuschließen. Wir haben sicherlich auch auf diesem Wege die Möglichkeit einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Deutschland. Ich möchte darauf hinweisen, daß wir in der letzten Zeit schon gegenseitig einige Vorteile aus den Handelsverträgen erzielen konnten, die auf der einen Seite Deutschland mit Frankreich, auf der anderen Seite Österreich mit der Tschechoslowakei abgeschlossen hat. Wir konnten einige Vorteile gewinnen aus dem neuen Handelsvertrage zwischen Deutschland und Frankreich; aus dem Handelsvertrage zwischen der Tschechoslowakei und uns hat Deutschland Zugeständnisse übernehmen können. Es ist hier gewiß ein Moment gegeben, wo wir sehr viel mithelfen können, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß unsere wirtschaftliche Entwicklung endlich aus ihrer Stagnation und aus den ständigen Krisen herausgeführt wird.

Ganz entschieden aber müssen wir dagegen Stellung nehmen, daß man jetzt der österreichischen Wirtschaft neue Schwierigkeiten bereitet, falls man wirklich dazu übergehen würde, die Handelsverträge mit Ungarn und Jugoslawien zu kündigen. Das wäre nach unserer Überzeugung eine wirkliche Katastrophe für die österreichische Wirtschaft, und wir erwarten, der Herr Handelsminister werde seinen ganzen Einfluß ausbieten, damit eine solche Kündigung nicht vorgenommen wird, denn sie würde zu einem wirklichen Handelskrieg führen, und ein solcher Handelskrieg wäre der gewisse Ruin für die ganze industrielle Entwicklung Österreichs.

Wir haben in den Verhandlungen des Finanzausschusses auch sehr viel darüber gesprochen, wie notwendig es ist, die innere Konsumkraft unserer Bevölkerung zu heben. Man hat in den letzten Monaten, und man kann vielleicht sogar sagen, in den letzten Jahren auch in Österreich außerordentlich viel darüber gesprochen, unsere Industrie könne nur durch eine weitgehende Rationalisierung ihres Apparates konkurrenzfähig gemacht werden, sowohl des technischen Apparats wie der Organisation. In einem Lande, das eine so schmale Kapitalbasis zur Verfügung hat, wie Österreich, in einem Lande, dessen Industrie so abhängig ist von den Banken, so daß diese eigentlich bestimmen, welche Industrien sich entwickeln können, weil sie eben die Kredite nur jenen Industrien zur Verfügung stellen, denen sie Kredite zur Verfügung stellen wollen, in einem solchen Lande muß man außerordentlich vorsichtig sein, damit nicht Industrien künstlich gezüchtet werden, die keine wirkliche Basis für ihre Entwicklung besitzen. Ich habe schon im Ausschuss darauf hingewiesen, daß wir einmal feststellen müssen, welche Industrien in Österreich die Voraussetzungen haben, eine gute und gedeihliche Entwicklung nehmen zu können, eine wirklich konkurrenzfähige Leistungsfähigkeit zu erreichen. Es ist ja heute so, daß der Standort der Industrie, die Voraussetzungen für

die Herbeischaffung des Rohstoffes, die Anlagen, ob die Fabrik mit Wasserkraft betrieben werden kann oder ob sie Kohlenzufuhr haben muß, daß alle diese Dinge in der industriellen Entwicklung eine sehr große Rolle spielen, und wenn man von Rationalisierung spricht, dann soll man nicht nur an eine höhere Ausbeutung der Arbeitskraft denken, sondern man soll doch auch erkennen, daß wir zu dieser Rationalisierung noch sehr viele andere Momente in den Umkreis unserer Betrachtung ziehen müssen als nur die Frage: Wie können wir die Zahl der Arbeiter vermindern, und wie können wir die Leistungsfähigkeit dieser Arbeitskräfte steigern? Leider müssen wir feststellen, daß bei uns sehr viele Industrien viel mehr an die Verringerung der Arbeitskräfte denken, viel mehr an eine vermehrte Ausbeutung dieser Arbeitskraft, als daß sie sich darum bekümmern würden, die anderen Komponenten, die für die Rationalisierung in Frage kommen, eingehend zu studieren.

Ich möchte aber darauf hinweisen, daß vor einigen Tagen ein Hirtenbrief der österreichischen Bischöfe erschienen ist, und da der Hauptverband der österreichischen Industrie jetzt so enge Beziehung zu den Kreisen unterhält, die der katholischen Kirche sehr nahe stehen, so muß man annehmen, der Hirtenbrief ist doch nicht nur für die christlichen Arbeiter geschrieben, für die christliche Landbevölkerung, sondern auch für den sehr christlich gewordenen Hauptverband der Industrie. In diesem Hirtenbrief gibt es nun einige Ausführungen, die bestätigen, daß es notwendig ist, auf diese Dinge Rücksicht zu nehmen, die ich jetzt eben ausgeführt habe. Es heißt in dem Briefe (*liest*): „Wie soll Freude herrschen am Familienleben, wie soll ein rechter Mut aufkommen, die Aufgaben der Ehe zu erfüllen, wenn Löhne und Gehälter herabgedrückt werden, wenn Lohnarbeiter in beständiger Sorge sein müssen, die Arbeitsgelegenheit zu verlieren und brotlos zu werden — wenn der Arbeiter kaum Zeit findet, für seine Familie zu sorgen — wenn nicht bloß die Väter dem Erwerb nachgehen müssen, sondern auch die Frauen und so die Kinder sogar der mütterlichen Fürsorge entbehren?“

Und es heißt dann etwas weiter, man müsse endlich den Materialismus der jetzigen Zeit überwinden, der rein irdischen Auffassung wirtschaftlicher Fragen, der Habgucht, müsse man entgegentreten, denn man müsse feststellen, daß es ihnen zuzuschreiben ist, daß der Arbeiter in seiner Leistung gering, nur gerade nach äußerer Arbeitsleistung, rein materialistisch, bewertet wird.

Das heißt, die österreichischen Bischöfe sind überzeugt, es ist eine ernste Gefahr für die gesamte Entwicklung unseres Volkes, wenn man die Arbeiter zu schlecht bezahlt. Es wäre sehr nützlich, wenn die österreichische Industrie nicht nur ihre politischen

Geschäfte mit dem katholischen Teil der Bevölkerung machen würde, sondern wenn sie auch diese Ermahnung befolgen und einsehen wollte, es ist notwendig, das Einkommen der Arbeiter und Angestellten so zu erhöhen, damit wir eben auch im Inlande eine erhöhte Kaufkraft gewinnen können. Es ist gar nicht zu leugnen, daß wir heute auf diesem Gebiete außerordentlich langsam vorwärtskommen. Es werden Lohnerhöhungen überhaupt kaum noch bewilligt, die meisten Lohnforderungen, auch wenn sie noch so bescheiden sind — das können Sie jetzt wieder in der Starkstromindustrie und in anderen Industrien sehen —, führen zu langen, oft wochenlang dauernden Lohnkämpfen. Die Industrie hat dann genug Geld, um diese Lohnkämpfe durchzuhalten, sie hat aber nicht genug Geld, um auch nur die kleinste Lohnerhöhung zu bewilligen. Es ist ja sehr interessant, wenn man mit den Arbeitern und Angestellten spricht, die manchmal ein sehr großes Interesse für den Betrieb haben, in dem sie arbeiten, und wenn man dann manchmal hört, was für ganz merkwürdige und überflüssige Einrichtungen in solchen Betrieben noch bestehen, wie wenig rationell manchmal die innere Organisation dieser einzelnen Betriebe aufgebaut ist, und wie man alles das, was man hier vernachlässigt, nun einfach dadurch zurückgewinnen will, daß man die Löhne der Arbeiter und Angestellten nicht erhöht, ja man versucht sogar, diese ohnehin nicht sehr hohen Löhne herabzusetzen, man geht heute in einzelnen Betrieben dazu über, die siebenstündige Arbeitszeit der Angestellten aufzuheben und die achtfündige an ihre Stelle zu setzen, wie man heute schon versucht, den Leuten keine Überstunden zu zahlen, sondern Menschen zu finden, die unter dem Zwang der wirtschaftlichen Krise, bedroht von der ständig zunehmenden Arbeitslosigkeit, bereit sind, auch unbezahlte Überstunden zu leisten. Es ist durchaus nicht so, daß die Industrie heute mithilft, die innere Konjunktur der Bevölkerung zu heben, sondern immer noch tut, was der amerikanische Kapitalismus für Wahnsinn und Dummheit erklärt, nämlich den Käufer töten, der doch ein so wichtiges Element bei der Frage des Absatzes für die Industrie bildet.

Wir mußten bei den Verhandlungen im Ausschusse neuerdings darauf hinweisen, es ist unmöglich, daß die Industrie nicht endlich erkennt, es genügt nicht, bloß die Rationalisierung auf der einen Seite durch Herabsetzung der Löhne, durch Vermehrung der Arbeitslosigkeit durchzuführen, sondern es ist notwendig, die Betrachtung auf alle anderen Momente zu lenken, die eine Rationalisierung und höhere Leistungsfähigkeit unserer Industrie herbeiführen können. Wir haben im Ausschusse einen Antrag gestellt und haben gewünscht, daß wir einmal ein wirkliches Wirtschaftsbarometer aufstellen, wie es jetzt in Deutschland geschieht, wo durch eine große

Enquete, die das Deutsche Reich veranstaltet, eingehend erhoben wird, wie sich die Verhältnisse sowohl in der industriellen wie in der landwirtschaftlichen Produktion verhalten, wie die Verteuerung durch den Zwischenhandel auf die Lebensmittel und den Warenverkehr einwirkt, mit einem Wort, wie die Wirtschaft lebt und ist. Es wird dort eingehend festgestellt, was man durchführen könnte, um die deutsche Wirtschaft in ihrem ganzen inneren Aufbau, in ihrer Zusammenarbeit zu verbessern. Der Herr Handelsminister hat gemeint, wir sollen zuerst einmal abwarten, welche praktischen Ergebnisse aus dieser deutschen Enquete aufscheinen werden, ob sie wirklich für die deutsche Wirtschaft von so außerordentlichem Vorteil ist. Erst dann könnten wir dazu übergehen, eine solche Enquete auch bei uns zu veranstalten. Der Herr Abg. Streeruwitz hat die Enquete von vornherein für überflüssig erklärt, hat aber in seinen weiteren Ausführungen gemeint, das neue Institut für Wirtschaftlichkeit, das von den Kammern und sonstigen wirtschaftlichen Körperschaften errichtet wird, soll die Aufgabe übernehmen, das Wirtschaftsbarometer für die weitere Entwicklung unserer Wirtschaft zu sein.

Ich möchte aber im Zusammenhang mit der Frage unserer Wirtschaftsverhältnisse noch auf eines hinweisen. Ich habe schon im Ausschusse festgestellt, es ist notwendig, daß der Staat sein Investitionsprogramm so einrichtet, damit er jene Industrien unterstützen kann, in denen sich die wirtschaftliche Krise besonders bemerkbar macht. Ich habe darauf hingewiesen, daß es außerordentlich notwendig wäre, die produktive Erwerbslosenfürsorge heranzuziehen. Der Herr Handelsminister hat mir geantwortet, der Ministerrat hat bereits zugestimmt, daß die produktive Erwerbslosenfürsorge für den Straßenbau verwendet werde. Ich möchte heute darauf hinweisen, wir haben eine ganze Reihe von sehr dringenden Bahnbauten. Es wäre gewiß möglich, die produktive Erwerbslosenfürsorge auch auf diese Bahnbauten auszudehnen. Ich mache darauf aufmerksam, daß die Alpine Montangesellschaft einen Teil ihrer Außenwerke auflöst, dadurch, daß sie zum Beispiel in Neuberg ein Werk aufgelassen hat, das tausend Arbeiter beschäftigt hat, und die Alpine das Werk dem Erdboden gleichmacht — ein Teil des Wertes ist schon abgetragen, ein anderer soll abgetragen werden. Es gibt in den Tälern Nordsteiermarks Arbeiter, die seit zwei Jahren arbeitslos sind und keine Aussicht haben, dort Arbeit zu finden. Es wäre möglich, alle diese arbeitslosen Menschen zu beschäftigen, wenn man eine Verbindung von Neuberg nach Mariazell bauen würde. Das ist ein Wunsch, der nicht nur von der Bevölkerung geäußert wird, sondern für einen Teil der nordsteirischen Industrie von großer Bedeutung ist. Vielleicht wäre es möglich, daß der Herr Handelsminister die Zu-

stimmung des Ministerrates findet, damit man die produktive Erwerbslosenfürsorge auch für diesen Bahnbau anwendet, wenigstens auf die Trassierung der Strecke, auf die Vorarbeiten, die dabei durchgeführt werden müssen.

Es ist sicher notwendig, daß wir Investitionsbauten durchführen, damit wir eben einen Teil der überflüssigen Arbeitskräfte verwenden können. Es ist ganz unmöglich, daß sich der Staat darauf beschränkt, seine Kassenbestände zu erhöhen. Man fragt sich ja immer wieder, zu welchem Zwecke der Herr Finanzminister eigentlich seine Kassenbestände aufhebt. Will er einmal das Haus mit einem großen Investitionsprogramm überraschen oder hat er irgendwelche andere geheime Ziele oder fürchtet er, ein neuer Zusammenbruch einer Bank könnte ihn einmal verpflichten, einen tiefen Griff in diese Kassenbestände zu tun, wie es seinerzeit der Herr Minister Kollmann getan hat? Man weiß also nicht recht, was der Herr Finanzminister mit diesen Kassenbeständen zu tun beabsichtigt; aber jedenfalls wäre es notwendig, daß wir diese Kassenbestände benutzen, um ein größeres Investitionsprogramm durchzuführen. Der Herr Handelsminister und auch die Referenten haben darauf hingewiesen, daß ja ohnehin schon ein größerer Betrag für Straßenbauten und ein größerer Betrag für eine Reihe von Hochbauten in das Budget eingestellt worden ist. Es ist vielleicht die Zeit zu kurz, um all die Wünsche dem Hause zu unterbreiten, aus denen hervorgeht, wieviel Hochbauten notwendig wären, wieviel Straßen in Österreich repariert werden müssen. Im Ausschuß ist man ja zur Erkenntnis gekommen, wenn die Renovierung unserer Straßen in dem Tempo fortschreitet, wie sie bisher vor sich gegangen ist, wir noch 90 Jahre brauchen werden, bis wir alle Straßen in Österreich renoviert haben. Das ist natürlich ein Zeitraum, den keiner von uns erleben wird. Es wäre also doch notwendig, hier etwas energischer vorzugehen, und es ist sicher nicht nur eine Beschwerde der Opposition, ich kann vielmehr feststellen, daß auch Vertreter der Mehrheitsparteien immer wieder darauf hingewiesen haben, die Beträge sind ganz unzulänglich, die für derartige Investitionen in unser Budget eingestellt worden sind.

Das Investitionsprogramm der Regierung soll ein Hilfsmittel zur Vinderung der wirtschaftlichen Krise sein. Die österreichische Industrie und namentlich die Wiener Industrie hätten noch ganz andere Ziffern der Arbeitslosigkeit erreicht, wenn nicht die Gemeinde Wien in den letzten Jahren ganz systematisch durch ihr Investitionsprogramm Arbeit geschaffen hätte. Die ganze Starkstromindustrie, die Elektrizitätsindustrie, ein großer Teil der Industrien, die für die Bauten arbeiten, all die Industrien, die für irgendwelche andere Investitionen arbeiten — ich erinnere da nur an die Investitionen der Gaswerke,

der Elektrizitätswerte —, all diese Industrien haben ja zum großen Teil nur davon gelebt, daß die Gemeinde Wien sie beschäftigt hat, und dadurch war es möglich, nicht nur die Entwicklung dieser Industrien zu fördern, nicht nur die Arbeitslosigkeit einzudämmen, man konnte dadurch auch noch ein neues Absatzgebiet für die Industrie gewinnen. Denn wenn der Arbeiter nicht von der Arbeitslosenunterstützung, sondern wenn er von einem Lohne leben kann, dann ist er natürlich instande, mehr Schuhe, mehr Kleider zu kaufen, dann ist er instande, mehr Lebensmittel zu konsumieren. Wir haben heute in Wien eine Milchschwemme, trotzdem ist man nicht instande, den Milchkonsum zu steigern, weil einfach ein großer Teil der Bevölkerung kein so großes Einkommen hat, um Milch in größeren Mengen genießen zu können.

Wir müssen neuerlich und sehr energisch darauf hinweisen, daß ein Investitionsprogramm der Regierung dringend notwendig ist. Wir wissen ja nicht, wann die Anleihe endlich möglich sein wird. Wir wissen nur, daß es in Amerika sehr kompliziert ist, bevor man alle Beschlüsse erreicht hat, die notwendig sind, damit man in Amerika eine Anleihe aufnehmen kann. Es wäre deshalb notwendig, daß der Bund schon heute Vorkehrung trifft, seine Kassenbestände, soweit es irgend möglich ist, den Investitionen zuzuführen, und es wäre die Aufgabe des Herrn Handelsministers, der ja für die wirtschaftliche Entwicklung von Handel, Industrie und Verkehr verantwortlich ist, alles zu tun, damit er vom Herrn Finanzminister jene Summen bewilligt bekommt, die für ein umfassenderes Investitionsprogramm notwendig sind. Wir sind überzeugt, gerade dieses Investitionsprogramm wäre auch instande, einem anderen Zwecke zu dienen, der ja in den Verhandlungen über das Kapitel Handel und Verkehr immer eine sehr große Rolle spielt, nämlich dem Fremdenverkehr. Der Fremdenverkehr wird sicher nur dadurch gefördert, daß man die Straßen, daß man die Bahnen ausbaut und herichtet, wenn man instande ist, dem Reisenden, der in das Land kommt, Annehmlichkeiten zu sichern, dann wächst der Zustrom der Reisenden. Und alle diese Dinge können nicht immer nur der Privatinitiative überlassen werden. Wenn man die Schweiz betrachtet, die ein berühmtes und bekanntes Land des Fremdenverkehrs ist, so sieht man, wie ungeheuer viel dort der Initiative des Bundes zu danken ist. Es wäre dringend notwendig, daß sich der Herr Handelsminister nicht nur mit der ressortmäßigen Erledigung der laufenden Angelegenheiten und Agenden beschäftigt, die seinem Ressort zukommen. Der Herr Handelsminister hat einmal eine Kritik von unserer Seite damit beantwortet, daß er den Beamten seines Ressorts ein Vertrauensvotum ausgestellt hat. Wir zweifeln gar nicht daran, daß die Beamten des Handelsministeriums tüchtige Beamten sind, daß sie

eifrig bestrebt sind, soweit sie es können, ihre Obliegenheiten zu erfüllen. Die Kritik, die man an einem Ministerium übt, richtet sich auch niemals gegen die Beamten, sie richtet sich vor allem gegen den Minister, der nicht nur dafür zu sorgen hat, daß die täglichen Aufgaben seines Ressors erledigt werden, sondern die viel höhere Aufgabe hat, dafür zu sorgen, daß alle Schwierigkeiten herabgemindert werden, die sich der österreichischen Wirtschaft und deren Entwicklung entgegenstellen. Wir haben bisher bei der Amtsführung des Herrn Ministers diese Energie und dieses Verantwortungsbewußtsein vermißt, und wir sind aus diesem Grunde nicht in der Lage, für dieses Kapitel zu stimmen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Dr. Kneußl: Hohes Haus! Die Ausführungen meiner Vorrednerin, der Frau Abg. Freundlich, waren in vielen Belangen sehr interessant, so daß ich mich veranlaßt sehe, auf einige Punkte derselben einzugehen, bevor ich auf das übrige, wovon ich sprechen will, auf das österreichische Straßenproblem und Straßenwesen übergehe.

Es ist richtig, Österreich befindet sich in einer äußerst schwierigen wirtschaftlichen Lage. Wenn wir auf die letzten sechs, sieben Jahre zurückblicken, wenn wir uns vergegenwärtigen, wie wir im Jahre 1922 dagestanden sind, so müssen wir sagen, daß wir zweifelsohne seitdem sehr große Fortschritte gemacht haben, daß es uns als den ersten in Europa gelungen ist, das gänzlich ruinierte Geldwesen wieder in die Höhe zu bringen. Trotzdem aber, obwohl es uns in den letzten sechs, sieben Jahren gelungen ist, in unserem Wirtschaftsleben große Fortschritte zu machen, dürfen wir nicht zu optimistisch in die Zukunft schauen, wenn wir daran denken, daß wir ein Passivum in unserer Handelsbilanz in einem Betrage von 1100 Millionen Schilling haben, wenn wir daran denken, daß wir beiläufig 300.000 Arbeitslose haben, und wenn wir an die Last denken, die durch die Steuern und Abgaben auf unserer Wirtschaft liegt. Ich möchte aber sagen, daß die Ursache, warum wir uns heute in einer so schwierigen wirtschaftlichen Lage befinden, nicht die ist, daß unsere Handelspolitik falsch geführt worden ist, sondern vor allem, was auch schon die Frau Abg. Freundlich angeführt hat, das Zustandekommen unseres Staates. Unser Staat ist aus einem großen Wirtschaftskomplex herausgerissen worden, er ist der Rumpf, ein Überbleibsel eines großen, einheitlichen Wirtschaftskomplexes. Die wirtschaftlichen Verhältnisse, in denen wir jetzt leben, sind vielfach noch auf das große Wirtschaftsgebiet zugeschnitten, nicht aber auf den Rumpf, in dem wir uns jetzt befinden. Es wird daher in Zukunft notwendig sein, daß wir in unserer Wirtschaftspolitik sehr vorsichtig sind. Aber ich glaube nicht, daß wir irgendeinen Anlaß haben, diejenigen Wege, die wir eingeschlagen haben, zu verlassen.

Was insbesondere die Handelsverträge anbelangt, so glaube ich nicht, daß eine verfehlte Handelspolitik die Ursache ist, daß bisher unsere Wirtschaft so darniedergelegen ist, sondern, wie ich bereits erwähnt habe, unsere geographische Lage in Österreich. Die Frau Abg. Freundlich hat erwähnt, daß gerade auf dem Gebiete der Landwirtschaft in den letzten Jahren und besonders im vergangenen Jahre eine leichte Besserung eingetreten ist. Das ist richtig. Diese Besserung ist aber darauf zurückzuführen, daß die Fürsorge für die landwirtschaftliche Produktion unter der Führung des Staates, aber insbesondere auch unter der Führung der Länder bedeutend zugenommen hat. Besonders die Länder haben in den letzten Jahren der Landwirtschaft eine erhöhte Fürsorge zugewendet. Außerdem ist unsere Wirtschaft wieder in natürliche Bahnen geleitet worden. Ich möchte hier nur auf die Viehzucht hinweisen. In den ersten Jahren nach dem Kriege haben die Flachländer begonnen, selbst Vieh aufzuziehen. Die Folge davon war, daß die Alpenländer nicht mehr in der Lage waren, ihr Vieh zu entsprechenden Preisen abzustößen. Die Flachlandbauern sind jetzt aber wieder auf die alte Wirtschaftsmethode zurückgegangen, sie beziehen wieder ihr Vieh aus den Alpenländern, und das ist eine der Hauptursachen, daß im letzten Jahre die Viehpreise in den Alpenländern nicht unmerklich angezogen haben. Die Zolltarifnovelle hat sich bezüglich der Viehzucht überhaupt noch nicht ausgewirkt, sondern lediglich diese natürliche Erscheinung, daß die Wirtschaft wieder in ihr natürliches Bett zurückgeleitet worden ist.

Auch die Aufstellung eines großzügigen Investitionsprogramms, das unsere Wirtschaft wieder befruchten soll, halte ich für dringend notwendig. Hier ist es in erster Linie unser Straßenwesen, dem wir unser besonderes Augenmerk zuwenden müssen. Wenn jemand das Geld das Blut unseres Wirtschaftskörpers genannt hat, so können wir mit gleichem Rechte sagen, daß die Verkehrswege die Adern unseres Wirtschaftslebens sind. Wenn wir von Verkehrswegen sprechen, so dürfen wir dabei freilich nicht in erster Linie nur an Eisenbahnen denken. Wir sind heute in einer wirtschaftlichen Lage, in der es uns schwer möglich sein wird, in großzügiger Weise Eisenbahnen zu bauen. Wir werden heute unser Hauptaugenmerk darauf richten müssen, daß wir unser Straßenwesen verbessern. Die Verbesserung unserer Straßen hat einerseits zur Folge, daß wir viele Arbeitslose beschäftigen können und daß anderseits unsere Landwirtschaft bessere Zufahrtswege bekommt und ihre Produkte besser und billiger verwerten kann. Unserer Industrie wird die Aussicht gegeben, verschiedene neue Absatzgebiete zu erobern, und endlich werden wir eine Industrie ausbauen können, die die spezifische österreichische Industrie ist, das ist der Fremdenverkehr. Gerade vom Gesichtspunkte

punkt des Fremdenverkehrs aus ist die Wichtigkeit des Straßenwesens in Österreich allgemein anerkannt worden. Nicht nur die öffentlichen Faktoren, auch die ganze Privatwirtschaft hat sich dem Straßenwesen mit besonderem Interesse zugewendet. In den einzelnen Bundesländern wurden Straßengesellschaften gegründet, die dazu dienen sollen, im Rahmen des privaten Wirkungskreises zur Verbesserung des Straßenwesens beizutragen. Auch der Bund hat in den letzten Jahren in dankenswerter Weise dem Straßenwesen in Österreich ein besonderes Augenmerk zugewendet. Die Bundesstraßen haben in Österreich eine Länge von 3380 Kilometer. Der Herr Handelsminister hat bereits gelegentlich der Budgetdebatte im Ausschuss erwähnt, daß der Bund im Jahre 1923 einen Betrag von 2,8 Millionen für die Bundesstraßen ausgegeben hat. Dieser Betrag wurde in den letzten fünf Jahren verzehnfacht, und wir sehen in das heutige Budget nicht mehr 2,8, sondern den Betrag von 31,5 Millionen eingesetzt. Aber auch dieser Betrag ist noch zu gering, wenn wir in absehbarer Zeit unsere Bundesstraßen ausgebaut sehen wollen. Man wird daher zu anderen Mitteln greifen müssen. In erster Linie käme wohl die Verwendung unserer Bundesanleihe zum Teil auch für Straßenzwecke in Betracht. Der Herr Bundeskanzler hat seinerzeit erwähnt, daß die Bundesanleihe für Straßenzwecke nicht verwendet werden kann, weil sie keine produktive Anlage des Kapitals darstelle. Es ist richtig, unmittelbar wird es schwer sein, aus den Straßen irgendeine Verzinsung herauszubringen. Wenn wir aber zum Beispiel eine Zweckabgabe einführen, sei es eine allgemeine Automobilsteuer, sei es eine Benzinabgabe, so würden wir auch da irgendeine Verzinsungsmöglichkeit einer solchen Anleihe finden. Freilich, das einfachste wäre es, wenn möglich, eine innere Anleihe für die Zwecke der Verbesserung unserer Straßen aufzunehmen. Eine innere Anleihe hätte ja den Vorteil, daß wir dieselbe zu einem bedeutend billigeren Zinsfuß bekommen könnten. Aber sehen Sie, es wird schwer sein, bei den heutigen Verhältnissen eine innere Anleihe aufzunehmen, da ja noch große Teile unserer Wirtschaft, der Hausbesitz zum Beispiel, unter der Zwangswirtschaft stehen, und da insbesondere noch ein Hindernis entgegensteht, nämlich das, daß sich der Staat bezüglich seiner alten Schulden mit den Gläubigern noch nicht auseinandergesetzt hat.

Insondere möchte ich die Regierung bitten, dem Straßenwesen in Tirol ein besonderes Augenmerk zuzuwenden, da ja gerade Tirol vom Fremdenverkehr so sehr abhängig und da gerade deshalb auch das Straßenwesen für Tirol von so ungeheurer Wichtigkeit ist. Ich möchte die hohe Regierung bitten, daß sie insbesondere ihr Augenmerk dem Ausbau der Salzburger Bundesstraße zuwende, dann der Rückinkamerierung der im Jahre 1924 erkamerierten

Straße Birl—Klausching—Telfs, der Instandsetzung der Nagentaler Straße, der Inkamerierung der Iseltalstraße, dem schnelleren Ausbau der Illiacher Straße, der Anlage der Brizentaler Straße und endlich dem Studium eines Verkehrsweges, der schon seit vielen Jahrhunderten bestanden hat, aber in der letzten Zeit wieder verfallen ist — es ist das der alte, von den Römern und den Erzbischöfen bereits benutzte Verkehrsweg über den Felbertauern, der den Norden mit dem Süden, der das Diesseits und Jenseits der Alpen miteinander verbinden soll.

Nicht nur die Bundesstraßen, sondern auch die übrigen Straßen sind für unseren Verkehr in Österreich von sehr, sehr großer Bedeutung. Wenn wir bedenken, daß von den 31.353 Kilometer Straßen, die wir in Österreich besitzen, 3380 Kilometer Bundesstraßen und die übrigen 27.473 Kilometer Landes- und Gemeindestraßen sind, so können wir uns vorstellen, welche Kosten von den einzelnen Faktoren, welche für die Instandhaltung sowie die Erbauung der übrigen Straßen aufkommen müssen, geleistet werden. Die Gemeindestraßen wollen wir ganz auslassen, denn sie sind nicht Gegenstand der Verhandlungen im hohen Hause, wohl aber möchte ich mit einigen Worten die sogenannten Landesstraßen erwähnen, und zu den Landesstraßen gehören die sogenannten Konkurrenzstraßen bei uns in Tirol. Weil mir gerade das Material von Tirol zur Verfügung steht, möchte ich einige Beispiele von Tirol anführen. Wir in Tirol besitzen, wie gesagt, keine Landesstraßen, wohl aber Konkurrenzstraßen, für deren Lasten eine Konkurrenz, bestehend aus dem Lande und den Gemeinden und meist auch dem Bunde, aufzukommen hat. Das Land Tirol gibt nach seinem ordentlichen Erfordernisse für diese Konkurrenzstraßen heuer 550.000 S und für Investitionen 1.250.000 S, insgesamt also 1,8 Millionen Schilling aus. Der Ausbau der bereits in Tirol begonnenen Konkurrenzstraßen belastet das Land noch mit 9 Millionen Schilling, und die Erhaltung der seinerzeit ausgebauten Konkurrenzstraßen wird das Land jährlich mit 1½ Millionen Schilling belasten. Derartige Belastungen werden auf die Dauer von einem so armen Gebirgslande wie Tirol nicht ertragen werden können. Daher ist es unbedingt notwendig, daß hier der Bund einspringt. Dies gilt aber nicht nur für Tirol, sondern auch für die übrigen Länder, die sich ja auch nicht in einer rosigeren finanziellen Lage befinden. Der Bund wird zunächst derart einspringen können, daß er den Ländern die unbedingt notwendigen Mittel zukommen läßt, und da möchte ich in erster Linie auf die dringende Reformbedürftigkeit des Abgabenteilungsgesetzes hinweisen. Die Ländervertreter erwarten dringend eine Reform auf diesem Gebiete, denn das Abgabenteilungsgesetz, wie es heute besteht, ist hauptsächlich auf dem Grundsatz der Steuerleistung aufgebaut, und die

Verteilung der Einkünfte nach der Steuerleistung der einzelnen Länder ist durchaus nicht gerecht. Wir dürfen ja den Wert des Staatsbürgers nicht nur nach seiner Steuerleistung beurteilen, sondern es müssen dabei auch höhere Gesichtspunkte eine Rolle spielen; ganz abgesehen davon, daß die Steuerleistung in den Ländern, wenn sie auch an und für sich geringer ist als in den Großstädten und besonders in Wien, doch nicht die volle Steuerlast darstellt, von der die Bevölkerung wirklich getroffen wird. Bei vielen Produkten wird die Steuer zwar dort gezahlt, wo die Gegenstände erzeugt werden, aber endgültig dort getragen, wo die betreffenden Produkte verzehrt werden. Es wird also vielfach durch Steuern, die in Wien eingezahlt werden, in letzter Linie die Bevölkerung draußen auf dem Lande bis in die höchsten Gebirgsdörfer hinauf belastet. Wir müssen von einem höheren Standpunkt aus darauf hinarbeiten, daß wir im Staate nicht Staatsbürger verschiedener Gattung haben, daß die Bevölkerung der Länder ebenso behandelt wird wie die Bevölkerung der großen Städte, welche die großen Steuern unmittelbar leisten, und zwar von dem Gesichtspunkt aus, daß gerade die Landbevölkerung immer wieder den Nachschub für die großen Städte, insbesondere für die Stadt Wien, liefert. Wien wäre heute eine aussterbende Stadt, wenn nicht immer wieder vom Lande Nachschub hereinkäme, und gerade da leistet die Landbevölkerung, namentlich die in den ärmlichsten Verhältnissen lebende Bergbauernschaft, eine große Kulturarbeit, indem sie unter den schwierigsten Verhältnissen dem Staate eine staatsreue und auch gesundheitlich starke Bevölkerung großzieht, die dann in die Städte abwandert und es dadurch verhindert, daß die Städte aussterben.

Dieser Bevölkerung in den Alpengegenden, die so ärmlich lebt, kann in erster Linie durch die Hebung des Straßenwesens gedient werden. Unsere Landbevölkerung, unsere Bergbevölkerung draußen trägt durch ihre Steuerleistung nicht nur zur Deckung des Defizites der Bundesbahnen und nicht nur zur Erhaltung und Erbauung der Bundesstraßen bei, sondern muß vielfach noch ihre eigenen Straßen selbst bauen. Deshalb wird es unbedingt notwendig sein, daß der Bund auch da helfend eingreift und in den Ländern dafür Sorge trägt, daß auch die Landes- und Konkurrenzstraßen, die der ländlichen Bevölkerung unmittelbar zugute kommen, entsprechend ausgebaut werden. Welche Bedeutung gerade das Straßenwesen für die ländliche Bevölkerung vieler Alpentäler hat, möchte ich Ihnen an einem Beispiel illustrieren.

Wir hatten in Tirol eine Gemeinde, welche, am Fuße des Großenedigers in einer Höhe von zirka 1500 Meter gelegen, kaum imstande war, ihr Dasein zu fristen. Die Bewohner dieser Gemeinde

dachten vor dem Kriege daran, Hab und Gut, öffentliches Gut und Privatgut, zu verkaufen und nach Amerika auszuwandern. Es ist unterdessen der Krieg gekommen, und nach dem Kriege gab es keine Möglichkeit, diesen Gedanken zu verwirklichen. Einstweilen ist nun der Gedanke aufgetaucht, in dieses weltverschlagene Tal, in dem die Bevölkerung von dem Ertrag der Landwirtschaft nicht mehr leben konnte, eine Straße zu bauen. Die Straße ist teilweise gebaut worden, und der Effekt dieses Straßenbaues war der, daß niemand mehr im ganzen Tal daran denkt auszuwandern; die Leute haben das Empfinden bekommen, daß sie auch in der Heimat weiter ihre Existenz finden können. Und warum? Zur Landwirtschaft ist eben der zweite Faktor, der gerade bei uns in den Alpenländern von so großer Bedeutung ist, dazugekommen, der Fremdenverkehr. Sehen Sie, meine Herren, durch die Erbauung dieser Straße in diesem Tal hat sich ein bescheidener Fremdenverkehr entwickelt, ein Fremdenverkehr, der von Jahr zu Jahr zunimmt und der heute schon derartig ist, daß er der Bevölkerung des Tales ein bescheidenes, aber sicheres Auskommen zu garantieren geeignet ist.

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß gewisse Wechselbeziehungen zwischen Schienenwegen und Straßen bestehen. Der Ausbau unseres Straßenwesens schien in Österreich etwas durch die Bedenken gehemmt, welche die Bahnverwaltungen gegen dasselbe hatten, weil sie hierin eine Konkurrenz durch das Kraftfahrwesen erblickten. Ich bin nicht der Ansicht, daß die Eisenbahnen unter einer nennenswerten Konkurrenz durch die Kraftfahrlinien zu leiden haben werden, wenn die Eisenbahnen halbwegs rationell und kaufmännisch ihren Betrieb einrichten. Insbesondere, was den Fernverkehr und den Frachtverkehr anbelangt, werden wir ja kaum davon sprechen können, daß den Eisenbahnen eine nennenswerte Konkurrenz gemacht werden kann. Im Nahverkehr werden die Eisenbahnen selbst dazu beitragen müssen, sich dieser Konkurrenz zu erwehren, und da möchte ich den Eisenbahnen dringend empfehlen, seien es nun Bundesbahnen oder Privatbahnen — das ist ganz gleichgültig —, daß sie bei ihrer Betriebsführung auf die berechtigten Wünsche der Bevölkerung Rücksicht nehmen, damit die Bevölkerung nicht gezwungen ist, zur Selbsthilfe zu schreiten und besonders für den Nahverkehr das Kraftfahrwesen auszugestalten und so den Bahnen eine Konkurrenz zu machen, die sie dann vielleicht spüren werden.

Zum Schlusse möchte ich bemerken, daß wir von der Fürsorge, die die Regierung dem Straßenwesen im heurigen Budget hat angedeihen lassen, befriedigt sind. Wir danken der Regierung für diese Fürsorge, aber jeder Dank ist wieder eine neue Bitte, und wir möchten die Regierung ersuchen, in Zukunft dem

Straßenwesen ein noch erhöhtes Augenmerk zuzuwenden. Wir möchten insbesondere ersuchen, daß die Regierung in Zukunft im Einvernehmen mit den Ländern ein großzügiges Straßenbauprogramm entwerfe, um unsere Heimat mit den notwendigen Straßenzügen zu versehen, die wir brauchen, damit Österreich das, was es ist: die Brücke zwischen Nord und Süd und zwischen Ost und West, auch in Zukunft bleiben kann, damit diejenige Industrie, die in Österreich die größte Aussicht in Zukunft hat: der Fremdenverkehr, eben durch den Ausbau unseres Straßennetzes eine besondere Anregung, eine besondere Förderung erfahre.

Wir brauchen in Österreich erstens Straßen, zweitens Straßen und drittens wieder Straßen. Wenn wir ein Straßenbauprogramm aufrichten und — natürlich nicht von heute auf morgen, sondern auf eine entsprechende Zahl von Jahren verteilt — verwirklichen können, dann bin ich überzeugt, daß wir einen wichtigen Schritt zur Besserung unserer Wirtschaftslage getan haben und daß wir unserer Heimat eine gedeihliche wirtschaftliche Zukunft prophezeien können. *(Lebhafter Beifall und Handklatschen.)*

Volkert: Hohes Haus! Mein unmittelbarer Herr Vorredner hat sich veranlaßt gesehen, der Regierung wegen ihrer Vorsorge für das Straßenwesen den Dank auszusprechen. Ich würde mich glücklich schätzen, wenn ich in der Frage, die ich zu besprechen habe, daselbe tun könnte. Schon im Budgetanschluß habe ich Veranlassung genommen, über das gewerbliche Fortbildungsschulwesen Österreichs zu sprechen und eine Reihe von Klagen, Forderungen und Wünschen anzuführen. Der Herr Bundesminister für Handel und Verkehr ist über den größeren Teil meiner Ausführungen hinweggegangen, indem er darüber gar nichts sagte, oder aber nur mit einigen wenigen nichtsagenden Bemerkungen dazu Stellung nahm.

Ich sehe mich daher auch heute veranlaßt, mit aller Deutlichkeit darauf zu verweisen, daß die Förderung des gewerblichen Fortbildungsschulwesens im eminenten Interesse der Gewerbeförderung und der Volkswirtschaft gelegen ist, und muß deshalb auch heute wieder zum Ausdruck bringen, daß in dieser Hinsicht weit mehr geschehen müßte, als das bis nun der Fall war. Ich muß zunächst darauf verweisen, daß wir in den letzten zehn Jahren im gewerblichen Fortbildungsschulwesen teilweise eine prächtige Entwicklung vor uns sehen, daß aber andererseits in dieser Frage absolut nichts geschieht, daß man absolut nicht dazu kommt, alles das vorzukehren, was notwendig wäre. Früher haben wir in Österreich im allgemeinen nur Fortbildungsschulen gehabt, bei denen von einem Fachunterricht keine Rede war. Es waren das die sogenannten allgemeinen gewerblichen Fortbildungsschulen, die wir in einzelnen Ländern noch in sehr großer Zahl besitzen. Diese allgemeinen ge-

werblichen Fortbildungsschulen bedeuten lehrplanmäßig eigentlich gar nichts anderes als eine Fortsetzung des Unterrichtes in den Volks- und Bürgerschulen. Schon von diesem Gesichtspunkte aus sind sie begreiflicherweise bei den Schülern wenig beliebt und sie haben auch nicht die Möglichkeit, zur beruflichen Ausbildung des Lehrlings irgendwie beizutragen.

Die heutigen Fortbildungsschulen, das hat die Entwicklung mit sich gebracht, sollen eine Ergänzung der Meisterlehre bedeuten. Es ist nun ganz selbstverständlich, daß die allgemeine gewerbliche Fortbildungsschule diese Ergänzung der Meisterlehre nicht bieten konnte, und daß daher darangegangen werden mußte, eine Versachlichung der Fortbildungsschulen herbeizuführen. In Wien beispielsweise können wir heute sagen, daß die Versachlichung des Fortbildungsschulunterrichtes eine vollständige ist, daß unsere Fortbildungsschulen Berufsschulen geworden sind und daß sie infolgedessen zur beruflichen Ausbildung des Lehrlings weit mehr beitragen, als das begreiflicherweise bei den allgemeinen gewerblichen Fortbildungsschulen der Fall sein kann. Diese fachlichen Fortbildungsschulen aber können eine wirkliche Ergänzung der Meisterlehre nur dann bedeuten, wenn ihnen Werkstätten angegliedert sind; denn nur dadurch wird es den Fortbildungsschulen ermöglicht, aus dem Lehrling einen beruflich tüchtigen Arbeiter zu erzielen. Es ist erfreulicherweise festzustellen, daß die heutigen Wiener Fortbildungsschulen von den Lehrlingen gern besucht werden, denn sie finden in ihnen eine anregende Betätigung, ihr Interesse ist geweckt.

Das geht wohl am allerdeutlichsten aus den Schulbesuchsziffern hervor. Wenn man darauf hinweisen kann, daß der durchschnittliche Schulbesuch 88·73 Prozent beträgt, so kann man wohl sagen, daß das der beste Beweis dafür ist, daß die heutigen Fortbildungsschulen der Stadt Wien das Interesse des Lehrlings wachzurufen vermögen, und daraus geht auch mit aller Deutlichkeit hervor, daß diese Fortbildungsschulen erfreulicherweise ganz hervorragendes in der beruflichen Ausbildung des Lehrlings zu leisten vermögen. In diesen Schulen ist der Unterricht ein lebendiger und bringt schon dadurch ungemein viel Gutes hervor.

Wenn die Lehrlinge heute an der Schule Interesse nehmen, wenn sie gern in die Schule gehen, so ist das zweifelsohne auch ein Erfolg des Tagesunterrichtes. Bis 1919 haben wir ja in unseren Fortbildungsschulen den Abend- und den Sonntagsunterricht eingeführt gehabt. Der Lehrling kam unwillig, ermüdet in die Schule und konnte begreiflicherweise dem Unterricht nicht in jenem Ausmaße folgen, als es notwendig und wünschenswert gewesen wäre. Heute wo wir den Tagesunterricht eingeführt haben, kommt der Lehrling ausgeruht in die Schule,

er ist aufnahmefähig, und der Erfolg des Unterrichts ist dementprechend auch ein ganz anderer.

Ich habe früher bereits darauf hingewiesen, daß unser Wiener Fortbildungsschulwesen vollständig versachlicht ist, und möchte dem noch hinzufügen, daß wir für alle Berufe bereits auch Werkstätten angegliedert haben. Wenn ich das festgestellt habe, dann muß man wohl auch die Frage aufwerfen, wie es in dieser Hinsicht in anderen Ländern aussieht. Es ist zunächst festzustellen, daß in einigen Ländern, wie beispielsweise in Niederösterreich, Oberösterreich und teilweise auch in Salzburg, viel guter Wille zu verzeichnen ist und daß dort auch bereits ganz hervorragendes geschaffen wurde.

In anderen Ländern aber geschieht herzlich wenig, dort bemüht man sich gar nicht, von der allgemeinen gewerblichen Fortbildungsschule wegzukommen, und wenn ich Ihnen in dieser Hinsicht nur bezüglich eines Landes Ziffern anführe, werden Sie schon daraus ersehen, wie es da noch aussieht. In Kärnten beispielsweise sind 40 allgemeine gewerbliche Fortbildungsschulen und nur 17 fachliche Schulen vorhanden, und nur in einer einzigen Schule, und zwar in Klagenfurt, haben die Lehrlinge der metallverarbeitenden Gewerbe auch noch die Möglichkeit, einen Werkstättenunterricht zu genießen; alle übrigen Berufe des ganzen Landes müssen darauf verzichten. In Graz beispielsweise, wirklich einer größeren Stadt des Bundes, ist auch nur bei einem einzigen Berufe, und zwar bei den Malern, ein Werkstättenunterricht eingeführt, alle übrigen Berufe des ganzen Landes Steiermark müssen einen solchen Unterricht entbehren. Ein derartiger Zustand ist gewiß tieftraurig, es ist auf das tiefste zu beklagen, daß wir in dieser Hinsicht noch so rückständig sind.

Worin liegen nun die Ursachen dieser Rückständigkeit? Zum ersten ist es mangelndes Verständnis bei den Gewerbetreibenden, bedauerlicherweise aber auch bei den Landesbehörden. Wieder möchte ich in diesem Zusammenhang auf Kärnten verweisen und mitteilen, daß in einzelnen Orten Kärntens der Abendunterricht ungebührlich ausgedehnt wird und in einer ganzen Reihe von Orten leider auch der Sonntagsunterricht eingeführt ist. An der gewerblichen Fortbildungsschule in Spittal an der Drau beispielsweise wird an Sonntagen ein vierstündiger Unterricht erteilt; auch an Wochentagen wird an dieser Schule gegen das Gesetz bis 7 Uhr abends Unterricht erteilt. Auch an der gewerblichen Fortbildungsschule in Völkermarkt wird Sonntags von 8 bis 12 Uhr Unterricht erteilt und auch an Wochentagen die gesetzliche Unterrichtszeit um eine halbe Stunde übertreten. Die Fortbildungsschule in Feldkirchen hat ebenfalls einen Sonntagsunterricht in der Dauer von einer, beziehungsweise zwei Stunden eingeführt. Auch an der gewerblichen Fortbildungsschule für die Holzverarbeitungsindustrie in

Klagenfurt wird seit Jahr und Tag ein vierstündiger Sonntagsunterricht erteilt. An der Schule in Friesach wird bis 7 Uhr abends, also ebenfalls eine Stunde über die gesetzlich zulässige Dauer, und an der in Wolfsberg bis $1\frac{1}{2}$ Uhr abends unterrichtet.

Wir sehen also zunächst einmal, daß es in Kärnten gewerbliche Fortbildungsschulen gibt, bei denen man den Lehrling gegen das Gesetz zwingt, an Sonntagsvormittagen vier Stunden seiner freien Zeit zu opfern und in die Fortbildungsschule zu gehen. Ich habe im Hinblick auf eine Reihe anderer Klagen bereits im Budgetausschuß darauf hingewiesen, daß es doch Pflicht des Ministeriums wäre, einzugreifen und den Landesbehörden begreiflich zu machen, daß auch sie die Pflicht haben, dafür Sorge zu tragen, daß die Gesetze eingehalten werden. Wir sehen aber das Gegenteil, indem die Landesbehörden selbst es sind, die in einer so eklatanten Art und Weise die Gesetze, die sie sich selbst gegeben haben, verletzen.

Warum hat man entgegen dem Gesetze den Abendunterricht in diesen Orten verlängert, warum hat man entgegen dem Gesetz den Sonntagsunterricht eingeführt? Einzig und allein deshalb, weil profituhungrige Unternehmer auf die eine, beziehungsweise zwei, drei und vier Stunden nicht verzichten wollten und weil sich eine Landesbehörde veranlaßt gesehen hat, diesem Profit hunger nachzugeben und ihn zu befriedigen. Eine weitere Ursache, die gar nicht geleugnet werden soll, besteht zweifellos in den örtlichen Schwierigkeiten, es handelt sich ja vielfach in den Ländern um kleine Städte, und zweifelsohne spielen auch die Entfernungen eine große Rolle. Eine dritte Ursache ist der Mangel an Mitteln. Die einzelnen Landesverwaltungen wenden viel zu wenig Mittel für das gewerbliche Fortbildungsschulwesen ihres Landes auf. Mein unmittelbarer Vorredner war in einer erfreulichen Lage; er konnte feststellen, daß die einzelnen Landesregierungen für die Landwirtschaft, für die Viehzucht ungemein viel getan haben. Und wieder muß ich sagen, wir wären glücklich, wenn wir auch hier feststellen könnten, daß die Landesregierungen in einem größeren Ausmaße Geldmittel zur Verfügung stellen, um die berufliche Ausbildung unserer Lehrlinge zu fördern. Leider müssen wir immer und immer wieder feststellen, daß in dieser Hinsicht eine große Anaulerigkeit zutage tritt und daß man leider nicht alles das tut, was in dieser Hinsicht möglich wäre. Ich weiß sehr wohl, daß unser Fortbildungsschulwesen, insbesondere dann, wenn man darangeht, es zu versachlichen, ihm Werkstätten anzugliedern, ziemlich viel Geld kostet, und ich bin mir ebenso klar darüber, daß die Länder in der heutigen Zeit vielfach nicht die Möglichkeit haben, alle jene Mittel aufzubringen, die notwendig wären.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich stehe auf dem Standpunkte, daß auch die Bundes-

regierung das lebhafteste Interesse an der Ausbildung unserer gewerblichen Jugend nehmen müßte und daß die Bundesregierung in einem ganz anderen Ausmaße, als das bis nun der Fall ist, Mittel zur Verfügung stellen müßte. Hier vor allen Dingen wäre es geboten, daß der Bund eingreift und die Mittel zur Verfügung stellt, die es auch den Ländern ermöglichen, ein Fortbildungsschulwesen zu schaffen, das sich halbwegs auf der Höhe der Zeit befindet. Denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn es in dieser Hinsicht so weitergeht, daß man in Wien für die Ausbildung unserer Lehrlinge alles tut und auf der anderen Seite alles unterläßt, was getan werden müßte, so sehe ich darin eine Gefahr, die sich in wenigen Jahren, wenn man ruhig zusieht, darin äußern wird, daß sich in der beruflichen Tüchtigkeit derjenigen, die in Wien, und der anderen, die draußen gelernt haben, eine große Kluft auf tut, die dann furchtbar schwer zu überbrücken sein wird. Und deshalb muß man sagen, daß die Bundesregierung in dieser Hinsicht weit mehr tun müßte, als sie heute tut. Denn wenn man im ganzen einen Betrag von 120.000 S für die berufliche Ausbildung der gewerblichen Lehrlinge ausgibt, so muß man sagen, daß das ein Pappenstiel ist und daß, obwohl man Wien mit keiner Subvention beteuert, auf das Fortbildungsschulwesen der anderen Länder so wenig entfällt, daß man damit wirklich nichts Vernünftiges anzufangen weiß.

Im Spätherbst hat in Linz eine Tagung der Arbeitsgemeinschaft der Fortbildungsschulräte Österreichs stattgefunden. Von den Vertretern aller Länder wurde bei diesem Anlaß die lebhafteste Klage erhoben, daß die Regierung so herzlich wenig an materiellen Mitteln zur Förderung des gewerblichen Fortbildungsschulwesens beisteht. Und jeder einzelne, der auf dieser Konferenz anwesend war, erklärte, daß an die Regierung die Forderung zu stellen sei, in dieser Hinsicht in Zukunft weit mehr zu tun, als das bis nun der Fall war. Es muß hier zum Ausdruck gebracht werden, daß ein tüchtiger Arbeiterstand schließlich und endlich im eminentesten Interesse unserer Volkswirtschaft gelegen ist und daß im Interesse dieser Volkswirtschaft die Regierung alles tun müßte, um das gewerbliche Fortbildungsschulwesen zu fördern. Wir verlangen also mit Nachdruck, daß in dieser Hinsicht in Zukunft mehr geschieht als bisher.

Das Fortbildungsschulwesen in Österreich hat aber auch unter anderen Schwierigkeiten zu leiden. Wir Sozialdemokraten haben schon vor längerer Zeit einen Antrag in diesem Hause eingebracht, der verlangt, daß der Austritt aus den Volks- und Bürgerschulen nur zum Schluß möglich sei. Ich will zu diesem Antrag, da er nicht in dieses Kapitel fällt, hier nicht Stellung nehmen, möchte aber diesen Antrag gerade vom Standpunkte unserer Fortbildungsschulen aus einigermaßen besprechen und

darauf verweisen, welche Schwierigkeiten den Fortbildungsschulen daraus erwachsen, daß das ganze Jahr hindurch Kinder die Volks- und Bürgerschule verlassen und infolgedessen natürlich auch das ganze Schuljahr hindurch Lehrlinge in die Fortbildungsschulen eintreten und auch aus ihr austreten. Ich möchte Ihnen in dieser Hinsicht nur einige Ziffern vorführen, aus denen Sie klar ersehen werden, welche Störungen aus diesem Grunde dem Schulbetriebe erwachsen. Wien hatte bei einem Schülerstande von 38.000 Schülern folgende Ein- und Austritte während des Schuljahres: Eingetretene nach Beginn des Schuljahres sind 11.159 Schüler, ausgetreten 9923. Bei einem Klassenstande von 1238 Klassen zu Beginn des Schuljahres mußten im Laufe des Jahres 160 Klassen neu errichtet und 30 Klassen geschlossen werden. Ich glaube, man braucht wirklich kein Schulmann zu sein, um einsehen zu können, welche furchtbare Störung dieser Umstand in dem Schulbetriebe hervorruft. Man muß aber auch mit aller Deutlichkeit darauf verweisen, daß dieser Umstand für eine ungemein große Anzahl von Lehrlingen eine wesentliche Schädigung ihrer beruflichen Ausbildung mit sich bringt, denn es ist ganz selbstverständlich, daß ein Lehrling, der erst in die Fortbildungsschule kommt, wenn das Schuljahr schon ziemlich weit vorgeschritten ist, mit den anderen nicht Schritt halten kann, das Schuljahr repetieren muß, also ein kostbares Jahr verliert und daher ungeheuren Schaden in seiner beruflichen Ausbildung erleidet. Der Herr Bundesminister für Handel und Verkehr — und auch darauf habe ich schon im Budgetausschuß verwiesen — müßte, da ihm das gewerbliche Fortbildungsschulwesen unterstellt ist, im Interesse desselben dafür Sorge tragen, daß diesem Antrage in der Zukunft nicht jene Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden, die er bis jetzt gefunden hat.

Ich habe aber im Budgetausschuß auch auf zwei Probleme verwiesen, die zweifelsohne in den nächsten Jahren einer Lösung bedürfen. Ich habe zunächst auf jene jungen Menschenkinder verwiesen, die, wenn sie mit 14 Jahren aus der Schule entlassen werden, nicht so rasch eine Lehrstelle finden können, daher zum Müßiggang verurteilt sind und sehr leicht Gefahr laufen, auf Abwege zu geraten. In Deutschland und in der Schweiz hat man diesem betrüblichen Umstand bereits in der Weise Rechnung getragen, daß man sogenannte Berufsvorschulen geschaffen hat. Man hat mit ihnen die allerbesten Erfahrungen gemacht. Ich habe den Herrn Minister ersucht, daß diese Frage studiert werden möge, aber leider hat er mir darauf keine Antwort erteilt. Ich habe zweitens darauf verwiesen, daß die Frage der Fortbildung der jugendlichen Hilfsarbeiter dringend nach einer Lösung verlangt. Der Herr Minister hat mich mit einer sehr billigen und nichtsagenden

Antwort abgespeist, indem er gesagt hat, daß auch die heutigen Gesetze es bereits ermöglichen, daß die jugendlichen Hilfsarbeiter Fortbildungsschulen besuchen. Aber, verehrter Herr Minister, das war doch, wenn man die Frage ganz überdenkt, eigentlich nur eine Verlegenheitsausrede, und es wäre vielleicht besser gewesen, wenn Sie mir in dieser Hinsicht keine Antwort gegeben hätten als eine solche Antwort, die man wirklich nur als eine oberflächliche bezeichnen kann. Damit, daß es unsere Gesetze zulassen, daß die jugendlichen Hilfsarbeiter Fortbildungsschulen besuchen, ist diese Frage natürlich keineswegs gelöst. Es stehen hier ungeheure Schwierigkeiten im Wege: pädagogische Schwierigkeiten, soziale Schwierigkeiten und materielle Schwierigkeiten, die zu erledigen sind, bevor an die Lösung einer solchen Frage geschritten werden kann. Ich muß daher neuerdings den Herrn Minister ersuchen, diese Frage, die in Deutschland bereits gelöst ist und die im Interesse unserer Volkswirtschaft zweifellos in den nächsten Jahren auch bei uns gelöst werden muß, zu studieren. Gerade in solchen Fragen müßte die Regierung initiativ vorgehen und durch das Studium derselben zunächst einmal selbst zur Klarheit kommen. Dann erst hat man die Möglichkeit, auch die in Betracht kommenden Faktoren für die Lösung solcher Fragen zu gewinnen. Auch auf dem Gebiete der Weiterbildung der Fortbildungsschullehrer, Herr Bundesminister, müßte weit mehr geschehen, als gegenwärtig geschieht. Es ist viel zu wenig, wenn zwei Kurse in Mödling abgehalten werden, vor allem deshalb zu wenig, weil selbst ein großer Teil derjenigen Lehrer, die an diesen Kursen teilnehmen möchten, infolge der großen Zahl der Anmeldungen gar keine Möglichkeit zum Besuche der Kurse hat.

Wir sehen also, daß im gesamten Fortbildungsschulwesen unseres Bundes noch ungemein viel zu tun wäre. In erster Linie wäre es notwendig, dem Fortbildungsschulwesen materiell beizuspringen und jene Geldmittel zur Verfügung zu stellen, die notwendig sind, um auf diesem Gebiete wirklich etwas Vernünftiges leisten zu können. Wenn die Regierung sich in dieser Hinsicht endlich einmal zu Taten aufschwingen wird, dann wird meiner Ansicht nach, für die Gewerbeförderung und im Interesse unserer gesamten Volkswirtschaft wirklich etwas Großes vollbracht sein. *(Beifall und Händeklatschen. — Während vorstehender Rede hat Präsident Miklas den Vorsitz übernommen.)*

Steiner: Hohes Haus! Keine öffentliche Institution beeinflusst das Wirtschaftsleben in einem solchen Maße wie das Verkehrswesen im allgemeinen und das Eisenbahnwesen im besonderen. Die Öffentlichkeit ist daher selbstverständlich an der Entwicklung des Eisenbahnwesens sehr interessiert, und es handelt sich hier nicht nur um die Sicherheit und Annehmlichkeit des Verkehrs und um die ausreichende

Zubetriebsetzung von Verkehrsmitteln, sondern neben der Erstellung erschwinglicher Tarife insbesondere auch darum, daß die Kontinuität des Verkehrswesens gewährleistet erscheint. Die österreichische Volkswirtschaft könnte es nicht verstehen, wollte man diesem Kapitel nicht besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Man muß sich doch endlich darauf besinnen, daß das Verkehrswesen im Dienste der Allgemeinheit steht, und es darf nicht mehr vorkommen, daß auf diesem Gebiete Störungen erfolgen, wie sie seinerzeit am 16. und 17. Juli stattgefunden haben. Es muß ein für allemal gesagt werden, daß diesbezüglich endlich Ruhe und Ordnung und eine gewisse Beruhigung im Bereiche der gesamten Volkswirtschaft eintreten muß. Ich würde sehr darum bitten, daß man das gute Beispiel der englischen Volksvertretung nachahmen würde, die durch das Gesetz vom 29. Juli 1927 jeden Streik verboten hat, der den Zweck hat, auf die Regierung unmittelbar oder durch Bedrückung des Gemeinwesens einen Zwang auszuüben. Nach dem englischen Gesetze wird auch durch Sympathiestreiks und durch Verleitung zum Streik ein Schadenersatzanspruch begründet. Selbstverständlich dürfen Sabotageakte, die das Volksgut bedrohen, nicht vorkommen. Ich möchte darauf verweisen, daß gerade die Vorgänge vom 16. und 17. Juli 1927 die Heimatwehren aufgepulvert haben, der Regierung eine feste Stütze zu sein, damit solche Dinge nicht mehr vorkommen. Das mögen sich gewisse Leute gesagt sein lassen, damit sie auf die ihnen unterstehenden Kräfte Einfluß nehmen und solche Vorfälle sich nicht mehr ereignen. Die Verwaltung der Österreichischen Bundesbahnen läßt noch immer jene planmäßige, kaufmännische Einfachheit und Zweckmäßigkeit vermissen, die ein leichtes Funktionieren dieses gewiß sehr großen Apparates gewährleisten würde. Die allzustraffe Zentralisierung bei der Generaldirektion der Bundesbahnen hat sich durchaus nicht bewährt. Die Bundesbahndirektionen Wien-West, Wien-Nord, Linz, Innsbruck und Villach sind mehr oder minder zu Durchlaufstellen geworden, ohne irgendwelche Verantwortung, ohne Initiative. Jede Kleinigkeit wird in Wien entschieden und bei allem, was auf die Gebiete des Eisenbahnwesens zu beraten und zu tätigen ist, muß schließlich Wien seine Meinung äußern. Hier ist eine Reorganisation notwendig, es müssen die unteren Verwaltungsstellen und insbesondere die Bundesbahndirektionen zum selbständigen Handeln veranlaßt werden. Man muß ihnen Funktionen geben und damit auch selbstverständlich eine Verantwortung, wie es im Interesse der Ökonomie des Dienstes und des besseren Funktionierens des Eisenbahnwesens notwendig ist. Selbstverständlich darf es nicht vorkommen, daß die Bundesbahndirektionen in ihrer Tätigkeit durch unverantwortliche Leute gestört werden. Ich will mich auch diesbezüglich nicht verbreitern, aber ich möchte

gleich vorwegnehmen, daß es nicht vorkommen darf, daß zum Beispiel pensionierte Maschinistenführer oder Leute, die seinerzeit beim Oberbau beschäftigt waren, den Bundesbahndirektionen Weisungen geben und ihre Betriebsführung beeinflussen. Das darf ebenso wenig vorkommen als daß man Schubladen in den Direktionskanzleien ausbricht, um in Akten Einsicht zu nehmen, und selbst das Karbonpapier untersucht. Durch solche Eingriffe wird der Betrieb empfindlich gestört.

Im Fachblatt des Vereines deutscher Eisenbahnverwaltungen, Heft 22/23, finden wir eine Äußerung der Österreichischen Bundesbahnen, die dahin geht, daß sie auf Grund verschiedener Sparmaßnahmen die Streckenleistungen von früher 74 auf 47 abgebaut hat, daß sie demgegenüber die durchschnittliche Aufsichtslänge für diese Strecken von 70 auf 113 Kilometer erhöht hat, daß die Bahnmeisterposten von 520 auf 329 verringert wurden und daß die Aufsichtslänge für diese Posten von 11 auf 17,8 Kilometer erhöht wurde. Ich vermiße aber in derselben Broschüre eine Äußerung der Österreichischen Bundesbahnen, inwieweit sie den Beamtenapparat bei der Generaldirektion und bei den verschiedenen Bundesbahndirektionen abgebaut hat. Diesbezüglich könnte noch recht, recht viel geschehen. Ich bin überzeugt, daß durch den langsamen Abbau mancher Kräfte, durch die Vereinfachung des Verwaltungsapparates nicht etwa die Sicherheit und Ökonomie des Betriebes leiden würde, sondern daß er sich im Gegenteil viel besser und viel billiger gestalten würde.

Die ermäßigten Sonntagsrückfahrkarten haben sich bei den deutschen Bundesbahnen außerordentlich bewährt. Im Münchner Hauptbahnhof wurden im Jahre 1927 7.600.000 Fahrkarten und darunter 1.975.000 Sonntagsrückfahrkarten abgesetzt. Es war also der Verbrauch an Sonntagsrückfahrkarten ungefähr ein Viertel des Gesamtverbrauches. Diese Sonntagsrückfahrkarten haben sich außerordentlich gut eingelebt und haben eine große Beliebtheit erlangt. Sie würden den Verkehr bedeutend steigern und dabei die Einnahmen außerordentlich günstig beeinflussen. Ich würde wünschen, daß auch die österreichische Bundesbahnverwaltung, diesem Beispiele folgend, Sonntagsrückfahrkarten einführen würde, die von allen größeren Orten aus in Verwendung kommen könnten und sich vielleicht auf eine Strecke von 60 Kilometer Radius erstrecken und etwa um 33 Prozent verbilligt werden sollten.

Die Bundesbahnen sollten sich befeßigen, entsprechende Zugsgarnituren einzustellen und insbesondere Waggon mit einer größeren Reinlichkeit. Punkt Reinlichkeit verweise ich insbesondere auf die Waggon dritter Klasse und zwar deswegen, weil die Einnahmen der Bundesbahnen ja, soweit der Personenverkehr in Betracht kommt, doch immerhin

von den Reisenden in der dritten Klasse herrühren. Es ist eine bekannte Tatsache, daß in der zweiten Klasse zur Hälfte Reisende mit ermäßigter Fahrkarte reisen, und in der ersten Klasse finden wir außer den Abgeordneten und Eisenbahnern, die alle beide nichts bezahlen, wohl nur recht wenige Reisende. Aus diesem Grunde bitte ich die Österreichischen Bundesbahnen, sich schon aus rein kaufmännischen Rücksichten zu befeßigen, das Reisen in der dritten Klasse angenehmer zu machen, wodurch sie nur ihrem eigenen Betrieb und ihrer Wirtschaft dienen würden.

Meine Damen und Herren! Die Elektrifizierung der Bundesbahnen hat sich in Tirol schon in weitestgehendem Maße ausgewirkt. Wir haben eigentlich schon alle Vollbahnen elektrifiziert und auf der Strecke Innsbruck—Brenner, wo gegenwärtig noch die Traktion mit Dampf besteht, soll im April dieses Jahres auch die elektrische Traktion eingeführt werden. Wir stehen aber heute vor einem Rätsel. Es ist eine Binsenwahrheit, daß man zum elektrischen Betriebe auch elektrische Lokomotiven braucht, und diese Frage ist bis heute noch nicht gelöst. Wir wissen, daß die Strecke Wörgl—Salzburg, die bereits unter Strom gestellt ist, elektrisch nicht betrieben werden kann, genau so, wie die Strecke Innsbruck—Brenner, weil es an Maschinen gebricht. Ich möchte — und mit mir wohl alle Volkswirtschaftler — glauben, daß die Bundesbahnen sich rechtzeitig darauf besonnen und die Maschinen bestellt hätten, aber leider ist dem nicht so, und so wird es wahrscheinlich dazu kommen, daß der Betrieb auf der Strecke Innsbruck—Wörgl, der bereits seit einem Jahre elektrisch läuft, wieder auf Dampf umgestellt werden muß, nur aus dem Grunde, weil man die Maschinen in nächster Zeit vielleicht für die Bergstrecke Innsbruck—Brenner brauchen wird.

Wir haben heute durchwegs neue elektrische Maschinen. Da möchte man glauben, die Österreichischen Bundesbahnen hätten sich dem Vorbild der Schweiz angeschlossen und Typen bestellt, die wirklich praktisch sind und ihren Zweck erfüllen. Nun sehen wir aber, daß bei der Zugförderungsleitung in Innsbruck folgende Serien im Dienste stehen: 1570, 1100.100, 1229.500, 1080.100, 1100, 1229, 1080, 1070, 1170. Zu diesen Typen kommen zwei neue Typen, die noch in Betrieb zu stellen sind, 1670 und 1280. Wenn man ferner bedenkt, daß diese Maschinen von vier verschiedenen Firmen geliefert wurden, dann kann sich auch ein Laie vorstellen, wie es sein wird, wenn solche Maschinen einmal in die Werkstätte kommen. Es sind wenig Ersatzteile dafür da, es werden die Reparaturen dieser Maschinen daher viel zu lange dauern, und es ist die Rentabilität des elektrischen Betriebes dadurch außerordentlich gestört. Es wäre zu wünschen, wenn diesbezüglich eine viel größere Ökonomie herrschen würde.

Ich komme auf ein Kapitel, das schon jahrelang einen guten Teil der Gemüter Tirols erregt hat. Die Südbahn hat im Jahre 1921 auf der nördlichen Brennerampe, das ist auf der Strecke Innsbruck—Brenner, über Nacht die Länge derselben um ungefähr 130 Prozent ausgedehnt; in der Wirklichkeit wäre sie es allerdings über Nacht nicht imstande gewesen. Sie hat damals gesagt, sie hätte infolge der Geldentwertung keine Einnahmen, die Tarife seien zu niedrig. Man wollte nicht den internationalen Frachtenverkehr umsonst oder wenigstens sehr billig besorgen, und daher hat man zu dem Auskunftsmittel gegriffen, die Tarifkilometer dieser Strecke zu verlängern, und zwar in dem Maße, daß die Strecke Innsbruck—Brenner, die in Wirklichkeit 37 Schienenkilometer lang ist, auf 83 Tarifkilometer ausgedehnt würde. Wir haben durchweg auch in den einzelnen Relationen zwischen den einzelnen Stationen Zuschläge von 121 bis 137 Prozent. Das wirkt sich mit einer ungefähr 100prozentigen Tarifierhöhung aus. Wohl wissen wir, daß man solche Bergstreckenzuschläge, wie sie heißen, auch auf der Semmering- und Arlberglinie hat, aber da sind sie 30 bis 35 Prozent groß. Es ist nicht verständlich, warum man die Sache eingeführt hat und sie heute noch weiterbehalten will. Es ist noch unverständlicher, warum man den Brenner-Bergstreckenzuschlag nicht dem Baren der vorerwähnten Bahnstrecken angepaßt hat. Man möchte doch glauben, alle Bundesbürger in Österreich haben dieselben Rechte und daß die Gleichheit vor dem Gesetze für alle gilt. Hier ist das aber nicht der Fall. Mit derselben Berechtigung könnte man Brückenzuschläge, Viaduktzuschläge, Kurvenzuschläge und meinetwegen auch Zuschläge für Elementarereignisse oder gar noch für Streiks einführen. Die Anrainer werden dadurch außerordentlich geschädigt. Es gibt heute wirklich keinen stichhaltigen Grund, der einen solchen Bergzuschlag rechtfertigen würde. Es hat früher geheißt, man müsse es wegen der fremden Frachten tun. Nun haben die Bundesbahnen im Jahre 1924 im Wettbewerb mit der Gotthardlinie den deutsch-italienischen Durchzugsverkehr dermaßen verbilligt, daß er kaum für ein Drittel, wenn nicht gar für ein Viertel der normalen Tarife geführt wird. Heute steht nun die Sache so, daß die Kosten der Unterhaltung der Bahn die Inländer zahlen müssen und die Ausländer wegen der Konkurrenz billiger transportieren. Daß insbesondere die nächsten Anrainer darunter leiden, liegt klar auf der Hand. Aber auch die allgemeine Lebenshaltung in Tirol leidet sehr darunter, weil die Fracht für Konsumartikel außerordentlich gesteigert ist. Es haben zugegebenermaßen die Bundesbahnen einzelne Erleichterungen eingeführt, sowohl durch Ausgabe von Einheimischenkarten, die gegenwärtig eine 30prozentige Verbilligung ausmachen, und es wurde für Güter, die höchst selten

transportiert werden, ein Artikeltarif, beziehungsweise ein Stationstarif erstellt. Diese Maßnahmen genügen aber in keiner Weise. Darum bitte ich das Verkehrsministerium und die Österreichischen Bundesbahnen, zum Rechten zu sehen und die unhaltbaren Zustände aus der Welt zu schaffen. Mit der Einführung der elektrischen Traktion ist auch das letzte Argument für den Bergstreckenzuschlag gefallen.

Hinsichtlich des Fremdenverkehrs, der auch durch diese Maßnahmen außerordentlich geschädigt erscheint, weil die Leute nicht einsehen können, warum man so etwas macht, möchte ich weiter sagen, daß die fremden Leute häufig glauben, dieser Bergstreckenzuschlag oder vielmehr die Ermäßigung, die die Einheimischenkarten beinhalten, seien eine Bevorzugung des Inländers und ein feindlicher Akt gegenüber dem Auslande. In Wirklichkeit ist es aber nur eine teilweise Verbesserung eines unhaltbaren Zustandes, und der Personenverkehr wird dadurch furchtbar leiden.

Im heurigen Jahre wurde der Innsbrucker Hauptbahnhof einer außerordentlich notwendigen gründlichen Umgestaltung unterzogen. Ich will über das Praktische des Baues nicht sprechen, ich möchte nur das eine sagen, die künstlerische Ausführung ist nicht gerade erstklassig. Ich möchte niemanden darauf aufmerksam machen, sich beispielsweise den Innsbrucker Bahnhof im Profil vom Norden anzusehen, weil er sonst den Eindruck haben könnte, vor einer Brandruine zu stehen. Man hätte die Sache schon besser machen können. Jedenfalls ist es notwendig, einen zweiten Personentunnel zu erstellen, weil sonst der Reisendenverkehr außerordentlich leiden würde.

Ich bitte die Regierung, zu veranlassen, daß der Zugverkehr in Osttirol und im Oberinntal einer Ausgestaltung und Verbesserung unterzogen wird und daß auch der Bahnbau Landeck—Ried baldigst in die Wege geleitet wird.

Um das Post- und Telegraphenwesen zu berühren, möchte ich sagen, daß das Personal für die Landpostämter und insbesondere für solche Postämter, die mit großem Fremdenverkehr zu rechnen haben, nicht genügt. Diesbezüglich sind schwere Klagen laut geworden, und ich bitte sehr, daß man in dieser Richtung eine Änderung vornimmt.

Ich bitte namens des Landes Tirol, die vorgebrachten Wünsche zu berücksichtigen, auch bitte ich die hohe Regierung und mit ihr das Bundesministerium für Verkehrswesen, die beanstandeten Verhältnisse nach Möglichkeit zu verbessern. Der Dank des Landes Tirol wird nicht ausbleiben. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Klimberger: Hohes Haus! Ich habe bereits Gelegenheit gehabt, im Finanz- und Budgetausschuß in etwas ausführlicherer Weise über die Leiden und Schmerzen des Handels- und Gewerbestandes zu

sprechen und sie aufzuzeigen. Ich kann mich daher heute zusammenfassend auf einige wenige Momente und auf die allerwichtigsten Maßnahmen beschränken, die getroffen werden müßten, um dem Handel und Gewerbe eine halbwegs mögliche Existenz zu verschaffen.

In allererster Linie wäre es notwendig, daß wir zu einer vernünftigen Zoll- und Handelspolitik zurückkehren würden, die eine entsprechende Exportförderung ermöglicht, welche unbedingt in größerem Ausmaße vor sich gehen muß, als das leider bis jetzt der Fall war. Der Herr Handelsminister weiß es ja selbst nur allzu gut, daß es notwendig wäre, die Produkte, die wir erzeugen und die in unserem lieben Österreich in viel zu geringem Ausmaße abgesetzt werden können, in allererster Linie ins Ausland zu exportieren. Daß sie im Inlande auch zu wenig Absatz haben, ist ja auf die gewaltig gesunkene Kaufkraft zurückzuführen; daß sie aber im Auslande nicht den entsprechenden Absatz finden, der notwendig wäre, damit wir erträgliche wirtschaftliche Verhältnisse haben, das ist hauptsächlich auf die in der letzten Zeit bei uns getätigte Zoll- und Handelspolitik zurückzuführen, die es in erster Linie darauf abgesehen hat, nur hohe Zölle gegen den Import von Agrarprodukten zu erreichen und dadurch dem Ausland den Anreiz zu geben, den Export unserer Industrieprodukte womöglich vollständig zu erschlagen. Es gibt eine ganze Reihe von Ländern, die sich selbstverständlicherweise in dem Moment, wo man es ihnen schwer macht, ihre Agrarprodukte zu uns herüber zu importieren, dadurch regressive, daß sie unsere Industrieprodukte nicht in ihr Land hineinlassen. Und solange eine solche Zoll- und Handelspolitik von uns gemacht wird, so lange kann weder dem Handel noch dem Gewerbe tatsächlich derart beigeprungen und geholfen werden, daß diese Stände in die Lage kämen, eine erträgliche Existenz zu haben. Das also wäre das erste und wichtigste Kapitel punkto Gewerbe- und Handelsförderung.

Ein weiteres, aber nicht minder wichtiges Kapitel ist die Kreditbeschaffung. In dieser Beziehung habe ich mir schon im Ausschuß erlaubt, darauf hinzuweisen, daß der Bund bis heute so ziemlich alles vernachlässigt hat, was geschehen hätte sollen und geschehen hätte müssen, damit auch nach dieser Richtung das notleidende Gewerbe und der gleichfalls notleidende Handel die entsprechende Unterstützung gefunden hätten. Der Bund hat bezüglich der Beschaffung von Krediten nichts gemacht — zum Unterschied von der Gemeinde Wien, die, wenn auch nicht mit genügend großen Mitteln, so doch in ihrem Bereiche das möglichste zu tun versucht hat. Und zum Schluß stellt sich die Situation derart dar, daß die gegnerischen bürgerlichen Parteien dann noch auf die Gemeinde Wien eifersüchtig sind,

deswegen, weil die Gemeinde Wien doch etwas für Gewerbe und Handel leistet, während der Bund auch das zu tun unterläßt. Es wäre die höchste Zeit, wenn der Bund sich entschließen würde, nicht bloß Expertisen, Konferenzen und Besprechungen abzuhalten, die irgendwie zutage fördern sollen, wie dem Gewerbe und Handel durch Kredite geholfen werden könnte, sondern wenn der Bund endlich genau so wie die Gemeinde Wien Taten setzen würde, anstatt nur leere, nichtsagende Worte zu verlieren.

Ich gehe zu einem anderen Kapitel über, das gleichfalls einschneidende Bedeutung für Gewerbe und Handel hat, das ist das Kapitel der Steuerfragen. Ich bleibe, was dieses Kapitel der Steuerfrage anbelangt, dabei, daß die Stadt Wien sich ganz bedeutend entgegenkommender gegenüber der großen Masse der kleinen und mittleren Betriebe zeigt als der Bund, ich bleibe dabei, daß die Gemeinde Wien die kleinen und mittleren Betriebe des Gewerbes und des Handels fast steuerfrei beläßt. Und wenn im Ausschuß der Herr Abg. Partik erklärt hat, daß die Gemeinde Wien ihre Steuern nach freiem Ermessen vorschreibe, so ist das absolut unrichtig. Der Herr Abg. Partik hat im Ausschuß erklärt, der Steuerzahler hätte in der Gemeinde Wien nichts mehr dreinzureden. Die Wahrheit ist die, daß der Steuerträger in der Gemeinde Wien sehr viel dreinzureden hat, mindestens aber so viel wie bei der Steuerzahlung im Bunde. Mit Ausnahme der Nahrungs- und Genussmittelabgabe und eines kleinen Teiles der Luftbarkeitsabgabe werden alle Wiener Steuern in einem in den bezüglichlichen Gesetzen absolut eindeutig bestimmten Ausmaße vorgeschrieben. Jeder Steuerträger ist ohne Zweifel imstande, sich im vorhinein genau zu berechnen, was er an verschiedenen Abgaben an die Gemeinde Wien zu leisten hat. Ein freies Ermessen wurde seitens des genannten Abgeordneten im Finanzausschuß der Gemeinde Wien vorgeworfen, und ich frage, wo außer den zwei genannten Abgaben dieses freie Ermessen tatsächlich Platz greifen könnte. Bei der Fürsorgeabgabe ist doch ein fester Prozentsatz vorgeschrieben, bei der Inzeraten- und Plakatabgabe detto, genau so bei der Wohnbausteuer, bei der Hauspersonalabgabe usw. Überall hat der betreffende Steuerträger ein ganz genau fixiertes Maß an Prozenten oder eine gewisse Höhe von Abgaben zu leisten, in der er gegenüber der Gemeinde Wien steuerpflichtig ist. Aber selbst bei der Luftbarkeitsabgabe haben die Theater-, Konzert-, Kino-, Varieté- und ähnlichen Unternehmungen, die einen gewerbsmäßigen Charakter haben, einen ganz genau festgesetzten Prozentsatz zu bezahlen. Es ist also absolut falsch, die Gemeinde Wien zu beschuldigen, daß sie im Gegensatz zum Bunde nicht feste Prozentsätze oder fixe Angaben für die betreffende Steuerleistung hätte.

Es muß allerdings zugegeben werden, daß die Nahrungs- und Genußmittelabgabe nach sozialen Gesichtspunkten abgestuft ist. Es ist unmöglich, eine derartige Abgabe vielleicht so zu machen, wie es der Bund mit der Warenumsatzsteuer macht, die immer in einem gleich hohen Prozentsatz geleistet werden muß, in einem erstrangigen Lugslokal genau so wie in der Mittelstandsküche oder in der Volksküche. Der Bund macht bei der Einhebung der Warenumsatzsteuer keinen wie immer gearteten Unterschied zwischen dem reichen Mann und dem Armen, Mittellosen oder Minderbemittelten. Die Gemeinde Wien geht entschieden gewerbefreundlicher vor, wenn sie ihre Steuern nach sozialen Gesichtspunkten abstuft und wenn sie erstrangige Lokale mit einer höheren Steuer belastet als Lokale, in denen die große Masse der minderbemittelten oder gänzlich unbemittelten Bevölkerung verkehrt. Aber selbst der Kreis, der da von seiten der Gemeinde Wien mit höheren Steuern belastet wird, ist ein verhältnismäßig sehr kleiner. Es sind gegenwärtig in Wien insgesamt 2235 Betriebe, die eine derartige Nahrungs- und Genußmittelabgabe zu bezahlen haben. Wenn man sich die Ziffer vor Augen führt, so kann man wirklich nicht verstehen, woher die Herren Gegner die Berechtigung zu einer derartig scharfen Kritik an der Gemeinde Wien nehmen. Wir haben beispielsweise in Wien nicht weniger als 3623 Gasthäuser zu verzeichnen. Von diesen 3623 Gasthäusern zahlen insgesamt überhaupt irgendeine Nahrungs- und Genußmittelabgabe nur 611; 3120 Gasthäuser sind überhaupt steuerfrei. Dieselbe Situation sehen wir bei den Kaffeehäusern. In Wien haben wir 1154 Kaffeehausbesitzer, 280 davon sind der Nahrungs- und Genußmittelabgabe unterworfen, 874 sind vollständig steuerfrei. Bei den Zuckerbäckern sind insgesamt 770 Betriebe zu verzeichnen, davon sind 210 in die Abgabepflicht eingereiht, 560 sind vollkommen abgabefrei.

Wenn man nun bedenkt, daß laut amtlicher Feststellung vom 4. Oktober v. J. in Wien 115.700 Selbständige existieren, die kein Personal haben, die also gegenüber der Gemeinde Wien fast gar keine wie immer genannte Steuerverpflichtung haben, und wenn man diesen 115.700, dieser großen Masse der Gewerbetreibenden und Kaufleute die verhältnismäßig kleine, zusammengeschrunzte Anzahl von 2235 Betrieben entgegenhält, die die Nahrungs- und Genußmittelabgabe zu leisten haben, so sieht man erst, wie sozial die Gemeinde Wien ihre Steuern einhebt zum Unterschied von der Steuereinhebung des Bundes. Wir werden beschuldigt, daß wir die Steuern in der Gemeinde Wien willkürlich einheben lassen, daß der Steuerträger nichts dreinzureden hat und nicht weiß, was er zu bezahlen hat. Das ist durchaus falsch — falsch auch selbst bei diesen 2235 Leuten, denn selbst unter diesen sind

zirka 1000, die genau mit festen Beträgen bezüglich der Bezahlung ihrer Steuer rechnen können, weil sie laut Vereinbarung mit dem Magistrat pauschaliert erscheinen. Wenn also selbst bei diesen 1000 Leuten, die die Nahrungs- und Genußmittelabgabe zu bezahlen haben, eine Pauschalierung derselben zu verzeichnen ist, so ist damit bewiesen, daß vorher ein einvernehmliches Übereinkommen mit dem Wiener Magistrat getroffen werden mußte, laut welchem dann die Einreichung vorgenommen worden ist. Es ist überall ein enges Zusammenarbeiten der Genossenschaften mit dem Magistrat zu sehen, welche gemeinsam den betreffenden Prozentsatz der in Frage kommenden Betriebe festsetzen. Von einer Willkür kann da wohl sehr wenig die Rede sein, denn in der Regel werden die Einreichungssätze konform mit dem Gutachten der Genossenschaften vorgenommen. Wo bleibt da also nur noch ein kleiner Rest der erhobenen Beschuldigung aufrecht, wo bleibt da noch ein Funken von Berechtigung übrig, von einem freien Ermessen der Gemeinde Wien bei Eintreibung ihrer Steuern zu reden?

Um nun zum Bunde zurückzukommen, wie ist es dort? Beim Bunde wird die Erwerb- und Einkommensteuer zwar gesetzlich — das ist außer allem Zweifel — nach festen Sätzen vorgeschrieben, man braucht aber in Wirklichkeit nur die 100.000 Gewerbetreibenden und Kaufleute zu fragen, wie es mit diesen festen Sätzen bestellt ist. In der Praxis verhält es sich so, daß man sogar von einem allerfreiesten Ermessen seitens der Steuerbehörden bei Festlegung der Einkommen- und Erwerbsteuer der Handels- und Gewerbetreibenden sprechen kann, von welchem allerfreiesten Ermessen die Steuerbehörden in vielen Fällen in schonungslosester, ja fast in unverständlicher Weise Gebrauch machen. Sie schreiben Steuern in der horrendesten Art und Weise vor, gegen die die Jenseits in vielen Fällen macht- und wehrlos sind. Das ist wirklich ein freies Ermessen, das sich der Bund im Gegensatz zur Steuereinhebung der Gemeinde Wien leistet. Die Gemeinde Wien rechnet mit der traurigen wirtschaftlichen Lage des Handels und Gewerbes und bemüht sich daher, in der ganzen Form ihrer Steuereinhebung, die sozialen Gesichtspunkte in allererster Linie zur Geltung zu bringen.

Wenn wir nun sehen, wie auf diese Art und Weise der Bund im Gegensatz zur Gemeinde alles unterläßt, was im Interesse des Handels und des Gewerbes geschehen könnte und müßte, damit diese Stände eine bessere Existenzgrundlage erhalten, als sie heute leider haben, so müssen wir uns zum Schluß auch noch mit der Frage beschäftigen, wie es denn mit der Art und Weise der Vertretung von Gewerbe und Handel in den wirtschaftlichen Körperschaften, speziell in der obersten Körperschaft der wirtschaftlichen Vertretung der Kaufleute und

Gewerbetreibenden aussieht, in der obersten Repräsentanz dieser Vertretung, als die man wohl die Handels- und Gewerbekammern bezeichnen kann. Ich habe schon ausgeführt, daß wir in Wien allein 115.700 Personen zu verzeichnen haben, die gezwungen sind, ohne jeden Angestellten tätig zu sein. Nun möchte ich Ihnen in Kürze auseinandersetzen, wie es mit der Vertretung dieser mehr als 100.000 Gewerbetreibenden und Kaufleute nicht nur in Wien, sondern in ganz Österreich aussieht. Wir haben Handels- und Gewerbekammern zur Vertretung der wirtschaftlichen Bedürfnisse dieser Stände. Ich habe im Ausschusse reichlicher Gelegenheit gehabt, mich eingehender mit der Zusammensetzung dieser Kammern zu beschäftigen, und will deshalb meine Ausführungen über die Zusammensetzung der Kammern auf das geringste Maß reduzieren und sozusagen nur die Quintessenz vorbringen, um ein Bild davon zu geben, wie die Vertretung der erdrückenden Masse der Kaufleute und Gewerbetreibenden aussieht. Wir haben in der Wiener, respektive n. ö. Handels- und Gewerbekammer folgende Aufteilung der Mandate. Der 1. und 2. Wahlkörper Handel und Gewerbe hat 18.253 Wähler und nominiert 28 Vertreter. Der 3. Wahlkörper Handel und Gewerbe hat 128.589 Wähler und verfügt über 14 Mandate statt der ihm gebührenden 197 Mandate, was einer Benachteiligung von 1307 Prozent gleichkommt. Das Mißverhältnis wird aber durch folgende Ziffern noch augenfälliger. In derselben Kammer besetzt die sogenannte Finanz- und Verkehrssektion, die insgesamt 2417 Wähler aufzuweisen hat, 14 Mandate. Der 3. Wahlkörper Handel und Gewerbe hat mit 128.589 Wählern ebenfalls 14 Mandate statt 745, was einer Benachteiligung von 5221 Prozent gleichkommt. Betrachten wir nun die Industriesektion. Diese besteht mit 8897 Wählern 28 Mandate, während im 3. Wahlkörper Handel und Gewerbe 128.598 Wähler nur 14 Mandate haben statt 405, was einer Benachteiligung von 2793 Prozent gleichkommt. Den Gipfelpunkt der glänzenden Vertretung der Massen der Gewerbetreibenden und Kaufleute zeigen aber folgende Ziffern: Der 1. und 2. Wahlkörper Handel und Gewerbe, die ganze Industriesektion und die ganze Finanz- und Verkehrssektion mit zusammen 29.567 Wählern haben 70 Mandate, dagegen der 3. Wahlkörper Handel und Gewerbe mit 128.589 Wählern 14 Mandate statt 304, was einer Benachteiligung von 2071 Prozent gleichkommt!

Auf der einen Seite sehen wir also alle Reichen und Begüterten in diesem Lande mit 70 Mandaten ausgestattet und auf der anderen Seite die erdrückende Mehrheit der Handels- und Gewerbetreibenden mit 128.000 Wählern bloß mit 14 Mandaten. So sieht die Vertretung in der obersten wirtschaftlichen Körperschaft aus. Da ist es natürlich kein Wunder, daß die Politik, die in Österreich gemacht

wird, auch danach aussieht und eine solche ist, daß durch sie dem Gewerbe- und dem Handelsstand in keiner Weise geholfen werden kann. Die Wahrung der Interessen des Handels und Gewerbes wird seitens der hohen Regierung und des Herrn Handelsministers vollständig vernachlässigt, und zwar in jeder Richtung. Die Zollpolitik ist eine schlechte für Handel und Gewerbe. Die Kreditfrage ist eine offene Frage, die bis heute noch immer nicht in entsprechender Weise gelöst ist. Die Steuerfrage ist eine solche, daß Handel und Gewerbe sich in erschreckendem Maße bedrückt fühlen müssen. Und wenn wir schließlich die Vertretungsfrage betrachten, sehen wir, daß die erdrückende Mehrheit der selbständigen gewerbetreibenden und handelsreibenden Bevölkerung in ganz gewaltigem Maße vernachlässigt erscheint. Und nun komme ich zum Schluß zu folgender interessanten Feststellung. Für Gewerbe und Handel, für die Interessen dieser Schichten, dieser Stände, wird nichts gemacht, nichts geleistet, aber man beschäftigt sich allen Ernstes neuerdings mit der Frage, einen Abbau des Mieterschutzes vorzunehmen. Wahrscheinlich soll der geeignet sein, die am Hungertuch nagenden Gewerbetreibenden und Kaufleute in eine bessere wirtschaftliche Lage zu bringen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Wiener Gewerbetreibenden und die österreichischen Gewerbetreibenden überhaupt nur mehr mit Mühe und Not ihre Existenz noch aufrechtzuerhalten imstande sind, nicht zuletzt deswegen, weil sie den Mieterschutz besitzen. In dem Augenblick, wo der Mieterschutz ihnen genommen wird, hören Zehntausende selbständige Existenzen auf, selbständig zu sein, sie stoßen zu der großen Heerarmee der anderen, welche arbeitslos sind, der anderen, bereits 300.000 Köpfe zählenden Masse von nichtbeschäftigten Personen in Österreich. Und da beschäftigt man sich allen Ernstes damit, den Mieterschutz abzubauen! Auf der einen Seite schimpfen Sie auf die Gemeinde Wien wegen ihrer Steuer- gesetzgebung, die so unerträglich wäre, daß man es nicht aushalten kann, was der Breitner treibt, Sie sagen, es wäre nicht möglich, wirtschaftlich weiter zu existieren, weil Breitner und die sozialistische Gemeinde Steuern in einem Ausmaß von zusammen zirka 178 Millionen für das Jahr 1928 vorschreiben, und es ist nun nachgerechnet worden, daß Sie durch die Kleinigkeit, die die Herren von der Majorität und von der Regierung jetzt zur Durchführung bringen wollen, durch die Kleinigkeit des Abbaues des Mieterschutzes oder, wie Sie sagen, durch die Reform des Mieterschutzes — wenn man bloß, wie Sie sagen, den 300fachen Friedenszins nimmt — der Wiener Bevölkerung eine Mehrbelastung von 162 Millionen Schilling auferlegen würden! 178 Millionen Schilling legt die sozialistische, so furchtbar heruntergerissene Gemeinde Wien insgesamt an Lasten den Steuerträgern auf und Sie glauben, mit einer Kleinigkeit,

mit einer Gebärde, wie wenn gar nichts dabei wäre, als ob die Wiener Bevölkerung das mit einer Handbewegung leisten könnte, dieser Wiener Bevölkerung mit diesem vorläufig bloß 3000fachen Mietzins, den Sie so gern gesetzlich festlegen würden, eine neue Last von 162 Millionen Schilling aufhalsen zu können. (*Partik: Was zahlen die Geschäftsleute in den Gemeindehäusern?*) Die Geschäftsleute in den Gemeindehäusern würden sich schönstens für eine solche Rettung, für eine solche Förderung von Handel und Gewerbe bedanken, wie sie in dieser Mieterchutzvorlage plötzlich zum Ausdruck kommt. Es ist vollständig ausgeschlossen, es ist vollständig unmöglich, daß darüber ernstlich gesprochen werden könnte. Wenn Sie von der Mehrheit nicht so viel wirtschaftliches Gewissen haben, so dürfen es halt wir von der Minderheit nicht zulassen, daß Handel und Gewerbe, daß die arbeitenden Stände noch mehr pauperisiert werden, als dies bereits der Fall ist. Wir, die angeblichen Feinde des Gewerbes und Handels, wir Sozialdemokraten, die wir angeblich die Todfeinde der Gewerbetreibenden und Kaufleute sind, wir sind in Wirklichkeit diejenigen, die diesen Gewerbetreibenden und Kaufleuten die letzte Möglichkeit (*Gelächter*) für die Aufrechterhaltung ihrer Existenz schon dadurch schaffen, daß wir es zu verhindern wissen werden, daß Sie dieses geplante Attentat gegen die gesamte österreichische Bevölkerung verüben! (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Folgender gehörig gezeichneter Resolutionsantrag der Abg. Dr. Migner, Franz Bauer u. Gen. wird zur Verhandlung gestellt:

„Die Regierung wird aufgefordert, das Projekt, betr. den Umbau des Personenbahnhofes in Linz, der wegen der größten Lebensgefährlichkeit und gänzlichen Unzulänglichkeit der damaligen Bahnhofsanlage unaufschiebbar geworden ist, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu fördern und zu unterstützen.“

Burgstaller: Hohes Haus! Im Zuge der Ersparungsmaßnahmen sind von der Post- und Telegraphenverwaltung einschneidende Einschränkungen durchgeführt worden, die sich auf dem flachen Lande um so schmerzlicher fühlbar machten, als man hier auch schon in der Vorkriegszeit mit Neueinrichtungen recht zurückhaltend gewesen war und diese regelmäßig von einem günstigen Ergebnisse eingehender Verkehrserhebungen abhängig gemacht hatte. Die Landbevölkerung, die für die finanzielle Not des Staates stets volles Verständnis bewies, hat auch diese empfindlichen Verkehrsverschlechterungen als eine unerläßliche Sanierungsmaßnahme opferwillig auf sich genommen, freilich auch in der zuversichtlichen Erwartung, daß die Post- und Telegraphenverwaltung sich bei der Besserung der staatsfinanziellen Lage des flachen Landes erinnern werde. Wirklich hat es auch sowohl der Herr Bundesminister für Handel und Verkehr wie auch der Herr Generalpostdirektor

besonders gelegentlich der mehrfachen Hinauffezug der Post-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren in der Regel nicht unterlassen, verschiedene Maßnahmen zur Erleichterung und Verbesserung des Postverkehrs anzukündigen. Was aber in bezug auf eine zeitgemäße Reform und Ausgestaltung namentlich der Postverbindungen und der unzureichenden Postzustellverhältnisse in den letzten Jahren tatsächlich geschehen ist, mußte weit hinter unseren berechtigten Erwartungen zurückbleiben, weil die Kostenfrage immer allzusehr in den Vordergrund gerückt worden war. Kollege Födermayr, der als Obmann des Reichsbauernbundes und des oberösterreichischen Bauernbundes den besten Einblick in die ländlichen Postverhältnisse und deren Mängel besitzt, hat ja schon im Finanzausschusse bei der Behandlung des Kapitels „Post- und Telegraphenanstalt“ unter eingehender sachgemäßer Begründung eine Entschliessung beantragt, wonach die Regierung aufgefordert wird, der Verbesserung der Post- und Telephonverhältnisse auf dem Lande die besondere Fürsorge angedeihen zu lassen und insbesondere die tägliche Postzustellung wieder einzuführen und die Telephonbenutzung auch über die Mittagsstunden zu erstrecken. Die hierüber seitens der Regierung abgegebenen Erklärungen waren nun leider nicht geeignet, Hoffnung auf eine gründliche Abhilfe zu erwecken.

Ich möchte mich heute auf ein Teilgebiet beschränken, das mir besonders am Herzen liegt, nämlich darauf, nochmals auf die unbedingte Notwendigkeit hinzuweisen, sich bei der Regelung des Postzustell- und -einsammlungsdienstes im Außenbezirke der Landpostämter nicht allzusehr von fiskalischen als vielmehr von volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten leiten zu lassen. Wenn ich auch die in den letzten Jahren gemachten Fortschritte dankbar anerkenne, so kann ich es doch nicht mit Stillschweigen übergehen, daß für diese Verbesserungsmaßnahmen bisher nur ganz unzureichende Mittel aufgewendet worden sind. Bleibt doch die beklagenswerte Tatsache bestehen, daß in Oberösterreich das angestrebte Ziel der wöchentlich sechsmaligen Postzustellung und -einsammlung nicht einmal von 70 Abgabepostämtern erreicht ist, bei etwas über 20 Abgabepostämtern vollzieht der Postbote an vier oder fünf Tagen und bei ungefähr 260 Ämtern nur an drei Tagen in der Woche die Postzustellung und -einsammlung, ja es gibt sogar noch etwa 10 Ämter, deren Außenbezirk nicht einmal jeden zweiten Tag begangen wird. Ich erlaube mir hier als Beispiele die Postämter Arbing, Braunau am Inn, Freistadt, Neumarkt im Mühlkreise, St. Nikola bei Grein, Schenkenfelden, Trattenbach, Waldbausen und Wesenufer anzuführen.

Gestatten Sie mir nur zwei Fälle von mir zugekommenen konkreten Klagen vorzubringen: So wurde mir berichtet, daß es nichts Seltenes sei, daß durch den Landbriefträger des Postamtes Engelhartzell

Briefschaften erst nach zehn Tagen zugestellt werden und daß von dem Wochenblatte „Nieder Volkszeitung“ oftmals zwei Nummern gleichzeitig an einzelne Abonnenten gelangen. Im Außenbezirke des Postamtes Altenberg bei Linz kann der Zusteller überhaupt nur die zahlreichen bescheinigten und gerichtlichen Sendungen wöchentlich dreimal abtragen, die gewöhnlichen Briefschaften und Zeitungen aber ganz unmöglich zustellen; das besorgen dort, wie auch bei verschiedenen anderen Postämtern, ganz gelegentlich die Schulkinder. Während der Schulferien versagt naturgemäß auch diese ohnedies etwas unverlässliche Postvermittlung, und da ist es jedem auswärtigen Adressaten überlassen, wie er es sich einrichten will, daß er zu seiner Post kommt. Daß bei einer solchen „Regelung der Postbestellverhältnisse“ auch wochenlange Verspätungen keine Seltenheit sind, darf wirklich nicht wundernehmen. In Oberösterreich wird also der Postzustell- und -einsammlungsdienst nur etwa bei einem Viertel aller Abgabepostämter vier- bis sechsmal und bei drei Viertel derselben höchstens dreimal in der Woche besorgt. Das bedeutet aber eine arge Rückständigkeit, deren Folgen am besten dadurch gekennzeichnet werden, daß drei Viertel der oberösterreichischen Bevölkerung von der regelmäßigen Zustellung und damit auch vom Bezuge der Tagesblätter ausgeschaltet werden, die Marktpreise und die amtlichen, häufig kurz befristeten Aufträge und sonstigen Zuschriften, selbstverständlich auch dringende geschäftliche (und Familiennachrichten) mit ein- oder mehrtägiger Verspätung erhalten und die gleiche Zurücksetzung überdies auch noch bei der Absendung der Korrespondenzen erleiden.

Die eigentliche Ursache dieser unleidlichen Zustände dürfte nun darin zu erblicken sein, daß bei der Behandlung der Ansuchen um Ausgestaltung des Postzustell- und -einsammlungsdienstes in den Außenbezirken der Landpostämter von Erwägungen ausgegangen wird, die auf ganz unzutreffenden Voraussetzungen aufgebaut sind. Es werden da nämlich immer Verkehrszählungen veranstaltet, dann die Einnahmen, die der Postanstalt aus den bei der Zahlung vorliegenden Postsendungen anfallen, berechnet und mit den Kosten verglichen, die die Verkehrsverbesserung erfordern würde. Erscheinen diese nicht gedeckt, so wird das Ansuchen in der Regel abgewiesen. Nun kommt es natürlich oft vor, daß die Zahlung zu einer verkehrsschwachen Zeit vorgenommen wird, so daß der Rückschuß, der aus den ermittelten Zahlen auf das ganze Jahr gezogen wird, auch nicht entfernt dem tatsächlichen Jahresverkehr entspricht. Aber von dem ganz abgesehen, scheint mir diese Methode auch sonst reformbedürftig zu sein. Ich erinnere da an die Zeit, wo die Nordbahnlinie gebaut werden sollte. Da hat man diesen Eisenbahnbau anfänglich deshalb für ganz unnötig und unrentabel gefunden, weil nicht einmal die Postwagen in der Strecke

Brünn—Wien täglich vollbesetzt verkehrten. Man vergißt eben, daß durch die unnatürliche Abschnürung der Postbeförderungsmittel auch der Postverkehr selbst künstlich unterbunden wird, andererseits aber wieder einen gewaltigen Aufschwung nimmt, wenn ihm die nötigen Beförderungsmittel zur Verfügung gestellt werden.

Von grundsätzlicher Bedeutung ist es aber weiter, daß die Landbevölkerung an den Erhöhungen der Postgebühren regelmäßig ganz vollen Anteil nimmt. Da sollte man aber doch glauben, daß die Postverwaltung bei gleichen Pflichten auch gleiche Rechte gelten läßt. Wenn die Postbeförderungsgebühren einheitlich bemessen werden, dürfen so krasse Unterschiede in der Zustellung und Einsammlung der Postsendungen nicht bestehen, wie ich sie dargelegt habe. Wenn das Postwesen in seinen Hauptzweigen monopolistisch gestaltet ist, so hat das gewiß seine guten Gründe, weil sich auf diese Weise unnütze Kosten vermeiden lassen, ferner eine einheitliche Leitung und ein rationelles Zueinandergreifen der einzelnen Linien und Geschäftszweige gesichert ist. Ein Hauptargument für den monopolistischen Betrieb bildet aber sicherlich das Ziel, daß das ganze Postgebiet gleichmäßig bedient werden soll. Und gerade von diesem Ziel sind wir in Österreich noch sehr weit entfernt.

Endlich muß ich in diesem Zusammenhange auch auf die ganz außerordentlich hohe Steuerleistung unserer Landbevölkerung hinweisen. Es gilt ja bei den Steuern der Grundsatz der generellen Entgeltlichkeit, das heißt, der Steuerzahler darf die Abstattung seiner Steuerschuldigkeit nicht von bestimmten speziellen Gegenleistungen des Bundes oder Landes abhängig machen. Er hat seine Steuern zu bezahlen, ist aber nicht berechtigt, auf die Art der Verwendung der Steuern Einfluß zu nehmen. Die Gegenleistungen der öffentlichen Körperschaften sind ja auch vorwiegend immaterieller Natur, wie der Rechtsschutz, die Sicherung des Friedens und der nationalen Unabhängigkeit, die Förderung der Bildung, die Befriedigung gewisser kultureller Bedürfnisse der Staatsbürger. Und da meine ich nun, daß zu den letzteren Bedürfnissen auch eine einigermaßen bescheidenen Ansprüchen genügende Vermittlung der Landposten gehört.

Ich möchte darum an den Herrn Bundesminister für Handel und Verkehr und an den Herrn Generalpostdirektor neuerlich den eindringlichen Appell richten, auch einmal unserer gebulbigen Landbevölkerung ihre volle Fürsorge zuzuwenden und die Einrichtung der wöchentlich sechsmaligen Postzustellung und -einsammlung in den Außenbezirken der Landpostämter entweder durch Landbriefträger oder durch angemessen entlohnte Ablagengeschäftsführer noch im Laufe dieses Jahres nach einem bestimmten Plane

allgemein zu verwirklichen. Des Dankes dieser Bevölkerungskreise und eines wirtschaftlichen, auch in der Steuerleistung wieder fühlbaren Aufschwunges können Sie versichert sein!

Hohes Haus! Gestatten Sie mir nur noch, einen Resolutionsantrag vorzulegen (*liest*):

„Mit Rücksicht auf den unzulänglichen Postzustell- und -einsammlungsdienst in den Außenbezirken der Landpostämter wird die Regierung aufgefordert, der Postzustellung und -einsammlung ihr besonderes Augenmerk zuzuwenden und aus volkswirtschaftlichen Gründen für eine gleichmäßigere Zustellung und -einsammlung im ganzen Postgebiet Sorge zu tragen.“ (*Lebhafter Beifall.*)

Der gehörig gezeichnete Resolutionsantrag Burgstaller wird zur Verhandlung gestellt.

Die Verhandlung wird abgebrochen.

Eingelangt sind Regierungsvorlagen, und zwar: Pariser Unionvertrag vom 20. März 1883 zum Schutze des gewerblichen Eigentums und Madrider Abkommen vom 14. April 1891, betr. die internationale Registrierung von Fabriks- oder Handelsmarken (B. 136); Abänderung und Ergänzung von Bestimmungen auf dem Gebiete des gewerblichen Rechtsschutzes (B. 137).

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 29. Februar 1928, 10 Uhr vorm. Tagesordnung:

Fortsetzung der Spezialdebatte über den Bundesvoranschlag und das Bundesfinanzgesetz für 1928 (B. 93).

Schluß der Sitzung: 6 Uhr abends.

Berichtigung.

Im Protokoll der 35. Sitzung soll es im Inhalt, Seite 1061, Zeile 6 anstatt „Kapitel 5 und 28“ richtig heißen: „Kapitel 15, Titel 5 und Kapitel 28“.